



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



OB Henry Schramm begrüßte in Kulmbach KPV-Landesvorsitzenden Stefan Rößle, Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (v. l.). Bild: CH

KPV-Landesversammlung in Kulmbach:

Lebensqualität sichern

Kulmbach, eine Stadt mit Geschichte und Kultur, in der die leiblichen Genüsse schon aus Tradition hoch gehalten werden, war Treffpunkt der Landesversammlung 2012 der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU. An diesem bundesweit wichtigen Ernährungs- und Lebensmittelstandort konnte der mit überwältigender Mehrheit wieder gewählte KPV-Landesvorsitzende Landrat Stefan Rößle (wir berichteten) neben einer Vielzahl von Delegierten die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner ebenso willkommen heißen wie den oberfränkischen CSU-Bezirksvorsitzenden, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich.

In seinem Grußwort sprach der seit 2006 amtierende Oberbürgermeister Henry Schramm von einem „starken Wirtschaftsstandort“ Kulmbach. Die Markgrafenstadt sei nicht nur weltberühmte Bierstadt, sondern auch ein Standort des bayerischen Clusters „Lebensmittel“. Großen Anteil daran habe die Brauindustrie, deren Erzeugnisse den Namen der Stadt Kulmbach über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt gemacht haben. Aber auch weltweit führende Unternehmen im Gewürz- und Backmittelsektor hätten ihren Sitz in Kulmbach, zudem sei die Stadt Forschungs- und bald auch Universitätsstandort im Lebensmittelsektor. Eine

besondere Ergänzung des Lebensmittelstandortes ist das Bayerische Brauerei- und Bäckereimuseum, das von den Kommunalpolitikern zahlreich besucht wurde.

Stabilisator der CSU

In seinem Rechenschaftsbericht hob Landesvorsitzender Rößle die hervorragende Integration der KPV in die Arbeit der CSU hervor. Die Kommunalpolitik sei ein Stabilisator der CSU. Gerade für ein starkes Bayern brauche es starke Kommunen. Die KPV sei mit 15.106 Mitgliedern eine der größten Arbeitsgemeinschaften der CSU. Ihr gehörten 10 Bezirksverbände und 82 Kreisverbände an, ebenso eine beeindruckende Zahl an Kommunalpolitikern: 1012 Oberbürgermeister und Bürgermeister, 10.511 Stadt- und Gemeinderäte, 47 Landräte bei 71 Landkreisen, 1926 Kreisräte, alle 7 Bezirkstagspräsidenten sowie 89 Bezirksräte.

Enge Abstimmung

Was die Zusammenarbeit mit der Bundes-KPV angeht, so sei die KPV Bayern „fest integriert, in die Entscheidungsprozesse immer gut eingebunden und in allen Ausschüssen gut vertreten“. Bundesthemen würden eng abgestimmt – siehe die Debatte zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz oder aktuell die Umsetzung der Energie-

Im vergangenen Jahr seien wichtige Themen behandelt und

Akzente gesetzt, Beschlüsse gefasst und in die Partei eingebracht worden, so Rößle. Vor dem Hintergrund wenig befriedigender Wahlergebnisse bei einigen Kommunalwahlen, besonders in großen Städten, sei eine neue Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Augsburgs OB Kurt Gribl und dem Ingolstädter Stadtrat Dr. Christian Lösel ins Leben gerufen worden.

Regionalkonferenzen

Für eine optimale Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2014 finden Rößle zufolge seit 2010 Regionalkonferenzen statt, die überwiegend gut besucht sind und eine große positive Resonanz erfahren. Darüber hinaus werden Kandidatenschulungen zur individuellen Vorbereitung einzelner Bewerber angeboten.

Als „Signal für die Wertigkeit der Kommunen“ bezeichnete der KPV-Vorsitzende die Ergebnisse der jüngsten Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich. Hier sei ein deutlicher Akzent für strukturschwache Kommunen gesetzt worden. Insgesamt erhalten die Kommunen 2012 rund 7,3 Mrd. Euro, den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten.

Schlüsselzuweisungen

Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wird von 12,2 Prozent auf 12,5 Prozent angehoben. So können Kommunen besser auf strukturelle und demographische Herausforderungen reagieren. Die Schlüsselzuweisungen sind um 100,2 Mio. Euro auf 2,68 Mio. Euro gestiegen. Die Bildungsinfrastruktur hat hohe Priorität. Die Investitionen in Schulhausbau und Kindertageseinrichtungen wuchsen um insgesamt 80 Mio. Euro auf über 345 Mio. Euro.

Um 12 Mio. Euro wurden die pauschalen Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung auf 301 Mio. Euro erhöht. Die Investitionspauschalen stiegen um 81,7 Mio. Euro auf 255 Mio. Euro - dies stärkt besonders die Investitionskraft kleinerer Ge-

meinden, darunter besonders die strukturschwachen. Die Zuweisungen an die Bezirke stiegen um 40 Mio. Euro auf 623,6 Mio. Euro. „So wird den steigenden Sozialkosten der Bezirke Rechnung getragen“, urteilte Rößle.

Familienförderung

Herausforderungen für die Zukunft sind nach seinen Worten die Familienförderung als Schlüssel für eine stabile Gesellschaft, die Themen Bildung sowie Nachhaltigkeit (Umwelt und Natur), ärztliche Versorgung auch auf dem Land, Entwicklung der ehemaligen Bundeswehrstandorte, gleiche Verhältnisse in Stadt und Land, demographische Entwicklung, Fachkräftesicherung, Bundesleistungsgesetz, schuldenfreies Bayern sowie die Energiewende.

Viele Kommunen seien hier Vorreiter und hätten bereits große Energieprojekte eingeleitet bzw. umgesetzt. Um mit gutem Beispiel vorangehen zu können, müssen laut Rößle die Rahmenbedingungen auf allen politischen Ebenen stimmen. Für den Ausbau der Stromnetze sei ebenso Sorge zu tragen wie für die Förderung erneuerbarer Energieanlagen. Es gelte, die Energieeffizienz zu steigern, die Elektromobilität intensiv zu fördern und dezentrale Strukturen zu unterstützen.

Kommunalfreundlichkeit

Abschließend dankte der KPV-Vorsitzende Ministerpräsident Seehofer für dessen Kommunalfreundlichkeit. Handlungsfähige (Fortsetzung auf Seite 4)



Ministerpräsident Horst Seehofer (l.) und Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl auf dem Münchner Nockherberg.

100 Jahre Bayerischer Gemeindetag:

Starke Stimme der Gemeinden

Festakt auf dem Nockherberg mit Ministerpräsident Seehofer

Ob seiner launigen und kämpferischen Rede mit stehenden Ovationen bedacht wurde Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei einer Festveranstaltung auf dem Münchner Nockherberg. Mehr als 1.800 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Bayern feierten in ausgelassener Stimmung das 100-jährige Bestehen des kommunalen Spitzenverbands.

Ministerpräsident Horst Seehofer ließ eingangs die bewegte Geschichte der bayerischen Gemeinden und ihres Verbandes vom Königreich zum republikanischen Musterland Revue passieren. Sie zeige, dass nur der Erfolg hat, der für seine Gemeinde „brennt“. „Der Gemeindetag ist eine starke und leidenschaftliche und bei Brandl auch eine streitbare Stimme“, betonte Seehofer. Unter Beifall würdigte der Ministerpräsident die Bedeutung der Subsidiarität. Immer wieder sei zu beherzigen, dass nicht auf große Einheiten übertragen werden soll, was kleine genauso gut erledigen können.

Staatshaushalts in kommunale Kassen überall in Bayern. Dennoch werde auch über die weitere Ausgestaltung des Finanzaus-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister ist im Augenblick sehr mit Kleingeld beschäftigt. Er versucht, über neuartige Instrumente wie das Crowd Funding von Projekten im Internet oder das Aufrunden an der Kasse für karitative Zwecke zu sagen mit „viel Kleinvieh Mist“ zu machen. Außerdem hält er das für sinnvoller, als den Geldbeutel durch kleine Münzen auszubeulen S. 15

Partner auf Augenhöhe

In Bayern sind Seehofer zufolge kommunale Spitzenverbände und Staatsregierung Partner auf Augenhöhe, denn: „Erfolgreiche Kommunen sind die Stärke Bayerns.“ Nicht zuletzt deswegen sei der Kommunale Finanzausgleich 2012 mit der Rekordsumme von 7,3 Milliarden Euro ausgestattet. Weitere Leistungen an die Kommunen eingerechnet, fließe fast ein Viertel des bayerischen

Aufruf zum Mitmachen:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Nazi-Bücherverbrennung am 10. Mai

Verbrannt, verboten, verbannt - die Namensliste der Autorinnen und Autoren ist lang. Unzählige Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler wurden ihrer Heimat und Arbeit beraubt, viele wurden ermordet oder in den Tod getrieben. Das darf nicht vergessen werden.

Deshalb finden alljährlich am 10. Mai zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. „Viele bayerische Kommunen unterstützen seit Jahren die Aktion Bücherlesung“, bedankt sich der Initiator, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel.

Zum 79. Jahrestag der Bücherverbrennung werden auch heuer zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis beschlossen hatten. Schmitt-Thiel konnte wieder viele prominente Mitstreiter gewinnen.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter der URL: www.buecherlesung.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

GZ-Energie-Forum: „Power für Bayerns Kommunen“	Seite 2
Beginn des Schuldenabbaus	2
Bürgerschaftliches Engagement im Visier	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Vorsicht Piraten! Politrebellen auf dem Vormarsch	3
Jahresbericht 2012 des ORH	3
KfW-Kommunalpanel 2011	4
GZ-Fachthemen: Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	5 - 11
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Beginn des Schuldenabbaus

Koalition beschließt den Nachtragshaushalt 2012 mit einer ersten Milliarde Tilgung – Opposition lehnt Plan ohne Inhalte ab

Der als Grundlage der Politik in den nächsten Jahrzehnten geplante Abbau der Staatsschulden auf Null hat jetzt eine erste gesetzliche Grundlage. Im Landtag verabschiedete die CSU/FDP-Koalition den Nachtragshaushalt 2012. Bei einer Steigerung der Gesamtausgaben von 43,1 auf 44,1 Milliarden Euro ohne Neuverschuldung steht die Tilgung einer Milliarde der etatmäßig rund 22,6 Milliarden Kredit zu Buch. Für Finanzminister Markus Söder (CSU) ist der Einstieg in die Schuldentilgung ein Dokument der Seriosität und Verantwortung für die Zukunft. Die Haushaltssprecher Georg Winter (CSU) und Karsten Klein (FDP) bestätigten, der Schuldenabbau sei schwierig, diese Herausforderung könne und müsse jedoch gemeistert werden. Für die Opposition ist das ein Projekt der Ankündigungen ohne Substanz, wie Kontrahent Volkmann Halbleib (SPD) zusammenfasste.

„Wenn es um die Frage kontinuierlicher, glaubwürdiger Haushaltspolitik geht, da ist Bayern Vorbild in ganz Deutschland“, befand der Finanzminister. Mit der Tilgungsmilliarde würden auf Anhieb drei Prozent der Staatsverschuldung abbezahlt. Andererseits könne man die Sachausgaben und staatlichen Investitionen erhöhen; dies dank höherer Steuereinnahmen als im Stammetat vorgesehen. 12,4% stehen demnach für Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule, für Straßen und andere Dinge zur Verfügung. Flankenschutz für den Schuldenabbau hatte am gleichen Tag der Oberste Rechnungshof gegeben. In seinem dem Landtag übergebenen Prüfungsbericht 2012 konstatiert er, die Weichen seien richtig gestellt, nun sei konsequentes Handeln notwendig. Die grundgesetzliche Schuldenregelung sei auch in die bayerische Verfassung aufzunehmen.

Finanzausgleich

Söder hob in seiner Rede hervor, fast jeder vierte Euro komme direkt oder indirekt den Kommunen zugute. Bei aller Würdigung ihrer finanziellen Probleme sei deren Verschuldung von 1.044 Euro pro Einwohner noch eine der geringsten im Ländervergleich. Der Minister verwies auf den Finanzausgleich mit einer Rekordsumme von rund 7,3 Milliarden Euro, den die kommunalen Spitzenverbände sehr positiv aufgenommen hätten.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Klaus Bauregger
83458 Schneizlreuth
am 23.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Konrad Rudert
91096 Möhrendorf
am 25.4.

Bürgermeister Franz Finauer
85646 Anzing
am 26.4.

Bürgermeister Gerold Strobel
96476 Bad Rodach
am 29.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Roland Helfrich
87488 Betzigau
am 21.5.

Bürgermeister Friedrich Pickel
90619 Trautskirchen
am 23.4.

Bürgermeister Konrad Dobler
86853 Langerringen
am 27.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Thomas Hack
97717 Aura a. d. Saale
am 20. 4.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

men hätten. Die kommenden Ausgleichsverhandlungen werde die Staatsregierung in großer Aufgeschlossenheit führen. Andererseits müsse auch der Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden. Es sei nicht tragbar, dass Bayern letztes Jahr mit rund 3,7 Milliarden Euro mehr als die Hälfte zahle und praktisch Länder wie Berlin von Bayern finanziert werden. Falls sich die Länder nicht auf Reformen einigen könnten, werde Bayern vor dem Verfassungsgericht klagen.

Volkmann Halbleib (SPD) stellvertretender Vorsitzender des

Haushaltsschusses, nahm den ORH-Bericht andererseits als Beweis eines denkbar schlechten Zeugnisses für Staatsregierung und Staatsverwaltung. Den Nachtragsetat charakterisierte er als „ein Projekt der Ankündigungen ohne Substanz“. Trotz aller Korrekturen infolge des unerwarteten Steuerzuflusses, blieben in allen Bereichen viele Defizite; und der Schuldentilgungsplan sei unseriös, schon weil dafür das Versorgungssystem für die Beamten zerschlagen werde. Zur unzureichenden Energiewende gehöre, dass sie praktisch ohne die Kommunen stattfinden solle.

Versteckte Schulden

Claudia Stamm befand für die Grünen, Ministerpräsident Horst Seehofer und sein Finanzminister „haben eine Debatte zur Schuldentilgung angestoßen, ohne dafür einen Plan oder Inhalte zu haben“. Erforderlich sei eine klare Definition der notwendigen Ausgaben und dann Anpassung des Steuersystems an den Bedarf. Die

Grünen wollten versteckte Schulden abbauen, zum Beispiel die 10 Milliarden für die Sanierung der BayernLB, die in den im Haushaltsgesetz bezifferten 2,6 Milliarden Kreditschulden nicht enthalten seien. Für die Freien Wähler mahnte Manfred Pointner Unterstützung für die Kommunen an. Der Schuldenabbau müsse im Gleichklang mit ihnen erfolgen.

Geld für Neubauten

Winter verwies auf zusätzlich für die Kommunen vorgesehene 80 Millionen Euro für Neubauten und Sanierung von Schulen und anderen Gebäuden. Für die Staatsstraßen seien 250 Millionen zusätzlich angesetzt. Das entsprechende den Forderungen des Obersten Rechnungshofes. Klein blieb dabei, der Nachtragsetat habe einen positiven Finanzierungssaldo, den die Opposition durch konjunkturelle Steuererhöhungen zu kompensieren versuche. Die Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen, sei für die FDP selbstverständlich. Mit dem klaren und starken Nachtragsetat könne das Ziel 2030 erreicht und die Herausforderung für die Zukunft gemeistert werden. Dies werde seine Fraktion mit der CSU gemeinsam anstreben. In teilweise namentlicher Abstimmung wurden die zur abschließenden Lesung neu oder nochmals eingereichten Änderungsanträge nach vierstündiger Debatte abgelehnt. **rm**

14. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

Bürgerschaftliches Engagement im Visier

Gerade in Zeiten leerer Kassen und struktureller Veränderungen gilt bürgerschaftliches Engagement als wichtige Ergänzung zu staatlichem Handeln. Über 200 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft aus dem deutschsprachigen Raum nahmen an den Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung teil, um darüber zu diskutieren, welche Entwicklungen zu erwarten und welche Konsequenzen für die Entwicklung ländlicher Räume und insbesondere für die Ländliche Entwicklung zu ziehen sind.

Für Bayerns Sozialstaatssekretär Markus Sackmann ist das bürgerschaftliche Engagement eine Herzensangelegenheit. Nach seinen Worten wurden im Freistaat folgende ausschlaggebende Maßnahmen bereits initiiert:

- Seit 01.04.2007 gibt es die Bayerische Ehrenamtsversicherung, die subsidiär im Engagement verursacht und erlittene Schäden durch eine Haftpflicht und Unfallversicherung abdeckt.
- Um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Zivilgesellschaft zu unterstreichen, wurde im Jahr 2009 ein Runder Tisch ins Leben gerufen. Daran beteiligt sind die u. a. die Landtagsfraktionen, die kommunalen Spitzenverbände, die Wohlfahrtsverbände und Vertreter der Wissenschaft.
- Der Runde Tisch hat ein Grundsatzpapier „Aufgaben und strategische Entwicklungsfelder Bürgerschaftliches Engagement in Bayern“ erarbeitet mit Empfehlungen an Politik, Wohlfahrtsverbände und sonstige Träger.
- Das Bayerische Sozialministerium unterstützt den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur durch Förderung von „Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement“, Förderung des Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und seiner Netzwerkpartner.
- Zur weiteren Stärkung der Anerkennungskultur wird derzeit erfolgreich die Bayerische Ehrenamtskarte eingeführt.
- Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege wird der Ehrenamtsnachweis Bayern über den sozialen Bereich hinaus für alle Engagementbereiche erweitert.

Wie der Münchner Sozialpsy-

chologe Prof. Dr. Heiner Keupp konstatierte, ist die Bürgergesellschaft „lebendiger und radikaler“ geworden. Bürgerschaftliches Engagement könne heute kaum mehr als „dekorative Petersilie am Tellerrand“ abgetan werden. „Wir leben in einer von Krisen geprägten Gesellschaft. Dinge wie die soziale Einbettung und

Größe des ländlichen Raums und die Isolierung der Siedlungspunkte mit den entsprechenden Infrastrukturproblemen, dazu abgerissene bürgerschaftliche Traditionen und die allgemeine wirtschaftliche Schwäche des ländlichen Raums ergäben einen fatalen Mix ungünstiger Bedingungen.

Im Laufe der zwei Veranstaltungstage wurden auch Erfahrungen der Bürgerbeteiligung in den Kommunen, Regionen und der Verwaltung vorgestellt. Dabei wurde besonders intensiv diskutiert, wie die Verantwortlichen mit Betroffenheit, Repräsentation und Legitimation umgehen können.



das Gemeinwohl gewinnen da wieder an Bedeutung“, meinte Keupp und ergänzte: „Soziales Kapital ist von genau so hoher Relevanz wie das ökonomische Kapital.“

Nachhaltiger Bürgerwille

„Dort, wo sich ein starker und nachhaltiger Bürgerwille zeigt, ergeben sich oft auch Möglichkeiten, Ressourcen der Kommunen, des Bundeslandes, des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaft oder privater Geldgeber anzuzapfen“, erklärte Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest Sozialforschung. In den neuen Ländern sei dies freilich weit weniger der Fall. Die schiere

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Wissen ist Energie. Am 28. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energiebranche.

Die Veranstaltung wird in enger Abstimmung mit dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landkreistag und dem Bayerischen Städtetag durchgeführt.

Bisher bestätigte Partner sind: Accuramics GmbH, BayernFM GmbH, BayernL.abo, BEW - Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, E.ON Bayern AG, EcoLohe AG, Energiewerkstatt Consulting GmbH, Erdgas Schwaben GmbH, Gafner, Groth, Siederer & Coll., Green City Energy AG, Huber SE, Indal Deutschland GmbH, Karmann - Kommunale Energieagentur, Knecht Ingenieure GmbH, LEW Lechwerke AG, LfA Förderbank Bayern, LKC Rechtsanwälte, Lüftungs-Reinigungs-Service, Mehringer & Saur GmbH, Montana Erdgas GmbH & Co. KG, N-ERGIE AG, OSTWIND, Phillips GmbH, Sparkassenverband Bayern, STEAG GmbH, SÜDWÄRME Gesellschaft für Energielieferung AG, SWM Stadtwerke München, Uhrig Kanaltechnik GmbH, Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. und wbpr Kommunikation.

Die Besucher aus Bayerns Kommunen und Behörden erwarten 24 Fachvorträge ausgewählter Experten zu kommunalrelevanten Energiethemen. Dazu zählen u. a. Smart Grid Technologien, kommunale Windparkanlagen, Erdgasfahrzeuge, energetische Gebäudesanierung, Lüftungstechnik, Heizen und Kühlen mit Abwasser, rechtliche Rahmenbedingungen und Bürgerbeteiligungsmodelle.

Zur Verfügung stehen kompetente Gesprächspartner aus Politik, Wissenschaft und Energiebranche. Eine deutlich erweiterte Ausstellung mit individuellen Lösungsvorschlägen rundet die Tagung ab.

Mehr Information unter www.gemeindezeitung.de. □

ansprechen, zu formulieren.

Von der Renaissance der Genossenschaften im ländlichen Raum berichtete Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes und Aufsichtsratsvorsitzender der BayWa AG. Er bezeichnete Genossenschaften als wesentlichen Bestandteil der Wirtschaftsstruktur und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dies lasse sich mit Zahlen belegen: Jeder vierte erwachsene Einwohner in Bayern, das entspricht etwa 2,7 Millionen Menschen, ist Mitglied in einem der 1.194 genossenschaftlichen Unternehmen. Über 53.000 Erwerbstätige haben dort ihren Arbeitsplatz. In Deutschland sind mehr als 17,9 Millionen Menschen Mitglied in einer Genossenschaft.

Enormes Interesse

Derzeit gibt es laut Nüssel ein großes gesellschaftliches Interesse an der genossenschaftlichen Organisationsform. Nachdem die vielfältigen unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten einer Genossenschaft in den letzten Jahren bekannter geworden seien, nehmen seit 2008 die Genossenschaftsgründungen stetig zu. Traditionell seien Genossenschaften im Handwerk, der Landwirtschaft, im Handel und in der Kreditwirtschaft stark vertreten. In jüngster Zeit erfolgten viele Neugründungen in Zukunftsbranchen, vor allem im Energiebereich und im Gesundheitssektor. Die genossenschaftlichen Gründungszahlen dokumentierten das eindrucksvoll.

Großes Potenzial von Genossenschaften

Gleichwohl ist das Potenzial der Genossenschaften nach Nüssels Auffassung noch lange nicht ausgeschöpft. Die Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte seien hier insbesondere der demografische Wandel und die Strukturveränderungen im ländlichen Raum zu nennen. Die Genossenschaft könne als Organisations- und Unternehmensform gerade in diesen Bereichen viele grundlegende Aufgaben erfüllen und Leistungen erbringen.

Über die Möglichkeiten des Engagements in einer schrumpfen-

den Kommune informierte schließlich Bernd Daum, Bürgerinitiative Nordhalben Aktiv, Regierungsbezirk Oberfranken. „Wenn Bevölkerungszahlen zurückgehen, wenn Gewerbebetriebe weg brechen, wenn sich Mutlosigkeit breit macht und eine Gemeinde ihre ur-eigenen Aufgaben kaum noch wahrnehmen kann, ist es an der Zeit, sich Gedanken über seine Heimat zu machen“, meinte Daum und warf in diesem Zusammenhang folgende Fragen auf: „Wäre aufgeben und wegziehen eine Lösung oder sollten die verbleibenden Kräfte gebündelt werden und alternative, vielleicht unkonventionelle Lösungsansätze durchdacht und angegangen werden? Muss nicht auch das Denken in Partei- und Fraktionsgrenzen aufgebrochen werden und der Blick auf das Ganze gerichtet werden? Brauchen wir neue Führungsstrukturen zum „Überleben“ und können wir von der Politik eine Lösung erwarten?“

Eigenverantwortung der Bürger stärken

Fest steht für Daum, „dass die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers gestärkt werden muss, so dass er ernst genommen und sich und seine Ideen einbringen und verwirklichen kann“. Dies sei der Ansatz, den die Bürgerinitiative NohA hat, um Nordhalben vorwärts zu bringen.

Ein Blick auf die Organisationsstruktur der Bürgerinitiative NohA könnte Daum zufolge ein erster Ansatz dafür sein, dass möglichst viele Bürger aktiv werden. An ausgewählten Beispielen von Tourismus über Ortsgestaltung bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit zeigte er Möglichkeiten auf, wie Bürger an der Gestaltung ihrer Heimat mitwirken können.

Daum: „Manchmal sind es nur kleine Schritte, die Großes in Gang bringen können. Manchmal muss auch die Richtung geändert werden, wenn Hindernisse den Weg versperren. Und manchmal muss eine Pause gemacht werden, bis der Weg wieder frei ist.“ Insgesamt gehe es darum, die Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Handelns zu erkennen und mit seinen Kräften hauszuhalten, „denn es gibt noch viel zu tun!“ **DK**

Jahresbericht 2012 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Die Weichen richtig gestellt

Bei der Vorstellung des Jahresberichts 2012 gab der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH), Dr. Heinz Fischer-Heidberger seiner Freude darüber Ausdruck, „dass unser Vorschlag vom Dezember vergangenen Jahres, die gute Einnahmesituation für eine weitergehende Schuldentilgung zu nutzen, schon 2012 umgesetzt wird.“ Erstmals hat der ORH seinen Jahresbericht bereits im Frühjahr vorgelegt. Dadurch kann sich der Landtag ein Jahr früher mit der Haushaltsrechnung befassen, die dem Bericht zugrunde liegt.

„Die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Staatsregierung wird dadurch gestärkt. Mit einem aktuelleren Zahlenwerk erhält der Haushaltsgesetzgeber auch eine bessere Grundlage für die Beurteilung haushalts- und finanzwirtschaftlicher Entwicklungen“, erklärte Fischer-Heidberger.

Die Pläne der Staatsregierung, die Verschuldung Bayerns auch in Zukunft kontinuierlich abzubauen, werden vom ORH unterstützt, wie der Präsident verdeutlichte: „Damit sind die Weichen richtig gestellt. Nun ist konsequentes Handeln notwendig, um das ambitionierte Ziel zu erreichen.“ Fischer-Heidberger nahm dabei insbesondere den Finanzierungssaldo ins Visier, der in Bayern 2010 erneut negativ war: „Sind die Ausgaben höher als die Einnahmen, stößt die Schuldentilgung schnell an ihre Grenzen.“

Effizienzsteigerung

Der Jahresbericht bescheinigt der Staatsregierung eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2010. Der ORH macht zudem vier Jahre Vorschläge, wo gespart oder die Effizienz gesteigert werden kann. Ein Schwerpunkt des Jahresberichts 2012 liegt diesmal auf der Einnahmenseite.

Laut Bericht waren die bereinigten Ausgaben des Freistaats 2010 um 1,2 Mrd. Euro höher als die bereinigten Einnahmen. Die gut laufende Konjunktur hat zu Steuerermehreinnahmen geführt, sonst wäre der Fehlbetrag sogar noch deutlich höher ausgefallen. „Das zeigt: Der Haushalt leidet an einem strukturellen Defizit. Dieses Defizit ist auch nicht allein auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen, denn selbst ohne den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB würde fast 1 Mrd. Euro fehlen.“ Ausgeglichen wurde dieser Fehlbetrag durch Kreditaufnahmen und Entnahmen aus der Rücklage. Um dauerhaft Schulden tilgen zu können, müsse der Finanzierungssaldo wieder positiv werden.

Sparen an falscher Stelle

Wie der ORH-Präsident darlegte, müssten die Einnahmen, die dem Staat zustehen, weitgehend ausgeschöpft werden. Nur so könne auch in der Zukunft investiert und gleichzeitig Spielraum für die Schuldentilgung gewonnen werden. Personal bei der Steuerverwaltung einzusparen, diene gerade nicht der Haushaltskonsolidierung. Mit mehr Mitarbeitern in den Finanzämtern würden auch mehr Steuern eingenommen - weitaus mehr, als das zusätzliche Personal kosten würde. Derzeit seien über 1.900 Stellen in der Steuerverwaltung unbesetzt. Im Vergleich mit anderen Ländern rangiere Bayern deshalb auf den letzten Plätzen. Fischer-Heidberger: „Hier wird an der falschen Stelle gespart.“

Steuerausfälle

Der Rechnungshofpräsident wies auch auf die erheblichen Steuerausfälle hin, weil landwirtschaftliche Einkünfte in Bayern nicht korrekt besteuert würden. „Die Besteuerung der Einkünfte

aus Landwirtschaft und Forsten muss deutlich effektiver werden. Es kann nicht sein, dass steuerrelevante Informationen, die bei anderen Behörden vorliegen, von den Finanzämtern nicht genutzt werden dürfen.“

Vorschläge, die zu Mehreinnahmen führen könnten, gibt es auch bei den Instituten für Rechtsmedizin und der Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald. Oft fehlen hier klare Ziele für das Management und es gebe keine Indikatoren dafür, ob die Ziele erreicht wurden. Die Nationalparkverwaltung betreibe ein defizitäres Jugendwaldheim, vernachlässige die Überwachung von Forschungsprojekten und trage unnötige Risiken beim Betrieb eines Baumwipfelpfads.

Einnahmen aus Holzverkauf

Pachtverträge sollte sie nach Ansicht des ORH aktualisieren und ihre Ranger vor allem dann einsetzen, wenn sie gebraucht werden, nämlich am Wochenende. Kritisch sieht der ORH auch, dass die Mehreinnahmen aus dem Holzverkauf nicht in den allgemeinen Haushalt geflossen sind. Dabei handelte es sich von 2006 bis 2009 immerhin um rund 9 Mio. Euro, über deren Verwendung der Landtag und nicht die Nationalparkverwaltung entscheiden sollte.

„Mieten ist nicht immer günstiger als bauen!“ gibt der ORH zudem zu bedenken. Der doppelte Abiturjahrgang, die demographische Entwicklung und ein verstärktes Interesse am Studium führten ab dem Schuljahr 2010/2011 zu einem deutlichen Anstieg der Studierendenzahlen. 2007 beschloss die Staatsregierung, den zusätzlichen Raumbedarf von 96.000 qm überwiegend durch Anmietung zu decken, da sie nur einen vorübergehenden Bedarf sah. An einigen Hochschulstandorten gab es indes am Immobilienmarkt keine geeigneten Mietobjekte, weshalb „Bestellbauten“ in Auftrag gegeben wurden. Diese „Bestellbauten“ lässt der Staat nach seinen Wünschen von einem Privaten errichten und mietet sie dann auf bestimmte Zeit an.

Bestellbauten

Ob diese Vorgehensweise tatsächlich wirtschaftlich ist, hat niemand geprüft. Der ORH jedoch hat nachgerechnet: Vier von fünf dieser Bestellbauten sind teurer als staatliche Neubauten, je nach Vertragslaufzeit insgesamt um 13 bzw. 26 Mio. Euro. Hinzu kommen ggf. Entschädigungsleistungen an die Vermieter in Millionenhöhe, wenn die Mietverträge nach der regulären Mietzeit (10 bis 15 Jahre) nicht verlängert werden. „Das zeigt, dass die Vorstellung der Verwaltung, ein Neubau sei wegen des nur vorübergehenden Bedarfs unverhältnismäßig, keineswegs immer zu trifft. Die Wirtschaftlichkeit hätte deshalb in jedem Einzelfall geprüft und auch die zu erwartende unterschiedliche Entwicklung an den verschiedenen Standorten berücksichtigt werden müssen.“

Anlass zur Kritik bieten auch hohe Wertverluste im Vermögen der Bayerischen Landesstiftung. Gegründet 1972, bestand das Stiftungsvermögen seinerzeit ausschließlich aus Aktien der

damaligen Bayerischen Vereinsbank. Vor den Risiken, das Vermögen in Aktien eines einzigen Unternehmens anzulegen, hat der ORH die Stiftung und das aufsichtsführende Finanzministerium bereits mehrfach gewarnt. Bis Ende 2006 hat die Stiftung den Anteil dieser Aktien am Stiftungsvermögen daraufhin auf 39 % reduziert. Zu diesem Zeitpunkt beschloss die Stiftung, die noch vorhandenen Aktien vollständig zu verkaufen. Doch durch eine Intervention des Finanzministeriums wurde der Verkauf schon bald wieder gestoppt.

Fehlende Finanzkompetenz

Damals lag der Kurs bei 7 Euro pro Aktie. Man hoffte auf Kurssteigerungen und wollte noch die Dividendenausschüttung mitnehmen. Auch als die Aktienkurse wieder sanken, wartete die Stiftung noch ab, statt zu reagieren. Ende 2007 lag der Kurs noch bei 5,60 Euro, Ende 2010 bei 1,56 Euro. Der Wertverlust im Stiftungsvermögen beläuft sich von Anfang 2007 bis Ende 2010 auf rund 150 Mio. Euro - und seither ist der Kurs weiter gefallen.

„Die Bayerische Landesstiftung muss ihre Kompetenz auf dem Gebiet der Kapitalanlagen verbessern“, so der Ratschlag des ORH. Das Finanzministerium habe inzwischen die Entscheidungs- und Aufsichtsfunktionen bei der Landesstiftung voneinander getrennt. Der Oberste Rechnungshof empfiehlt, auch bei anderen Stiftungen und Sondervermögen in gleicher Weise vorzugehen.

Studiengangakkreditierung

Ein weiterer Negativpunkt ist die Akkreditierung von Studiengängen. Mit dem Bologna-Prozess soll ein einheitlicher europäischer Hochschulraum geschaffen werden. Dazu stellte auch Bayern die bisherigen Diplom- und Magister-Studiengänge auf die neuen Abschlüsse Bachelor und Master um. Damit diese neuen Studiengänge den europäischen Qualitätsstandards entsprechen, werden sie von unabhängigen Agenturen akkreditiert.

Der ORH hat sich das Akkreditierungsverfahren genauer angesehen. Auffallend waren dabei vor allem die enormen Kosten, die durch dieses Verfahren entstehen. Die Hochschulen müssen die Agenturen bezahlen und auch umfangreiche Unterlagen für die Akkreditierung erstellen. Diese Selbstdokumentation verursacht hohe Personalkosten. Der ORH rechnet für die erstmalige Akkreditierung in Bayern mit Gesamtkosten von rund 37 Mio. Euro. Nach fünf bzw. sechs Jahren muss das Ganze dann wiederholt werden.

Hoher Aufwand

„Dieser Aufwand ist zu hoch“, kritisiert der Rechnungshof. Er raube den Hochschulen Kapazität für ihre originären Aufgaben Forschung und Lehre. Der ORH hat deshalb vorgeschlagen, die Anforderungen der Agenturen zu vereinfachen und den Umfang der Selbstdokumentation zu beschränken. Außerdem sollte der Schwerpunkt auf die weniger aufwendigen Systemakkreditierungen gelegt und der Zeitraum für die Wiederholungsakkreditierungen ausgedehnt werden. So könnte der Aufwand für die Qualitätssicherung der Studiengänge deutlich verringert werden. **DK**

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wer verbirgt sich hinter dieser politischen Gruppierung, die sich nach Verbrechern benennt? Die führenden Köpfe dieser „wilden Horde“ sind zwischen 24 und 50 Jahre alt und üben so bodenständige Berufe wie Bankkaufmann, Buchhändler oder Linguistikprofessor aus. Die zentralen Forderungen dieser Partei sind uneingeschränkte Transparenz, also der gläserne Staat, und ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Bürger. Die weitere Parteiprogrammatik gleicht eher einem wahllosen Sammelurium: liberale Drogenpolitik, Hochschulabschluss für alle, mehr Bürgerbeteiligung,



der Gruppe der 30- bis 39-Jährigen und aus allen Lagern. Ein bayerischer Pirat hat zuletzt bei der Oberbürgermeisterwahl in Bad Reichenhall auf Anhieb stolze 4,5 Prozent geholt.

Worauf ist dieser Erfolg zurückzuführen? Zum einen haben die etablierten Parteien die Netzthematik lange Zeit sträflich vernachlässigt, zum anderen mag eine latente Unzufriedenheit mit dem Politiker an sich dazu führen, dass Schlagworte wie Transparenz, Freiheit, Bürgerrechte und Basisdemokratie eine ganz besondere Anziehungskraft ausüben.

Was können wir tun? Ich meine, wir sollten nicht einem momentanen Hype hinterherlaufen und etwa auf Piraten-Themen aufspringen. Der bayerische Kommunalpolitiker muss weiterhin ein verlässlicher Partner bleiben.

Wir müssen uns aber auch auf Veränderungen in Verhaltensweisen einstellen. Der Jungwähler liest weder täglich die Zeitung noch bezieht er sein Wissen aus Nachrichtensendungen oder politischen Talkrunden im Fernsehen. Es ist unumgänglich, unsere Politik noch stärker über die neuen Medien sowie iPhones und iPads zu kommunizieren.

Auch haben wir die Lehren aus Stuttgart 21 gezogen. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, hat zusammen mit Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, MdB, das „Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung“ vorgestellt. Dabei soll den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, noch vor dem eigentlichen Verwaltungsverfahren ihre Meinung bei der Planung eines Großprojekts einzubringen.

Meiner Auffassung nach können wir für eine bessere Einbindung und Beteiligung der Bürger bei politischen Entscheidungen und damit auch für eine bessere Transparenz selber sorgen.

Dafür brauchen wir doch wirklich keine Piraten!

Ihr Stefan Rößle

Vorsicht Piraten! Politrebellen auf dem Vormarsch?

freies Internet, Ablehnung geistigen Eigentums. Wie sie das organisieren und vor allem finanzieren wollen, dazu haben sie bislang noch keine Aussagen getroffen.

Der Meinungsforscher Torsten Schneider-Haase von TNS Emnid sieht in den Piraten eine Protesthaltung und ein eher kurzfristiges Phänomen. Zur Etablierung in der Parteienlandschaft fehlen ihnen zum einen Kompetenzen und zum anderen Aussagen in den so wichtigen Politikfeldern Wirtschaft, Finanzpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik.

Unübersehbar aber ist der derzeitige Erfolgskurs, begonnen mit dem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011. Den größten Zulauf haben die Piraten aber nicht etwa bei den jungen Internet-Aktivistinnen, sondern bei

Energiewende kommt voran

Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Plan
Europäische Lösung wichtig

Die Bayerische Staatsregierung hat das Ziel vorgegeben, bis zum Jahr 2021 50 Prozent des Stromverbrauches aus erneuerbaren Energien zu decken. Nach VBEW-Berechnungen waren es im vergangenen Jahr schon rund 30 Prozent, im Jahr 2009 hingegen erst 25 Prozent. Maßgeblich für diese Steigerung ist der wachsende Anteil der Photovoltaik an der Stromerzeugung. Diese hat im Jahr 2011 rechnerisch allein rund 8 Prozent des Stromverbrauches gedeckt. „Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien liegt mit der derzeitigen jährlichen Steigerungsrate in Höhe von 2,5 Prozent damit genau im Plan“, sagte Norbert Breidenbach, Vorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

Die gesamte Strommenge aus erneuerbaren Energien soll gemäß dem Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung „Energie innovativ“, das im Mai 2011 verabschiedet wurde, bis zum Jahr 2021 rund 44 Terrawattstunden (TWh) betragen. Damit könnten dann rund 50 Prozent des heutigen Stromverbrauchsniveaus gedeckt werden. Im Jahr 2011 sind rund 26 TWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt worden. Damit werden heute schon rund 30 Prozent des bayerischen Stromverbrauches gedeckt.

Wasserkraft weiter führend

Aus der Wasserkraft wurde in Bayern 2011 mit ca. 11,4 TWh weiterhin die größte Menge des regenerativen Stroms erzeugt. Mit deutlichem Abstand folgen die Photovoltaik und die Biomasse mit jeweils rund 7 TWh. Die Windkraft (ca. 1,1 TWh) und die Geothermie spielen bei der Stromerzeugung in Bayern noch eine untergeordnete Rolle. Während der Strom aus der Wasserkraft und der Biomasse bedarfsgerecht erzeugt wird, kann der Strom aus der Windkraft nur witterungsabhängig und aus der Photovoltaik zusätzlich noch tages- und jahreszeitabhängig produziert werden.

Zur Verteilung der erzeugten Strommengen an die Kunden steht in Bayern ein Netz mit einer

die regional schwankenden Mengen zwischen Verbrauch und Erzeugung auszugleichen. „Immer mehr Strom, den speziell zur Mittagszeit die bayerischen Photovoltaik-Anlagen erzeugen, wird gar nicht mehr in Bayern verbraucht, sondern fließt in andere Bundesländer und in die europäischen Nachbarländer. Dieser Umstand macht deutlich, welcher hohe Stellenwert einer europäischen Lösung der Energiewende beigemessen werden muss“, sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW. □

Flächendeckende Breitbandversorgung

„Leistungsfähige Breitbandnetze sind für die Attraktivität als Wirtschaftsstandort und Wohnort von entscheidender Bedeutung“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl bei einer Veranstaltung des Presseclubs Regensburg.

Der Präsident verlangte daher, dass im ländlichen Raum zeitnah die Netze der nächsten Generation geschaffen werden, die den uneingeschränkten Zugang zu Diensten und Dienstleistungen ermöglichen. „Ohne leistungsfähige Breitbandnetze und Datenautobahnen mit „Ferrari-Geschwindigkeit“ wird der ländliche Raum seine Wirtschaftskraft und seine Arbeitsplätze verlieren. Ich fordere daher, dass Glasfasernetze nicht nur den Ballungszentren vorbehalten sein dürfen.“ In der LTE-Mobilfunktechnik sieht der Miesbacher Landrat nur eine Ergänzung und nicht den Standard für die flächendeckende Versorgung des ländlichen Raums mit leistungsfähigen Breitbandnetzen.

Das ehrgeizige Breitbandversorgungsziel der EU sieht vor, dass im Jahr 2020 alle Bürger über eine Breitbandversorgung mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 30 Mbit/s verfügen.

Bayern nur Mittelfeld bei schnellem Breitband

„Auch wenn die Breitbandabdeckung mit mind. 1 Mbit/s zum Jahresende 2011 unter Einbeziehung der LTE-Mobilfunktechnik im Freistaat Bayern bei 99 % lag, befindet sich Bayern bei schnellen Breitbandverbindungen im Ländervergleich nur im Mittelfeld“, so Dr. Kreidl abschließend. □

Photovoltaik:

Förderchaos vorprogrammiert

Der VBEW warnt vor einem Bürokratie-Kollaps durch die anstehende Förderänderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien – Anlagenbetreiber werden auf ihr Geld warten müssen.

Die Förderung der Stromerzeugung aus Photovoltaik über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) steht auf dem Prüfstand. „Darüber, ob die Höhe der Reduzierung der Förderung und der Zeitpunkt für die Einführung der Änderungen angemessen sind, lässt sich lange streiten. Eines ist aber auf jeden Fall klar: dieses Gesetz wird zum bürokratischen Monster“, sagte Norbert Breidenbach, Vorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW. Es werde zeitnah nicht in die Praxis umzusetzen sein. „Unsere Mitgliedsunternehmen werden alles daran setzen, auch die neuen Anforderungen aus dem EEG zügig in ihre Geschäftsprozesse einzubauen. Hierzu ist das Know-how von hochspezialisierten Fachleuten notwendig. Wir bitten die Anlagenbetreiber aber auch schon jetzt um Verständnis, falls es in dem einen oder anderen Fall zur Verzögerung bei der Auszahlung der Vergütung für den eingespeisten Strom kommt“, so Breidenbach.

Vergütungsmodelle

Zwölf Jahre nach Einführung des EEG gibt es schon heute über 4.000 verschiedene Varianten,

die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu vergüten. Systembedingt kommen jährlich mehrere hundert neue Vergütungsmöglichkeiten hinzu. Des Weiteren entstehen durch die fortlaufenden Gesetzesanpassungen an die „Marktsituation“ immer wieder vollständig neue Vergütungsmodelle.

Aufwändige Zählertechnik

Diese gelten dann nur für neu in Betrieb genommene Anlagen. Die alten Vergütungsmodelle müssen für die bereits vorhandenen Stromerzeugungsanlagen bis zu 20 Jahre weiter angewendet werden. Diesmal führt der Gesetzgeber neue Anlagenklassen ein, ändert die Vergütungshöhe – anstatt wie früher jährlich, nunmehr monatlich – und fördert nur noch einen Teil der erzeugten Strommenge durch das EEG, was eine aufwändige Zählertechnik erfordert.

„Ein Meisterstück der deutschen Bürokratie“, sagte Breidenbach. Allein in Bayern werden auf Grundlage des EEG mehr als 350.000 Photovoltaikanlagen gefördert. Zuständig für die Auszahlung der Vergütungen ist nach dem EEG der Stromnetzbetreiber, an dessen Netz die

Anlage angeschlossen ist. „Eigentlich wäre es die Aufgabe der Anlagenbetreiber, eine Rechnung über die erzeugte Strommenge an den Netzbetreiber zu stellen. Da diese schon jetzt aufgrund der Komplexität der Vergütungsmodalitäten kaum mehr in der Lage sind, diese korrekt zu erstellen, haben fast alle Netzbetreiber freiwillig ein sogenanntes Gutschriftsverfahren eingeführt. Die dazugehörigen Abrechnungssysteme haben eine nicht mehr zu überblickende Komplexität erreicht. Diese müssen durch die fortlaufenden Gesetzesänderungen jedes Mal teuer angepasst werden“, erläuterte Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW. Zunehmend ist manuelles Eingreifen von hochspezialisierten Experten erforderlich. Die Arbeiten erfordern höchste Sorgfalt, da es um viel Geld geht und die EEG-Förderung von jährlich rund 14 Milliarden Euro über einen ebenfalls komplexen Mechanismus zu bezahlen ist.

Komplizierte Umsetzung

„Man kann nur alle Beteiligten, die an der Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien Interesse haben, auffordern, auch daran zu denken, dass Gesetze am Ende auch in die Praxis umgesetzt werden müssen. Bedauerlicherweise ist dies beim EEG schon lange nicht mehr der Fall. Es stehen politische Notwendigkeiten und Kompromisse im Vordergrund, die diejenigen auszubaden haben, die nach der Verabschiedung des Gesetzes die Umsetzung durchführen müssen“, sagte Breidenbach.

KfW Kommunalpanel 2011:

Kommunale Daseinsvorsorge strukturell gefährdet

Das KfW Kommunalpanel 2011 belegt die nach wie vor schlechte Haushaltslage der Städte, Landkreise und Gemeinden und beziffert den Investitionsstau für 2011 auf rund 100 Mrd. Euro, von dem etwas mehr als die Hälfte auf die vor allem für die Kreishaushalte relevanten Bereiche „Kinderbetreuung und Schulen“ sowie „Straßen- und Verkehrsinfrastruktur“ entfallen.

„Die Kommunalhaushalte sind seit Jahren strukturell unterfinanziert, wie erst jüngst der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz für die dortigen Landkreise bestätigt hat. Die Ergebnisse des Kommunalpanels legen schonungslos offen, dass der Preis hierfür mit immer größeren Defiziten bei der kommunalen Infrastruktur bezahlt wird. Der Bund

und vor allem die für die Finanzausstattung der Kommunen verantwortlichen Länder müssen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und die Kommunen wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben tatsächlich erfüllen zu können“, kommentiert der Präsident des Deutschen Landkreistages, Hans Jörg Duppré. Nach dem Kommunalpanel

werden v.a. der Ausbau der Kinderbetreuung, der Schulbereich sowie die energetische Sanierung in den kommenden Jahren die kommunalen Haushalte prägen.

Realitätssinn

78 % der Landkreise planen für 2012 die energetische Sanierung von Gebäuden. „Die Ergebnisse der Umfrage belegen, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden mit aller Kraft versuchen, ihren Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs zu leisten. Dazu bedarf es keiner verbindlichen Sanierungsquote, wie sie der Entwurf der EU-Energieeffizienzrichtlinie vorsieht. Wir können diese zusätzlichen Belastungen einfach nicht stemmen. Wir erwarten hier von der EU-Kommission Realitätssinn“, so Duppré weiter.

Starke Stimme der...

(Fortsetzung von Seite 1)

gleichs – sei es Verfahren oder Verteilung innerhalb der kommunalen Familie – diskutiert, in gewohnter Weise und in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Wie der Ministerpräsident weiter ausführte, „zeigen sich gerade beim schnellen Internet Verlässlichkeit und Stabilität unserer Partnerschaft mit den Kommunen“. Im Nachtragshaushalt 2012 sei ein Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsinternet in ganz Bayern auf den Weg gebracht worden. „Insgesamt investieren wir in diesem Jahr damit 130 Millionen Euro in das schnelle Internet in ganz Bayern. Das ist ein Kraftakt und entschlossenes Handeln für die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Entscheidend für die Zukunft ganz Bayerns ist der Beitrag der Kommunen auch bei der Umsetzung der Energiewende. Bayerische Kommunen sind die Vorreiter beim Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Bayern ist das Land der Bürgerenergie. Damit der Netzausbau hinterherkommt, habe ich beim Bund ein flotteres Tempo angemahnt!“

Praktizierte Demokratie

Wie der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Uwe Brandl, der zunächst im Habitus des Gründers der Landgemeinden Bayerns Edmund Bergmann, mit Gehrock und Zylinder auftrat, feststellte, „waren es immer der Einsatz und die Leistungen von Persönlichkeiten, die unsere Erfolgsgeschichte geschrieben haben“. Die Herausforderungen, denen sich die kommunale Ebene gegenüber sah, seien immer vielfältig und hochbrisant gewesen. Als Stichworte nannte Brandl den Wiederaufbau nach dem Krieg, die Integration von zwei Millionen Flüchtlingen, die Gebietsreform, den Aufbau Deutschlands nach der Wende. „Wir, die Kommunen, stehen für praktizierte Demokratie. In unseren Orten lernen junge Menschen, wie unsere Gesellschaft funktioniert und was Ehrenamt bedeutet. Wir vermitteln unseren Städten und Gemeinden Lebensgefühl, Rückhalt und wohlthuende Besinnung in einer globalisierten Welt“, so der Verbandschef.

„Bodenhaftung“ mahnte Brandl bei Seehofers schuldenfreiem Haushalt bis 2030 an: „Nicht dass es wird wie im Märchen aus Tausendundeiner Nacht. Schwarzer Gelb schwebt auf einem Fliegenden Teppich dahin. Aber leider nur so lange, bis dieser Teppich an den Zwiebeltürmen unserer Kirchen hängen bleibt.“

„Wer über Schuldenabbau philosophiert, muss das Thema bis zur kommunalen Ebene durchdeklinieren“, machte Brandl deutlich. Alleine 42 Mrd. Euro müssten die deutschen Kommunen jährlich an Kassenkredit aufnehmen, um nur die größten Löcher zu stopfen. „Die tauchen bequemerweise in keiner Stati-

stik auf“, so der Präsident. Vor diesem Hintergrund sei es möglicherweise verständlich, „dass ich ein leichtes Bauchgrimmen habe, wenn wir im Kontext von Schuldenfreiheit und Kassenkrediten plötzlich großzügig ein kostenloses drittes Kindergartenjahr versprochen bekommen – natürlich ohne dass der Staat alle Kosten übernimmt“.

„Eigenes Griechenland“

Tatsache sei, dass „500 Gemeinden, vor allen Dingen in Nordostbayern, faktisch pleite“ sind. Deshalb, so Brandl, mag der Ausspruch gelten: „Warum in die Ferne schweifen, unser eigenes Griechenland liegt doch so nah.“ Ganz bestimmt benötigt werde ein Rettungsschirm für die bayerischen Kommunen; „ein Rettungsschirm mit Namen Solidarität und Einsatz“.

Nicht geklärt sei die Finanzierung auch beim Thema Inklusion und dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. In vielen Kommunen fehlt Brandl zufolge für die Umsetzung dieser Ziele einfach das Geld. Die Politik wage nicht klarzustellen, dass eine Auflösung der Förderschulen kontraproduktiv ist. Die optimale Förderung der Kinder müsse das Ziel sein.

Neben den Finanzen treibe die Gemeinden auch die demografische Entwicklung um. Oft seien es gerade die finanz- und wirtschaftsschwachen Standorte, die zusätzlich betroffen sind. „Lippenbekenntnisse und Hochglanzbroschüren lösen die Probleme nicht“, monierte der Präsident. Manche Verantwortungsträger seien offenbar der Ansicht, dass sich das Thema Schrumpffregionen von selbst erledigen werde. „Wenn wir so weiter machen, werden sie recht bekommen.“

Wie es um die gleichwertigen Lebensbedingungen in ganz Bayern tatsächlich bestellt ist, zeige das „unendliche Thema“ schnelles Internet. In vielen Gemeinden gebe es maximal Schmalband-DSL oder gar keinen Anschluss. Derzeit lägen keinerlei belastbare Zeitvorgaben und Verfahren vor, um bis 2020 flächendeckend eine zukunftsfähige Versorgungsinfrastruktur im Breitbandbereich zu haben. Brandl: „Wir wollen und fordern jetzt den bereits vor Jahren versprochenen Masterplan für schnelles DSL. Wir wollen endlich Taten sehen!“

Standortsicherung

Lobend äußerte sich der Gemeindetagschef zu den bisherigen Ansätzen in der Bildungspolitik, vor allem dem erkennbaren Bemühen um Standortsicherung und Qualität. „Jetzt brauchen wir Ruhe und Gehör für den Kultusminister“, damit er seine Pläne zur Qualitätssicherung und Betreuung intensivierung auch umsetzen könne. Der Gemeindetag

unterstütze die Forderung von Ludwig Spaenle nach mehr Personal und flexibleren Bildungsmodellen ausdrücklich.

Mit Blick auf die Energiewende raubt es Brandl den Schlaf, wenn er an die Preisentwicklung denkt und daran, was das für die Bürger bedeutet. Allein dem freien Spiel der Kräfte zu vertrauen, werde mit Karacho in die Hose gehen. Die Planungen müssten konkretisiert und Ziele vorgegeben werden.

Benötigt werde eine belastbare flächendeckende Analyse der Bedarfs- und Verbrauchsstrukturen, der Einspar- und Produktionspotentiale. Zudem würden leistungsfähige Netze „und damit auch die großen Versorger“ gebraucht. Die derzeitige Gesellschafts-Philosophie nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach nicht nass“ bringe niemanden weiter. Wer den alternativen Energiemarkt wolle, müsse bereit sein, auch die Konsequenzen zu tolerieren. „Das heißt Übertragungsnetze, Speicherkraftwerke, Windkrafttrader und auch Biomasseanlagen.“

Wutbürger

Sorge macht dem Präsidenten schließlich, dass manche Bürger nicht mehr bereit seien, rechtsstaatlich abgesicherte Verfahren zu akzeptieren. „Der Staat läuft Gefahr, den Egoismus zu befördern und das Gemeindwohl hinten anzustellen.“ Der medial definierte „Wutbürger“ erweise der Gesellschaft einen Bärendienst.

Brandl lobte seine Kollegen in den Rathäusern dafür, dass sie jeden Tag den Kopf hinhielten für die Beschlüsse der Legislative und Exekutive. Trotz der partei- oder gruppenspezifischen Heimat eines jeden würden Aussagen des Verbandes toleriert, obwohl dessen Präsident ein „Schwarzer“ sei. Die vielfältigen Eigenschaften, die eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister in sich vereinen müsse, veranlasste Brandl zu einem Vergleich mit dem bayerischen Fabeltier: „Der Wulpertinger ist keine Legende, denn er lebt! Wir sind die fleischgewordenen Wulpertinger der Politik!“

Glänzend amüsierte sich die Festgesellschaft bei den Ausführungen des Kabarettisten und Strauß-Imitators Helmut Schleich. Der verstorbene bayerische Ministerpräsident hatte 1987 die Festrede zum 75-jährigen Bestehen des Gemeindetags gehalten. Zuvor war noch Ludwig Thomas' Figur des Engel Aloisius aufgetreten: Er las einen Brief des Bayerevald-Prophezen Mühlhals vor, in dem dieser den bayerischen Gemeinden eine Goldene Zukunft voraussagt. Grußworte des Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Roland Schäfer sowie von Helmut Mödlhammer, Präsident des österreichischen Gemeindebundes, rundeten das gelungene Festprogramm ab. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

Kommunen seien erforderlich, um Lebensqualität vor Ort zu sichern. Für die Zukunft wünsche er sich, „dass die Stärkung der Kommunen und die Entschuldung Bayerns Hand in Hand gehen“.

Nach den Worten der oberbayerischen CSU-Bezirksvorsitzenden und Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die die KPV eingangs als „Herz-Kammer der CSU“ titulierte, ist die Vermarktung regionaler Produkte ein Schlüsselfaktor für die ländliche Entwicklung. Denn regionale Produkte hielten die Wertschöpfung dort, wo sie entstehen. Und die Verbraucher wollten Regionalität. Zwei Drittel der Verbraucher achteten heute schon auf die regionale Herkunft ihrer Lebensmittel. Dies habe eine Umfrage im Auftrag ihres Ministeriums ergeben.

Wenn es um regionale Qualitätsprodukte geht, müssten die Verbraucher Sicherheit haben. „Wo regional draufsteht, muss auch regional drin sein“, sagte Aigner. Die Politik müsse hier klare Spielregeln vorgeben. Aus Brüssel kämen hierfür positive Signale. Die Kommission habe Ende 2011 neue Qualitätsregeln für Agrarprodukte vorgestellt. Die Regelungen zum Geoschutz und zu traditionellen Spezialitäten sollen in einem einzigen Rechtsakt gebündelt werden. Konkret bedeute dies: Klare Erkennbarkeit für den Verbraucher, Klarheit für Produzenten und Vermarkter.

Neue Impulse setze auch die Bundesregierung: Mit einem sog. Regionalfenster will Aigner dem wachsenden Verbraucherinteresse an der Herkunft ihrer Lebensmittel Rechnung tragen. Hersteller sollen künftig die Möglichkeiten erhalten, mit einem einheitlichen Zeichen auf die regionale Herkunft ihrer Produkte hinzuweisen. Das Fenster soll Informationen zur Abgrenzung der jeweiligen Region, zur Herkunft der Zutaten sowie zur Prüfung der gemachten Angaben enthalten.

Die Regionalkennzeichnung soll den Anwendern einen Rah-

men bieten, um verschiedene Informationen darzustellen. Bei zusammengesetzten Produkten soll für jede Zutat einzeln dargestellt werden können, aus welcher Region sie zu welchem Prozentsatz stammt. Neben Aussagen zur Rohstoffherkunft sollen auch Aussagen zum Ort der Verarbeitung möglich sein. Die Nutzung des Regionalfensters – ausdrücklich keine Dachmarke – soll freiwillig sein und mit einem Zertifizierungs- und Kontrollsystem verbunden werden.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich plädierte in seinem Statement mit Blick auf die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst dafür, ein „gemeinsames Erscheinungsbild des öffentlichen Dienstes“ zu präsentieren. Er habe sich stets zur Idee des Berufsbeamtentums als einer Säule des öffentlichen Dienstes bekannt, betonte Friedrich. Für eine gute Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik benötige man funktionierende öffentliche Verwaltungsstrukturen.

Öffentliche Sicherheit

Bei allen Fragen der öffentlichen Sicherheit spielten die Kommunen eine entscheidende Rolle, fuhr der Minister fort. Eine enge Partnerschaft sei hier unumgänglich. Der internationale Terrorismus biete enorme Herausforderungen. Es existiere ein vergleichbar gravierendes Problem im Bereich des politischen Extremismus. Hier sei es notwendig, Kommunen, Land und Bund „beim Kampf um die Seelen der jungen Menschen“ zu gewinnen.

„Wir stellen fest, dass dort, wo die extremistischen Gruppierungen ihr Fundament haben, die gesellschaftlichen Strukturen erodiert sind. Wir spüren, dass wir die Zivilgesellschaft, unsere Feuerwehren, unsere Sportvereine, die Jugendarbeit im Allgemeinen, weiterhin stärken müssen. Es geht darum, jungen Leuten auf der Sinnsuche ein gesellschaftliches Betätigungsfeld, ei-

ne Heimat zu geben“, machte Friedrich deutlich.

Auf Bundesebene gebe es viele Programme, die darauf abzielen, junge Leute für die Demokratie zu gewinnen. Diese müssten mit den Programmen auf kommunaler Ebene verzahnt werden. Auch müsse das Augenmerk auf das Betätigungsfeld Internet gelegt werden. „das die Rattenfänger als Kommunikationsmittel dazu nutzen, die jungen Menschen zu vereinnahmen“. Für Friedrich ist diese Präventionsarbeit „eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre“.

Die Bundesregierung entwickle derzeit eine Demografiestrategie, die noch im April vorgestellt werden soll, so der Innenminister. Diese beinhalte als zentrale Themen u. a. gesundes und qualifiziertes Arbeitsleben, Stärkung der Familien, selbstbestimmtes Altern sowie Leben in den ländlichen Räumen. Auch die Frage, wie die Leistungsfähigkeit staatlichen Handelns und staatlicher Dienstleistung auch im demografischen Wandel zur Verfügung gestellt werden kann, spiele eine Rolle. Hier gelte es, stärker das Internet und den Breitbandausbau zu nutzen.

Nach Friedrichs Angaben wird sein Ministerium noch in diesem Jahr das sog. eGovernment-Gesetz auf den Weg bringen, „mit dem es möglich sein wird, noch mehr Verwaltungsabläufe auch über das Internet zu erledigen“. An dieser Stelle warb der Politiker für die auf Bundesebene initiierte Bürgernummer 115.

„Da wir auf das Gespräch mit den Kommunen angewiesen sind“, soll nach der Präsentation der Demografiestrategie auch in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Internetdialog mit den Bürgermeistern geführt werden. Mittels Dialogveranstaltungen soll versucht werden, Antworten auf den demografischen Wandel zu geben. Letztlich gehe es darum, „Politik aus einem Guss“ zu organisieren. **DK**

Wie das Oberpfälzer Beispiel „jurenergie“ zeigt:

Energiewende ist großes Thema für Bayerns Genossenschaften

Die Energiewende ist zur Zeit eines der bestimmenden Themen. Zwar konnte der Genossenschaftsverband Bayern für seine knapp 900 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in der Jahrespressekonferenz über ein insgesamt positives Geschäft im Jahr 2011 berichten, doch galt das vorrangige Interesse dem Energiesektor. Denn die Energiewende bietet gerade den Genossenschaften große Chancen in einem weiten und breiten Betätigungsfeld.

Die Neugründungen von Genossenschaften und speziell das hier später beschriebene Beispiel „jurenergie eG“ aus Neumarkt in der Oberpfalz zeigen das beispielhaft auf. Von den 51 Neugründungen im Berichtsjahr in Bayern waren allein 43 Energiegenossenschaften, so dass deren Zahl in Bayern inzwischen schon auf 133 angewachsen ist.

Die Energiegenossenschaften sind in den Bereichen Photovoltaik (PV), Wärmeversorgung und Biogas, aber auch im Bereich Windenergie tätig. 2011 konnten sie ihren Gesamtumsatz um fast ein Fünftel auf 434 Millionen Euro steigern. Investiert wurden knapp 35 Millionen Euro. Verbandspräsident Stephan Götzl: „Genossenschaften sind bereits heute ein wichtiges Instrument für die Umsetzung der Energiewende, denn sie bieten dafür den idealen rechtlichen und organisatorischen Rahmen“.

Deutliche Tendenz

Durch die Energiewende verstärkt sich die auch schon zuvor zu beobachtende Tendenz zur Dezentralisierung im Energiesektor. Diese Tendenz läuft parallel mit einer Re-Kommunalisierung in der Energiewirtschaft. Der Energiebereich geht nach Beobachtungen des Genossenschaftsverbandes wieder vermehrt in die Hände der Städte und Gemeinden über. In Kooperation mit Stadtwerken und Regionalversorgern könnten wieder Teile oder gar die gesamte Wertschöpfungskette von der Energieerzeugung über den Netzbetrieb bis zum Vertrieb organisiert werden, zumal die Konzessionen der großen Netzbetreiber auslaufen, sagte Götzl.

Bei dieser Entwicklung könne die genossenschaftliche Unternehmensform große Hilfestellungen bieten, sei es bei der interkommunalen Finanzierung oder sei es bei der Energiegewinnung und -versorgung mit dem Ziel eines hohen regionalen Selbstversorgungsgrades. Das starke Interesse der Kommunen gehe einher mit dem Wunsch der Bürger nach einer aktiven Beteiligung an der Energiewende. Darin, so Götzl, spiegle sich das genossenschaftliche Gründungsgeschehen wider.

Leuchtturm

Um diese Zusammenhänge zu untermauern, wurde in der Pressekonferenz das Beispiel der „jurenergie eG“ aus Neumarkt in der Oberpfalz als eine Art genossenschaftlicher Leuchtturm vorgestellt. Diese Genossenschaft, erst im April 2010, wenige Wochen nach der ersten Informationsveranstaltung mit nur 25 Interessenten, schon von 79 Mitgliedern gegründet, hat heute 730 Mitglieder. Sie haben über 11.564 Anteile bis jetzt schon 5,782 Millionen Euro Kapital aufgebracht.

Ausgangsüberlegung bei der Gründung dieser Genossenschaft war, die Regionalentwicklung durch eine höhere Wertschöpfung im Landkreis Neumarkt i.d.Opf. und den Klimaschutz durch den Einsatz von erneuerbaren Energien (EE) voranzutreiben und damit auch die regionale Wirtschaft zu fördern. Es hatte sich nämlich gezeigt, dass es bisher im Landkreis

Neumarkt mit seinen 130.000 Einwohnern Jahr für Jahr zu einem Kapitalabfluss von rund 500 Millionen Euro für Energieerzeugung gekommen ist. Zwar wurden auch bis dato schon Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien vor Ort in großer Zahl betrieben, aber in der Regel durch externe Investoren. Eine individuelle Beteiligung der Bürger, so schilderte es Roland Hadwiger vom Landratsamt, sei nur mit hohem Kapitaleinsatz möglich gewesen.

Bürgermodell

Durch dieses Bürgermodell „jurenergie eG“ soll den Menschen die unmittelbare und breite Beteiligung auch mit niedrigem Kapitaleinsatz ermöglicht werden, so dass letztlich die Bürger regionale Energieversorger werden. Bei der Gründung kamen auf Anhieb über 597 Geschäftsanteile zu je 500 Euro 298.500 Euro zusammen.

Ein Bündel von Aufgaben hat sich die Bürger-Genossenschaft, die übrigens bisher noch von drei ehrenamtlichen Vorständen geführt wird, gestellt. Zu nennen sind die selbständige Errichtung und den Betrieb von eigenen EE-Anlagen, die passive Beteiligung an anderen Anlagen, Investitionen in alle Arten von erneuerbarer Energie, um den Energiemix zu fördern und das Risiko zu streuen, Energie-Dienstleistungen für Mitglieder und Nicht-Mitglieder zu erbringen, z. B. durch Energieberatung, und langfristig als regionaler Energieversorger den selbst erzeugten Strom zu vermarkten.

In drei bis vier Jahren hofft der Landkreis zum Energieexporteur zu werden. Spätestens 2013 sollen die Genossen eine Verzinsung ihrer Anteile erhalten, stellte Hadwiger in Aussicht. Inzwischen ist die Beteiligung, die nur Bürgern des Landkreises und angrenzenden Gebieten offen steht, auf höchstens 200 Geschäftsanteile begrenzt worden, um den regionalen Bürgercharakter der Genossenschaft und damit die Selbstbestimmung zu erhalten. Neben den Bürgern haben sich auch die Kommunen des Landkreises mit jeweils wenigen Anteilen, die eher symbolischen Charakter haben, an der jurenergie beteiligt. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, gehören dem Vorstand und Aufsichtsrat keine kommunalen Mandatsträger an.

Projekte und Investitionen

Einschließlich Fremdkapital wurden bisher ca. 2,3 Millionen Euro investiert. Zu den Projekten zählen 12 Photovoltaik-Dachanlagen (PV-Anlagen), meist auf kommunalen Gebäuden, mit einer installierten maximalen Gesamtleistung von 850 Kilowatt (kW) und einer Stromproduktion von 764 Megawattstunden (MWh) pro Jahr. Die Ertragsprognose dieser Anlagen, in die 1,8 Millionen Euro investiert wurden, sieht von 2012 an knapp 220.000 Euro im Jahr vor.

An Kohlendioxid (CO₂) sollen im Jahr 565 Tonnen eingespart werden. Konkret in der Planung sind weitere PV-Anlagen mit 1.200 kW bzw. 460 kW Maximalleistung und – noch nicht ganz vor der Realisierung – Anlagen auf Konversionsflächen, u. a. auf dem Dach einer US-Kasernen.



Das Heizwerk Rochlitz.

Grundsätzlich schließt die Genossenschaft für ihre Aktivitäten keine Form der erneuerbaren Energien aus, doch im Visier hat man derzeit die Windkraft durch die Beteiligung an 5 Windkraftanlagen im Rahmen von GmbH & Co KGs mit einem Kommanditanteil von jeweils 8 Prozent und Gesamtinvestitionen von 494.000 Euro, die aus Eigenkapital finanziert werden. Die gesamte Stromproduktion der Anlagen soll etwa 17 Millionen kWh im Jahr erreichen.

Für die weitere Zukunft ist an eine hauptamtliche Geschäftsführung gedacht. In der Überlegung sind weitere Projekte wie regionale Netze, Wärmeversorgung und Eigenstrombezug für Mitglieder. Noch ungelöst oder vielleicht auch unlösbar für den Landkreis allein ist das Problem, dass man bei der Stromerzeugung aus Windkraft und Sonne auf eine Grundversorgung durch andere, etwa industrielle Energieerzeuger angewiesen ist, weil beide Quellen temporär mal nicht zur Verfügung stehen könnten.

Regionaler Nutzen

Als regionalen Nutzen der Bürger-Genossenschaft jurenergie nannte Hadwiger eine höhere Identifikation der Bürger mit ihrer Heimat, mehr bürgerschaftliches Engagement und die Entstehung von Sozialkapital. Wirtschaftlich gesehen zählt die Wertschöpfung vor Ort, die neue Arbeitsplätze und höhere Steuereinnahmen bringt. Insgesamt hob Hadwiger die Unabhängigkeit von Großkonzernen und fremden Energiequellen durch die aktive, dezentrale Gestaltung der eigenen Energiezukunft hervor. Um diesen Nutzen zu erzielen, seien Bürger-Genossenschaften der beste Weg.

Nach Meinung des Genossenschaftsverbandes sind die Bürger die mit Abstand wichtigste Gruppe unter den Investoren in erneuerbare Energiegewinnung, „denn sie treiben die Energiewende voran“. Die aktive Beteiligung der Bürger an genossenschaftlichen Energieprojekten schaffe eine breite Akzeptanz und baue Widerstände bei der Umsetzung von größeren Projekten wie Windanlagen und Windparks bereits im Vorfeld ab. Götzl: „Die Energieversorgung der Zukunft ist dezentral und ruht auf vielen Schultern“. Deshalb setze auch die Agentur für Erneuerbare Energien, bei der Energiewende auf genossenschaftliche Strukturen. Dezentrale Energieversorgung brauche aber staatliche Förderung, auch eine Einspeisevergü-

lung. Scharf zu kritisieren sei in diesem Zusammenhang die politische Vollbremsung bei der Absenkung der Einspeisevergütung, die inzwischen etwas korrigiert wurde. Am besten wäre es, so Götzl, die deutsche Energiepolitik auf direkte Technologieförderung auszurichten. Eine drängende Aufgabe der Politik bleibe das Problem der Speicher und Netze, die als die Achillesferse der Energiewende gelten. dhg.



Dezentrale, erneuerbare Energien für Kommunen

Windenergie, Bioenergie, Geothermie, Fernwärme, KWK

STEAG New Energies GmbH
St. Johanner Straße 101-105
66115 Saarbrücken
Telefon +49 681 9494-9111
Telefax +49 681 94944065-9111
info-newenergies@steag.com

www.steag-newenergies.com

steag

STEAG investiert in Bioenergie:

Mehr Energieeffizienz und „grüner“ Strom

Rochlitz/Kirchwalsede. Mit der Realisierung eines Blockheizkraftwerks (BHKW) in Rochlitz/Sachsen und der Optimierung der Biogasanlage Kirchwalsede/Niedersachsen investiert die STEAG New Energies GmbH in Energieeffizienz und CO₂-Reduktion.

„Der Bau des BHKW, dessen Kernstück ein mit Biomethangas betriebener Gasmotor sein wird, hat ein Investitionsvolumen von rund zwei Millionen Euro“, erläutert Dr. Stephan Nahrath, Geschäftsführer von STEAG New Energies.

Erfolgreiche Kooperation

Betreiber des BHKW ist die Energieversorgung Rochlitz GmbH (EVR), eine gemeinsame Gesellschaft der Stadt Rochlitz (51 %) und der STEAG New Energies GmbH (49 %) – eine Kooperation, die bereits seit mehr als 15 Jahren auf partnerschaftlicher Basis erfolgreich agiert. Die Inbetriebnahme des BHKW-Moduls mit einer installierten Leistung von 1,6 Megawatt (thermisch und elektrisch) ist für 2013 geplant.

Der in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte Strom wird in das öffentliche Stromnetz und die produzierte Wärme in das örtliche Fernwärmenetz einspeist. Die Wärme aus dem BHKW ersetzt in Zukunft einen Teil der Wärmeerzeugung aus dem bestehenden Heizwerk, das auf einer konventionellen Kesseltechnik basiert.

Wirkungsgradsteigerung in der Biogasanlage Kirchwalsede

Ein zweites aktuelles Projekt der STEAG New Energies ist die Optimierung der seit 2009 bestehenden Biogasanlage im niedersächsischen Kirchwalsede, rund 50 Kilometer östlich von Bremen. Die Betreibergesellschaft STEAG Cordes Bioenergie GmbH, an der STEAG New Energies mit 90 Prozent beteiligt ist, investiert rund eine halbe Million Euro in den Bau einer ORC-Anlage (Organic Rankine Cycle).

Hierbei handelt es sich um einen mit Unterstützung von STEAG New Energies neu entwickelten ORC-Motor eines saarländischen Herstellers. Die Wirkungsgradsteigerung erreicht die ORC-Anlage durch eine effiziente Verwertung der Abgaswärme aus den vorhandenen Blockheizkraftwerken. Insofern produziert die optimierte Anlage zusätzlichen Strom aus Erneuerbaren Energien, ohne hierfür mehr Biomasse zu benötigen. □

Bilanzpressekonferenz der Lechwerke AG:

Energiewende im Fokus

Stabiles Geschäftsergebnis für 2011 - Investitionen auf Rekordniveau

Trotz eines „ausgesprochen unstillen Jahres“ kann die Lechwerke AG (LEW) mit einem vergleichsweise stabilen Geschäftsergebnis für 2011 aufwarten. Wie Vorstandmitglied Dr. Markus Litpfer bei der Bilanzpressekonferenz des regionalen Energieversorgers in Augsburg darlegte, stieg der Stromabsatz von 13,4 Milliarden Kilowattstunden auf 14,7 Milliarden Kilowattstunden. Dazu trugen neue Abnehmer bei, die LEW im Segment der Energieversorgungsunternehmen gewinnen konnte.

Auch den Gasabsatz konnte das Unternehmen um 14 Prozent auf fast eine Milliarde kWh steigern. Im Bereich der Geschäfts-, Privat- und Gewerbekunden mussten die Lechwerke dagegen leichte Einbußen hinnehmen.

Der Gesamtumsatz der LEW-Gruppe wuchs um 18 Prozent auf 2,13 Milliarden Euro. Daneben gab es 2011 Preiseffekte durch die erhebliche Steigerung der EEG-Kosten zur Förderung der erneuerbaren Energien. Diese Umlage stieg um 72 Prozent von 2,05 auf 3,53 Cent pro kWh.

Betriebsergebnis

Das betriebliche Ergebnis blieb mit 138 Millionen Euro geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres. Dies liegt Litpfer zufolge vor allem daran, dass im Bereich Netzbetrieb und -service ein Minus von 32 Millionen Euro zu verzeichnen war. Die Gründe dafür seien maßgeblich die hohen Netzausbaukosten für die Einbindung der stark gestiegenen Zahl von dezentralen Erzeugungsanlagen, sprich EEG-Anlagen. Zählten die Lechwerke Anfang 2011 41.380 Anlagen in ihrem Netz, waren es Ende des Jahres bereits 51.980 EEG-Anlagen.

Verbunden damit waren gleichzeitig höhere Kosten durch die vermiedene Netznutzung, zusätzlich wirkten sich geringere Erlöse aus einem sinkenden Verbrauch aus. Weiterhin kommen die

Rückzahlungen von Netzentgelten aufgrund der Neuregelung der Stromnetzentgeltverordnung hinzu, mit der große Industriekunden bei den Netzkosten vollständig entlastet werden, sowie höhere Bezugskosten für das vorgelagerte Netz. „Insgesamt ist dies eine Entwicklung, die zeigt, dass das Netzgeschäft schwieriger wird und sich in Folge der Energiewende stark verändert“, betonte Litpfer.

Das LEW-Nettoergebnis sank um 31 Millionen Euro auf 118 Millionen Euro. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, eine Dividende von 2 Euro je Stückaktie auszuschütten. Der Jahresüberschuss der Lechwerke AG konnte 2011 mit 71 Millionen Euro ebenfalls stabil gehalten werden.

Rekordsumme

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 89 Millionen Euro in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte investiert. Mit dieser Rekordsumme in der Unternehmensgeschichte investierte LEW im Zuge der Energiewende in den Aufbau der Infrastruktur in der Region, in die Stromnetze, die Breitbandnetze und in neue Technologien. Ein Höhepunkt war der Neubau der 380-kV-Hochspannungs-Umspannanlage in Vöhringen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 7 Millionen Euro.

Bayerischer Bauindustrieverband:

Werbung für regionale Energiepartnerschaften

Regionale Energiekonferenz „Neue Chancen mit der Bauindustrie“ in Landsberg am Lech

„Immer, wenn sich Menschen zu etwas Neuem aufgemacht haben, war der BAU die treibende Kraft. Lassen Sie uns diese Kraft gemeinsam nutzen“, appellierte der Bezirksvorsitzende Schwaben im Bayerischen Bauindustrieverband (BBIV), Dipl.-Ing. Roland Filippi, an die Teilnehmer der Regionalen Energiekonferenz, zu der der BBIV nach Landsberg/Lech bei den Stadtwerken eingeladen hatte.

„Die Energiewende geht alle an. Ohne das Zusammenspiel von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft wird sie nicht gelingen. Wenn wir erfolgreich sein wollen, brauchen wir starke Energiepartnerschaften auf regionaler Ebene“, so Filippi.

Ausbau von Netzen und Speichern

Globale und Nationale Energiekonzepte skizzierte Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) und Ordinarius an der TU München. Der renommierte Berater der Bundesregierung ist davon überzeugt, dass Deutschland im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden kann. Dabei stelle der Ausbau von Netzen und Speichern die größte Herausforderung für einen schnellen Übergang zur regenerativen Stromversorgung dar.

Beispiele

Erfahrungen und Beispiele für den Aus- und Umbau stellen unter anderem der Vorstand der Stadtwerke Landsberg am

Lech, Norbert Köhler, der Geschäftsführer der Bayerischen Elektrizitätswerke, Peter Strobel, und der Geschäftsführer der Franz Kassecker GmbH, Dipl.-Ing. Ewald Weber, vor. Über die Chancen regionaler Wertschöpfung durch Windenergie berichtete Arno Zengerle, Bürgermeister der Gemeinde Wildpoldsried.

Voraussetzungen

Klimaschonende Kraftwerke, dezentrale Netzinfrastrukturen, energieeffiziente Gebäude – die gesamte Energieversorgung von der Erzeugung über die Speicherung bis zum Transport muss umgebaut werden. Die Voraussetzungen dafür hob Dipl.-Bw. Norbert Peine, BBIV-Bezirksvorsitzender München-Oberbayern, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

„Ein so komplexes Vorhaben wie die Energiewende kann nur gelingen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen – vom Baurecht über einen klaren gesetzlichen Investitionsrahmen bis hin zum professionellen Projektmanagement mit eindeutigen Strukturen, Kompetenzen und Steuerungsmechanismen“, so Peine. □

Insgesamt haben die Lechwerke im abgelaufenen Geschäftsjahr für die Erneuerungen in der Hoch- und Höchstspannung 7,5 Millionen Euro ausgegeben und in der Mittel- und Niederspannung 5,8 Millionen Euro. Für die Einbindung von über 10.000 neuen Fotovoltaik-Anlagen und anderen EEG-Anlagen wurden 14,1 Millionen Euro investiert. Für neue Netzanschlüsse gab das Unternehmen 16,4 Millionen Euro aus und investierte für Neubau und Erneuerung von Umspannwerken etwa 12,5 Millionen Euro.

Generationenaufgabe

„Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe. Wir sind als regionales Energieversorgungsunternehmen Teil der Lösung und werden mit Innovationen, unseren Kompetenzen und Stärken dazu beitragen, dass sie in der Region gelingt“, erklärte Litpfer.

Als „eine der größten Herausforderungen für unsere Branche“ bezeichnete der Vorstand den Umbau und Ausbau der Stromnetze. Laut den dena-Netzstudien

Gutes Klima:

E-Plus produziert CO2-neutrale Energie

Biogaskraftwerk am Standort Düsseldorf in Betrieb genommen

Im Düsseldorfer Stadtteil Unterrath hat die E-Plus Gruppe ein biogasbetriebenes Blockheizkraftwerk (BHKW) zur Versorgung des E-Plus Rechenzentrums mit elektrischer Energie und Kühlleistung in Betrieb genommen. Das moderne Kraftwerk unterstreicht das Umweltengagement der E-Plus Gruppe in Bezug auf das Unternehmensziel, bis 2020 vollständig CO2-neutral zu arbeiten.

Die Energiegewinnung auf Basis nachwachsender Rohstoffe erspart der Umwelt bereits einen jährlichen CO2-Ausstoß von fast 4.500 Tonnen. Der Bau des Kraftwerks ist eine zeitliche Glanzleistung: zwischen der ersten Planung im Spätsommer 2011 bis zur Inbetriebnahme lagen nur wenige Monate.

Notwendigkeit eines ökologischen Umdenkens

„Mit dem Biogaskraftwerk beweist E-Plus einmal mehr, wie sehr es die knappen Ressourcen zu schätzen weiß. E-Plus hat die Notwendigkeit eines ökologischen Umdenkens erkannt, viele andere Unternehmen müssen dem Vorbild nun folgen und sich daran ein Beispiel nehmen“, lobte Staatssekretär Marc Jan Eumann das Projekt im Düsseldorfer Norden.

Im Bürogebäude an der Parvalstraße im Düsseldorfer Norden befindet sich seit 1996 das Rechenzentrum der E-Plus Gruppe. Auf einer Fläche von 1.700 qm arbeiten derzeit mehr als 300 Server. Von hier aus versorgt das Rechenzentrum alle Standorte der E-Plus Gruppe mit den notwendigen IT-Dienstleistungen. Auch die mehr als 22 Millionen Kundendaten werden in dem Hochsicherheits-Rechenzentrum verarbeitet. Mit dem weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes steigt auch der Energiebedarf des Rechenzentrums kontinuierlich weiter an. Genau hier setzt die E-Plus Gruppe an: Eine dezentrale Versorgung mit Energie und Wärme, noch dazu umweltfreundlich, wirkt dem entgegen. Ein klares Plus für die Umwelt.

„Wir haben bereits mit der energieautarken Mobilfunkstation in Versmold im vergange-

nen Jahr gezeigt, dass wir nicht nur mit unseren Tarifen, sondern auch in puncto Energieeffizienz Innovationsführer unter den deutschen Mobilfunknetzbetreibern sind. Das neue Blockheizkraftwerk unterstreicht dies als Teil unserer Umweltstrategie, denn wir wollen ökologischen Nutzen mit ökonomisch Sinnvollem verbinden. Dies ist uns hier gelungen und wird auch zukünftig immer wichtiger werden, wenn eine optimale und nachhaltige Nutzung der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Energieresourcen gelingen soll“, erläuterte Dr. Karsten Menzel, Abteilungsleiter Environment, Health and Safety der E-Plus Gruppe, anlässlich des Betriebsstarts.

Für den Ausbaubedarf der Mittel- und Niederspannungsnetze hat ein vom BDEW in Auftrag gegebenes Gutachten für zwei untersuchte Szenarien einen deutschlandweiten Ausbaubedarf von 195.000 bis 380.000 km ermittelt mit Kosten von bis zu 27 Milliarden Euro. „Um diese Zahlen weiter zu konkretisieren, beteiligen wir uns mit der LEW Verteilnetz GmbH an der aktuell laufenden dena-Verteilnetzstudie, die den notwendigen Ausbau in den Verteilnetzen infolge des Zuwachses der dezentralen Erzeugung untersucht und bis zum Jahresende 2012 Ergebnisse liefern wird“, berichtete Litpfer.

Kompletter Netzausbau

Was die Struktur der Verteilnetze in Deutschland anbelangt, so prognostizierte er „einen kompletten Umbau der Netze in Richtung intelligenter Stromnetze mit Steuerungs- und Regelungsfunktionen“. Um dies zu schaffen, „müssen wir ohne jeden Vorbehalt unser Know-how bündeln und nicht in immer kleinere Einheiten zersplittern und aufgliedern, denn so wird die Energie-



Neben den Geschäftszahlen 2011 erläuterten die LEW-Vorstandmitglieder Paul Waning, Dr. Markus Litpfer und Norbert Schürmann (v. l.), welche Bedeutung die Energiewende für die Lechwerke hat. □

wende nicht oder zumindest nicht zu den geringsten Kosten zu schaffen sein“.

Diese Position vertreten auch die Verbraucherzentrale und der Bundesverband Neuer Energieanbieter. Diese hätten kürzlich darauf hingewiesen, dass der im Zuge intelligenter Vernetzung entstehende Investitionsbedarf dramatisch höher ausfallen wird, wenn die Zahl der separat betriebenen Verteilnetze konstant bleibt oder sogar noch weiter ansteigt. Auch das Bundeskartellamt habe im vergangenen Jahr vor einer Zersplitterung der Energienetze gewarnt, da insbesondere für neue Wettbewerber der Umgang mit einer weiter steigenden Zahl an Netzbetreibern immer schwieriger wird.

Prognose für 2012

Für das laufende Geschäftsjahr 2012 rechnet die LEW-Gruppe mit einem weiteren Anstieg der Umsatzerlöse, fuhr Litpfer fort. Entwicklungspotenzial bestehe im Gasgeschäft, wo die Lechwerke ihre Marktposition weiter ausbauen wollen. Wachstum ist auch im Bereich der Telekommunikation durch den Breitbandausbau und innovative Angebote im Geschäftskundenbereich zu erwarten. Auch der weiter anhaltende Zubau von EEG-Anlagen in der Region werde zum Umsatzanstieg beitragen. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet das Unternehmen beim betrieblichen Ergebnis mit Stabilität. Die Dividende soll entsprechend auch 2012 auf konstantem Niveau bleiben.

„Wir bei den Lechwerken wollen, dass die Energiewende ein Erfolg wird. Es genügt dafür nicht, an einzelnen Stellschrauben zu drehen. Es geht um eine Neuordnung des Systems. Deshalb setzen wir an der gesamten Wertschöpfungskette an, um zu eruieren, welche Lösungen uns auf diesem Weg vorwärts bringen“, erläuterte Vorstandsmitglied Paul Waning.

Funktionsweise

Zur Funktion: Zwei 12-Zylinder-Gasmotoren erzeugen über zwei Generatoren den für den Betrieb des Rechenzentrums notwendigen Strom. Die entstehende Abwärme der beiden Aggregate wird in eine Absorptionskälteanlage auf Lithiumbromid-Basis geführt, die Wärme auf hocheffektive Weise in Kälte wandelt. Kälte, die für die Kühlung der Serverräume benötigt wird. Mit einem Gesamtwirkungsgrad von 85 Prozent erreicht das BHKW der E-Plus Gruppe ein hervorragendes Leistungslevel.

Technische Daten

Die technischen Daten des Blockheizkraftwerks lauten wie folgt: Elektrische Leistung: 900 kW (2 x 450 kW), thermische Leistung: 960 kW (2 x 480 kW), Brennstoffleistung: 2196 kW, Motortyp: 2x2G/JSM312 (12 Zylinder), Gesamt-Wirkungsgrad BHKW: 85 Prozent.

Für die E-Plus Gruppe ist das

Ein solches Innovationsprojekt, das das Unternehmen voran treibt, findet sich beispielsweise im Bereich Smart Grid, dem intelligenten Stromnetz der Zukunft. So werden die Lechwerke in diesem Jahr in einem Pilotprojekt in der Region neue Netztechnologien testen. Die zum Einsatz kommende Technik heißt autonomer Niederspannungssagent – kurz ANA. Um die Lastflüsse im Stromnetz steuern zu können, muss das Netz über variable Speicher und Verbraucher verfügen, die der sog. ANA ansteuern kann. Dies werden etwa Warmwasserspeicher, Wärmepumpen, Ladesäulen für Elektrofahrzeuge sowie Fotovoltaik-Anlagen mit Speichern sein. Das ANA-Projekt stellt für LEW einen Meilenstein auf dem Weg zum Netz der Zukunft dar.

„Mögliche Projekte werden nur mit den Menschen vor Ort gelingen“, machte Waning deutlich. Aus diesem Grund arbeite LEW unter anderem an der Umsetzung von Windkraftprojekten, an denen sich auch Bürger beteiligen können. Die Suche nach geeigneten Standorten in der Region läuft. Die Lechwerke sind zuversichtlich, hier entsprechende Projekte realisieren zu können. **DK**

Innovationsprojekte

Weitere Felder der Innovationsprojekte in Sachen Energiewende sind Waning zufolge die Themen Batteriespeicher im Privathaushalt oder die Weiterentwicklung der von LEW erfolgreich getesteten Eco Box Solar. Mit dieser kann Strom aus einer Fotovoltaik-Anlage direkt in Fahrzeugbatterien geladen werden. LEW testet derzeit drei Pilotanlagen.

Darüber hinaus arbeiten die Lechwerke zum Beispiel im Bereich der eigenen Erzeugung an einer effizienteren Nutzung der Wasserkraftwerke sowie dem weiteren Ausbau der Kapazitäten der Wasserkraft. „Mögliche Projekte werden nur mit den Menschen vor Ort gelingen“, machte Waning deutlich. Aus diesem Grund arbeite LEW unter anderem an der Umsetzung von Windkraftprojekten, an denen sich auch Bürger beteiligen können. Die Suche nach geeigneten Standorten in der Region läuft. Die Lechwerke sind zuversichtlich, hier entsprechende Projekte realisieren zu können. **DK**

Endgeräte und Systemtechnik

- Unterstützung von Umwelt-Forschungsprojekten
- Überprüfung der Lieferantenkette auf Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein
- Offener Dialog mit unabhängigen Sachverständigen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
- Verbesserung der Qualität der Verbraucherinformation zu Endgeräten. Messbar anhand des Jahresgutachtens an die Bundesregierung
- Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle, die Mobilfunktechnik mit effizientem Umweltschutz verbinden.

Bis zum Jahr 2020 will die E-Plus Gruppe die Effizienz ihrer Technik um 20 Prozent gegenüber 2009 verbessern und die vollständige CO2-Neutralität des Unternehmens erreichen. Auf diese Weise wird die E-Plus Gruppe dem Anspruch auf nachhaltiges Wirtschaften in einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Gleichgewicht als Bestandteil der Gesellschaft gerecht. □

Nachhaltigkeitsstrategie

Den Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie bilden unter anderem folgende Ziele:

- Senkung des Verbrauchs von Ressourcen und Energie durch den Einsatz moderner Technik bei der System- und Klimatechnik
- Umweltgerechte Entsorgung der eingesetzten Produkte wie

E.ON Bayern-Presskonferenz in Regensburg:

Hohe Investitionen in das regionale Verteilnetz

„Wir müssen im Verteilnetz Platz für regenerative Energien schaffen, um ihnen überhaupt zur Wirkung zu verhelfen. Der effiziente Umgang mit Netzkapazitäten ist deshalb ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Energiezukunft.“ Dr. Egon Westphal, technischer Vorstand von E.ON Bayern, stellte in Regensburg fest, dass das Unternehmen neben Netzbaumaßnahmen auch an unterschiedlichen Projekten forsche, weil die Energiewende nicht nur eine große Aufgabe, sondern auch eine große Chance sei.

Vorstandsvorsitzender Thomas Barth machte die Größenordnung deutlich: „Allein in diesem Jahr stecken wir gut eine Viertel Milliarde Euro in unser Netz.“ Rund 90 Millionen entfielen auf die Netzeinbindung von Erneuerbaren-Energie-(EEG)-Anlagen, denn das regionale Verteilnetz sei Dreh- und Angelpunkt für eine erfolgreiche Energiewende. Da die meisten Aufträge an lokale Firmen vergeben werden, sind diese Investitionen auch ein kleines Konjunkturprogramm für den Mittelstand der Region.

Das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 einen Anteil von 35 Prozent regenerativer Energien an der Stromerzeugung zu erreichen, hat E.ON Bayern mit heute schon 40 Prozent bei weitem überschrit-

ten. Auch das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung mit 50 Prozent bis 2021 sei nur noch eine Frage von wenigen Jahren, wenn der Zuwachs regenerativer Anlagen weitergeht wie bisher.

Photovoltaik-Boom

Ausschlaggebend für diese Entwicklung sei der gigantische Photovoltaik-Boom im Netzgebiet. „Wir haben bis heute über 205.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Deren Leistung von 4.300 Megawatt liegt deutlich über der in den ganzen USA installierten Photovoltaik-Leistung. Wir sind damit eindeutig Photovoltaik-Weltmeister.“ Barth verwies auf den bürokratischen Aufwand, der damit ver-

bunden sei, als Inkassobüro des Staates zu fungieren: „Allein für die Bearbeitung und Abrechnung der zwei Milliarden EEG-Vergütung fallen bei uns Verwaltungskosten von jährlich über 50 Millionen Euro an.“ Und noch etwas bringt die Mitarbeiter an Kapazitätsgrenzen: Bei der Abrechnung der EEG-Anlagen sind über 4.000 unterschiedliche Tarife zu berücksichtigen.

Praxistest

Ohne Netzoptimierung, verbunden mit neuen Speichertechnologien, werde die Energiewende nicht funktionieren, stelle Westphal fest. Als Partner des Sol-ion-Projekts bringe das Unternehmen jetzt erstmals im Praxistest Speicher im bayerischen Verteilnetz zum Einsatz. 20 Anlagen werden installiert und kommen in Häusern zum Einsatz, die eine Photovoltaikanlage zur Eigenverbrauchsnutzung montiert haben. „Ziel des Projekts ist es, den Eigenverbrauch unter Zuhilfenahme der Speichertechnologie

von 30 auf 60 Prozent zu erhöhen.“

Hoch interessant sei auch ein weiteres Forschungsprojekt, bei dem Mini-Blockheizkraftwerke zur Netzentlastung eingesetzt werden, so Westphal. Erprobt wird diese Technologie in Osterhofen; Testobjekte sind das Hallenbad, die Dreifachturnhalle, ein landwirtschaftlicher Betrieb und ein Wohnhaus. In der Fläche eingesetzt könnten diese Anlagen ein wichtiges Regulativ im Netzbetrieb der Zukunft werden. Zusammenfassend stellte der technische Vorstand fest: „Wir haben die ersten großen Schritte gemacht und den richtigen Weg konsequent eingeschlagen.“

Um die Energiewende auch personell schultern zu können, brauche man hoch motivierte und qualifizierte Mitarbeiter, sagte Personalvorstand Andreas Ladda. Außerdem bedürfe es eines qualifizierten Nachwuchses. „Deshalb bilden wir auf hohem Niveau aus.“ Für das kommende Ausbildungsjahr stünden 91 neue Stellen zur Verfügung, für die bereits mehr als 2.000 Bewerbungen vorliegen. Damit zähle man beim Ausbildungsfaktor zu den führenden Unternehmen in Bayern.

Familienfreundlichkeit

Auch die Familienfreundlichkeit werde bei E.ON Bayern groß geschrieben, sagte Ladda. Bei den „Stromspatzen“, einer betriebseigenen Kinderkrippe, stehen ab April 24 Betreuungsplätze in zwei Gruppen zur Verfügung. Hier können Mitarbeiter ihre Kinder im Alter von acht Wochen bis zum Eintritt in den Kindergarten unterbringen.

„Wir sind in praktisch allen Handlungsfeldern aktiv, die für unsere Energiezukunft wichtig sind“, erklärte Thomas Barth. Neben infrastrukturellen Aufgaben und Forschungsprojekten baue das Unternehmen viele dezentrale und vor allem regenerative Anlagen, biete die energetische Sanierung von Altbauten an und stelle für die Kommunen zahlreiche Dienstleistungen bereit. Damit könne man einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung des bayerischen Energiekonzepts leisten.

Barth: „Für E.ON Bayern ist die Energiewende vor allem eine Chance. Wir werden unser Möglichstes zum Gelingen dieser Energiewende beitragen.“



Der E.ON Bayern-Vorstand: Dr. Egon Westphal, Vorsitzender Thomas Barth und Andreas Ladda (von links). Text und Bild: osr

Stadt und Landkreis Landshut gründen Energiegenossenschaft

Ein „Meilenstein für die Bürgerbeteiligung bei der Energieerzeugung“ könnte nach Ansicht von Ergoldings Erstem Bürgermeister Josef Heckner die Gründungsversammlung der „Bürgerenergie Isar eG“ werden. 142 Bürger aus Stadt und Landkreis Landshut gehören als Gründungsmitglieder der Energiegenossenschaft an. MdB Dr. Thomas Gambke, als Aufsichtsrat im Unternehmen tätig, sprach von „Energie in Bürgerhand“. Dies sei ein guter Tag für Niederbayern und die Region.

Knapp 400 Interessierte waren in den Ergoldinger Bürgersaal gekommen, wo Hohenthanns Bürgermeister und Vizelandrat Peter Dreier die Energiewende aus Sicht der Gemeinden beleuchtete: „Dazu müssen neue Wege beschritten werden. Diese dezentrale Gestaltung der Energieversorgung bietet den wirtschaftlichen Vorteil, dass durch die Nutzung der regionalen Energiequellen die Wertschöpfung und die Wirtschaftskraft in der Region bleiben.“

Starker Partner

Dreier zufolge kann die neue Genossenschaft deshalb zu einem „starken Partner der Stadt und des Landkreises“ werden und zudem für die Bürger eine vertrauensvolle Organisation zur Einbindung in die Planung, Finanzierung und Erstellung von Anlagen darstellen. Schließlich sollen bis zum Jahr 2021 mindestens 50 Prozent der verbrauchten Energie aus regene-

rativen Energien kommen. Dazu sei es notwendig, 1500 Windräder, 1000 zusätzliche Biomasse-Anlagen und 15.000 Hektar zusätzliche Photovoltaik-Flächen zu erstellen.

Aktive Bürger

Die Entscheidung für eine Energiegenossenschaft als Rechtsform fiel deshalb, weil kein Mindestkapital zur Gründung erforderlich ist und Bürger aktiv an der Energiegestaltung ihrer Kommune teilhaben können.

Eine Beteiligung ist ab 500 Euro möglich. Jedes Mitglied hat, unabhängig von der Höhe der Kapitalbeteiligung eine Stimme, die Mitglieder sind gleichzeitig Entscheidungsträger, Geschäftspartner und Kapitalgeber. Die Haftung ist auf die Höhe der gezeichneten Geschäftsanteile begrenzt, es gibt keine persönliche Haftung, keine Nachschuss-Pflicht, dafür aber wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. **DK**

Technischer Fortschritt treibt die Energiewende voran

Energiepolitisches Fachgespräch am Round Table des BauindustrieZentrums Nürnberg-Wetzendorf

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Mittelfranken des Bayerischen Bauindustrieverbands im BauindustrieZentrum Nürnberg-Wetzendorf diskutierten Vertreter aus Industrie, Verwaltung und Politik intensiv über die Energiewende. Fazit: Jetzt nur nicht nachlassen!

Dr. Michael Fraas, Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg, betonte die seit Jahren starken Initiativen der Stadt wie die Energieagentur Nordbayern, die Energieagentur Nürnberg und den Energie Campus Nürnberg. Im Rahmen der bayerisch-sächsischen Initiative arbeite die Stadt intensiv am Thema E-Mobilität und propagiere den Einsatz von Elektrofahrzeugen im Stadt- und Regionalverkehr. Die Aufgaben der Stadt lägen bei der Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Demonstrations- und Beratungsinstitutionen und Beachtung auch der Folgen der Energiewende für die Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik etc. Konkret benannte er das „Bauzentrum Nordbayern“ als Demonstrationsort zum Thema Modernes Gebäude für (v.a. private) Bauherren und das Handwerk sowie den neuen High-Tech Ökosolarpark.

„Stadt und Land müssen in Sachen Energiewende viel besser zusammenarbeiten“, so Fraas. Die Stadt brauche den ländlichen Raum und umgekehrt. Daneben gebe es eine Vielzahl von Akteuren – es brauche die ordnende Hand des Staates. „Das Ziel des Industriestandorts Bayern muss sein, sichere und bezahlbare Energie verfügbar zu machen.“

Am meisten Diskussion löste Stefan Lochmüller von der N-ERGIE Netz GmbH aus. Er sieht die kritischen Aufgaben insbesondere bei der Erhöhung der Energienetze. „Vor allem die Herstellung von mehreren Zehntausend Kilometern Mittel- und Niederspannungsnetz sind nicht absehbar“, erklärte Lochmüller. Es fehlten Finanzmittel, Genehmigungsbeschleunigung und Akzeptanz.

Zudem müsse der Netzausbau wesentlich besser koordiniert werden. Damit sprach Lochmüller die politischen Akteure an. Leitungen müssten der Siedlungsstruktur entsprechen. Die aktuell getriebenen Investitionen hin zu den neuen An-

lagen seien häufig ineffizient. „Ich meine, man sollte mit vielen kleinen Schritten und real existierender Technik arbeiten. Dabei müssen alle verfügbaren technischen Spielräume gleichzeitig genutzt und bei Bedarf rechtzeitig umgesteuert werden.“

Um die Sanierungsrate im Gebäudebestand von aktuell ca. 2 % auf 4 % zu bringen, hält Lochmüller die Kraft-Wärme-Kopplung in der Stadt sowie die Einspeisung von Bioerdgas und Solargas in das Gasnetz für unverzichtbar.

Die Aufgaben des im Jahr 2011 neu ins Leben gerufenen Energie Campus Nürnberg stellte dessen Geschäftsführer Dr. Jens Hauch vor. In Kooperation mit Hochschulen, Fraunhofer-Instituten, Politik und Wirtschaft wird der ECN von der Grundlagenforschung bis zur fertigen Produktentwicklung tätig.

Energie Campus Nürnberg

Ganz frisch ist die Entscheidung zur Ansiedlung des ECN in ehemaligen Liegenschaften der ehemaligen AEG Nürnberg. Hier werden 5.500 qm für die Arbeit des Campus für die Tätigkeit von künftig 150 Wissenschaftlern ertüchtigt. Insgesamt widmet sich der ECN 10 Forschungsbereichen. Der Bereich Building wird hier auch sehr prominent vertreten sein, da nach wie vor 41 Prozent des Energieverbrauchs auf das Konto der Gebäude gehen. Weiter behandelt der ECN aber auch Fachthemen wie druckbare Photovoltaik oder Grundlagenforschung zur Zwischenspeicherung von Solargas mit flüssigen Medien.

In seiner Präsentation hob auch Hauch die Bedeutung der Speicheraufgaben hervor: Es werde eine Menge von Speicheraufgaben geben, die von der Zwischenspeicherung im Millisekundenbereich bis zur Speicherung über eine Saison reichen werden.

Dr. Veit Walther, Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfran-

ken, abschließend: „Es muss uns überhaupt nicht bange sein, dass die Energiewende erreicht werden kann. Angesichts des enormen Engagements von Politik und Wirtschaft, Staat und Region werden die Probleme Zug um Zug gelöst. Der Verband und alle Beteiligten müssen aber dranbleiben und die Akzeptanz für Projekte sicherstellen.“

Der technische Fortschritt und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Energiewende seien jedoch hoch dynamisch und würden fortlaufend immer wieder auch den steuernden Eingriff und die Durchsetzungskraft der Politik erfordern. **□**



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern



Vor der Silhouette des Untergriesbacher Gemeindeteils Gottdorf (v. l.): Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, Dr. Karl-Heinz Gruber, Mitglied des Vorstands der VERBUND Hydro Power AG, Johann Strobel, kaufmännischer Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG, Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach, Mitglied des Vorstands der E.ON AG, Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender der VERBUND AG, Dr. Dominik Mayr, Projektleiter für den Energiespeicher Riedl, Friedrich Bernhofer, Erster Präsident des oberösterreichischen Landtags, Konrad Kobler, bayerischer Landtagsabgeordneter, Hermann Duschl, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Untergriesbach, Herfried Harreiter, technischer Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG, Karl Maresch, Betriebsleiter des Laufwasserkraftwerks Jochenstein an der Donau und Roland Pichler, Bürgermeister von Engelhartzell (Oberösterreich). Bild: CH

Energiespeicher Riedl im Dienste der Energiewende

Pumpspeicherkraftwerke als tragende Säule einer erneuerbaren Energiezukunft

Jochenstein. Über den Fortschritt des Energiespeicherprojekts Riedl informierten sich jüngst bei der Donaukraftwerk Jochenstein AG die obersten Eigentümervertreter Wolfgang Anzengruber, VERBUND-Vorstandsvorsitzender, und Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach, Mitglied des Vorstands der deutschen E.ON AG, unmittelbar im Projektgebiet an der oberösterreichisch-bayerischen Grenze östlich von Passau. Die beiden Vorstände zeigten sich überzeugt, dass mit der Realisierung ein wichtiger Beitrag für die Energiewende geleistet wird.

„Das zweistaatliche Projekt demonstriert den deutsch-österreichischen Schulterschluss, sich gemeinsam den Herausforderungen der angestrebten Energiewende zu stellen“, so Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG (RMD), die zur Hälfte an dem Energiespeicherprojekt beteiligt ist. Teilnehmer der hochkarätig besetzten Veranstaltung waren zudem als Repräsentanten der Politik Friedrich Bernhofer, Erster Präsident des oberösterreichischen Landtags, der bayerische Stimmkreisabgeordnete Konrad Kobler, MdL, die Bürgermeister der Marktgemeinde Untergriesbach und des oberösterreichischen Engelhartzell, Hermann Duschl und Roland Pichler. Der Vorstand der VERBUND Hydro Power AG war durch Dr. Karl-Heinz Gruber vertreten; für den Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG nahmen Herfried Harreiter und Johann Strobel teil.

Energiespeicher für ein Stromsystem der Zukunft

„In einer Energiezukunft mit überwiegend erneuerbarer Energiebereitstellung steigt der Bedarf an entsprechenden Speicheroptionen überproportional“, erläuterte Anzengruber. „Die einzigen heute wirtschaftlich zu realisierenden Speicheranlagen für Strom im großtechnischen Maßstab sind Pumpspeicher- und Speicherkraftwerke.“ Diese Anlagen erreichen einen Wirkungsgrad von rund 80 Prozent. Sie seien auf absehbare Zeit die mit Abstand einzige effiziente Form der Stromspeicherung. Im Sinne von Ökonomie, Ökologie und technischer Umsetzbarkeit soll in Riedl ein optimaler Energiespeicher entstehen. Der VERBUND sei heute, so Anzengruber, bereits die „grüne Batterie“ Mitteleuropas.

Die Österreicher bauen ihre Position weiter aus. Das 480 MW-starke Pumpspeicherkraftwerk Limberg II in Kaprun ist im vergangenen Jahr in Betrieb gegangen. Im Bau befindet sich

derzeit das Pumpspeicherkraftwerk Reißbeck II in Kärnten mit in Summe 430 MW, das ab 2014 wertvolle Ausgleichs- und Regelenergie liefern wird. Diese und weitere derartige Anlagen sollen im Stromsystem der Zukunft die Rolle der „sauberen Batterie Europas“ spielen. Damit wird Strom aus wetterabhängigen Wind- und Solaranlagen sowie aus Wasserkraftwerken effizient gespeichert und bei Bedarf ins Netz gespeist.

Nachhaltiger Baustein zur Energiewende

E.ON-Vorstandsmitglied Klaus-Dieter Maubach erklärte anlässlich des gemeinsamen Besuchs des Projektgebiets: „Wir freuen uns, dieses Energiespeicherprojekt gemeinsam mit unseren österreichischen Freunden und vorantreiben zu können.“ Aufgrund der Volatilität der erneuerbaren Energieträger Wind und Sonne sei der Energiespeicher Riedl ein sehr wichtiger Baustein auf dem Weg zur Umsetzung der Energiewende und ihrer ambitionierten Ziele.

In Zukunft werde E.ON jedoch zusätzliche Speichertechnologien erforschen und zur Marktreife bringen müssen, um die außerordentlichen Herausforderungen eines beschleunigten Übergangs zur Stromerzeugung aus regenerativen Quellen bewältigen zu können, führte Maubach weiter aus.

Derzeit realisiere E.ON z. B. Demonstrations- und Pilotanlagen, um Einsatzmöglichkeiten unter „Echtbedingungen“ zu erforschen.

Leuchtturmprojekt

Mit dem Energiespeicher Riedl befindet sich derzeit das größte Energieinvestment im bayerisch-oberösterreichischen Raum in der Genehmigungsphase. Das Raumordnungsverfahren für das auf rund 350 Millionen Euro (Preisbasis 2009) veranschlagte Energiezukunftprojekt wurde im August 2011 mit der

positiven Landesplanerischen Beurteilung erfolgreich abgeschlossen. Die Unterlagen zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens beim Landratsamt Passau - unter Einbindung der oberösterreichischen Behörden - sollen im Frühsommer 2012 eingereicht werden.

Unverzichtbarer Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien

Pumpspeicherkraftwerke wie die 300-MW-Anlage Riedl können Strom in großen Mengen auf die mit Abstand effizienteste und umweltfreundlichste Art speichern und bei Bedarf sekundenschnell wieder ins Netz einspeisen. In allen vorliegenden Energiekonzepten spielen sie daher eine entscheidende Rolle für die Speicherung von Strom aus Sonne und Wind. Der Energiespeicher Riedl wird einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien sowie zur kurzfristig notwendigen Stabilisierung des Stromnetzes und zur zuverlässigen Bereitstellung von Ausgleichs- und Regelenergie leisten.

Pumpspeicher- bzw. Speicherkraftwerke sind die einzigen heute wirtschaftlich zu realisierenden Speicheroptionen für Strom im großtechnischen Maßstab. Andere Speichertechnologien wie Batterien, Druckluftspeicher oder das sogenannte „Power to Gas“-Speicherkonzept (Wasserstoff bzw. Methanisierung) sind noch weit von der Marktreife entfernt, werden aber perspektivisch benötigt, weil Pumpspeicher die notwendigen Speicherkapazitäten nicht alleine bereitstellen werden können.

Studien belegen Notwendigkeit

Die installierte Leistung bei Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland liegt derzeit bei rund 6.500 Megawatt (MW), die Speicherkapazität beträgt etwa 40 Millionen Kilowattstunden (kWh). In Bayern sind rund 550 MW installiert, die knapp über drei Millionen kWh speichern können.

Dass der verstärkte Einsatz volatiler Energiequellen den Bedarf an Stromspeicherkapazität erheblich steigert, erläuterte die Deutsche Energieagentur (Dena) schon 2009, also noch vor der Verkündung der Energie-

Optimale Standortfaktoren

Der Standort Riedl im Grenzgebiet zwischen Bayern und Oberösterreich in unmittelbarer Nähe des Donaukraftwerks Jochenstein bietet sich ganz besonders für die Errichtung eines Pumpspeicherkraftwerks an. Die vorhandene Infrastruktur im Kraftwerk Jochenstein, die passende Geländemulde für den oberen Wasserspeicher, die kurzen Entfernungen, die vorhandenen Transportwege auf der Straße und der Donau schaffen Standortvoraussetzungen für ein solches Projekt, wie sie selten so günstig zusammentreffen.

Mit Ausnahme des zwischen den Ortschaften Gottsdorf und Riedl angelegten oberen Speichersees samt den rundherum errichteten Biotopen, Geh- und Radwegen wird vom Kraftwerk alles unterirdisch errichtet und daher nicht sichtbar sein. Zwei Pump-Turbinen Maschinensätze werden in einem Schachtkraftwerk am Ufer der Donau oberhalb der Doppelschleuse auf dem Betriebsgelände des Kraftwerks Jochenstein angelegt. Die elektrische Anbindung erfolgt über die bereits bestehenden Hochspannungsanlagen und Leitungstrassen des Donaukraftwerks Jochenstein. Die Wasserzu- und -ableitungen verlaufen komplett unter der Erdoberfläche. Damit wird sichergestellt, dass es für die lokale Bevölkerung zu keiner Lärm- und Geräuschentwicklung beim Betrieb kommt.

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG geht davon aus, den geplanten Zeit- und Budgetrahmen einhalten zu können. Die Unterlagen zur Einreichung zum Planfeststellungsverfahren (PFV) beim Landratsamt Passau als zuständige Genehmigungsbehörde sind in Vorbereitung. „Wir schließen die Planungen im Frühjahr 2012 ab und werden dann die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren einreichen“, informiert Projektleiter Dr. Dominik Mayr.

Aufgrund des gültigen Regierungsabkommens aus dem Jahr 1952 zwischen Bayern und Österreich wird das Projekt - wie schon damals das Donaukraftwerk Jochenstein - in allen

Phasen zweistaatlich abgewickelt. Sowohl die Investition als auch der erzeugte Ausgleichs- und Regelstrom kommt beiden Staaten jeweils zur Hälfte zu Gute.

Das Investitionsvolumen von rund EUR 350 Mio. (Preisbasis 2009) wird zur regionalen Stärkung der Wirtschaft beitragen. Vergleichbare Projekte in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass rund 30 Prozent der Wertschöpfung in der Region verbleiben. Der Kraftwerksbetrieb und seine Instandhaltung werden einerseits bestehende Arbeitsplätze in der Region sichern, aber auch neue Arbeitsplätze und jährliche Aufträge für regional ansässige Klein- und Mittelbetriebe bedeuten.

Ein Bündel an ökologischen Maßnahmen, wie die Errichtung von Biotopen und Grünanlagen sowie neuen Wegen rund um den Speichersees sollen der Bevölkerung ein aufgewertetes Naherholungsangebot bereitstellen. Zusätzlich ist im Bereich Jochenstein eine umweltnahe Fischwanderhilfe an der Donau als Verbindung der Stauräume Aschach und Jochenstein geplant.

Das Projekt, die Planungsfortschritte und alle aktuellen Entwicklungen wurden und werden den Anrainerinnen und Anrainern in den betroffenen Ortschaften der Gemeinde Untergriesbach regelmäßig über die Medien, in Infoblättern und Bürgerinformationsveranstaltungen vorgestellt. Die Projektleitung ist jederzeit für Anregungen, Fragen und Wünsche erreichbar. Im Rahmen von regelmäßigen Treffen werden die Anrainerinnen und Anrainer aus erster Hand über den Stand der Untersuchungen informiert. Man setzt auf einen partnerschaftlichen Dialog als Basis für eine erfolgreiche Projektumsetzung. Im zweiwöchigen Rhythmus gibt es Gelegenheit bei Sprechstunden und Wechselweise im Kraftwerk Jochenstein und im Feuerwehrhaus Gottsdorf Anliegen vorzubringen.

Weitere Informationen: www.energiespeicher-riedl.com. CH

Stadtwerke und Sparkassen:

Gemeinsam für die kommunale Energiewende

Pressekonferenz von VKU und DSGV in Berlin

Kommunale Unternehmen und Sparkassen in Deutschland fordern mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Energiewende. Sie begrüßen den Weg der Bundesregierung, das Energiesystem stärker dezentral auszurichten, ziehen jedoch ein Jahr nach der Ankündigung zum Atomausstieg eine ernüchternde Bilanz.

„Bei der administrativen Umsetzung der politischen Beschlüsse wird zur Zeit eher Stückwerk betrieben, als eine einheitliche Strategie verfolgt“, erklärte Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin. Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), unterschrieb: „Die Energiewende steckt noch in den Kinderschuhen. Wenn wir sie bis 2022 zum Laufen bringen wollen, müssen vor Ort überall in Deutschland Wirtschaft, Gesellschaft und Politik an einem Strang ziehen.“

Stadtwerke zeigten beispielhaft, dass die Umsetzung der Energiewende auf kommunaler Ebene nicht nur möglich, sondern bereits gelebte Praxis ist. „Mit eigenen Aktivitäten beim Ausbau dezentraler Erzeugung, Energieeffizienz oder Verteilnetze leisten Stadtwerke nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Energiewende, sondern unterstützen zugleich die Ziele der Bundesregierung zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit“, erklärt Reck.

Die Sparkassen unterstützen die Bemühungen kommunaler Unternehmen und sehen gerade beim Ausbau der dezentralen Erzeugung die Chance, die regionale Wertschöpfung deutlich zu erhöhen. Dafür sind jedoch erhebliche Finanzmittel nötig. „Hier arbeiten Sparkassen eng mit Stadtwerken und Kommunen vor Ort zusammen“, erläuterte Schackmann-Fallis. „Bei Sparkassen können die Bürger Watt und Volt aus ihren Spargroschen machen - über interessante Anlageformen,

die in den Ausbau der dezentralen Energieerzeugung, wie dem Bau von Wind- oder Solarparks, fließen.“ Diese Form der Einbindung sei ausgesprochen erfolgreich, denn Beteiligungsprojekte seien häufig bereits nach wenigen Tagen überzeichnet.

Aus Sicht des VKU hängt das Gelingen der Energiewende nicht nur an den erneuerbaren Energien, sondern ist gekoppelt an den Ausbau der Verteilnetze. „Sie sind das Nadelöhr der Energiewende, durch das wir durch müssen, wenn wir die erneuerbaren Energien in Zukunft sinnvoll integrieren wollen. Bereits heute werden 97 Prozent der erneuerbaren Energien über die Verteilnetze eingespeist“, so Reck. Der Ausbaubedarf liege dabei bis 2020 bei 380.000 Kilometern. Bei veranschlagten Finanzierungskosten von 1,3 Milliarden Euro pro Jahr schätzt der VKU bis 2030 circa 25 Milliarden Euro.

„Für solche Infrastrukturprojekte wird mehr Planungs- und Investitionssicherheit benötigt, gerade wenn privates Kapital mobilisiert werden soll“, so Reck. „Die Politik muss deshalb endlich geeignete Rahmenbedingungen schaffen.“ Er fordert dazu insbesondere „mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung der Energiewende“. Dazu zählt Reck unter anderem ein „professionelles Projektmanagement und effektives Monitoring der über 100 Einzelmaßnahmen“.

„Wenn wir die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung erreichen wollen, und die Ausbauziele für erneuerbare Energien konsequent weiter verfolgen, wird unser Energiesystem einen deutlich dezentraleren Charakter erhalten.“ □

wende. Vor drei Jahren ging man von einem zusätzlichen Speicherbedarf bis 2020 von 7.500 MW aus. Die Deutsche Bank Research kommt in einer aktuellen Studie ebenfalls zu einer Verdopplung des Speicherbedarfs bis 2025. Und die Boston Consulting Group geht in ihren aktuellen Berechnungen sogar von einer Ausbau-Notwendigkeit an Speichervolumen auf rund 28.000 MW bis 2025 aus.

In Deutschland sind aktuell etwas über 2.000 MW neuer Pumpspeicherkraftwerksleistung - das sind je nach Studie zwischen 10 und 30 % des oben angeführten Bedarfs - projektiert und mehrere weitere in Planung. Das im bayerischen Energiekonzept 2011 genannte Potential für Pumpspeicherkraftwerke in Bayern von zusätzlichen 2.000 MW ist realistisch. Eine entsprechende Umsetzung erfordert allerdings die Fähigkeit und Bereitschaft zu Investitionen in Milliardenhöhe.

So wird auch der Energiespeicher Riedl zur nachhaltigen Speicherung von Energie seinen Beitrag für eine Zukunft mit erneuerbarer und CO2-freier Energie leisten.

Viel Akzeptanz in der Region

Aufgeschlossen steht man seitens der Kommunalpolitik und der Landespolitik dem geplanten 350-Millionen-Projekt gegenüber. Der örtliche Stimmkreisabgeordnete Konrad Kobler, MdL, betrachtet die Anlage als Schritt in die richtige Richtung, um die „Energiezukunft Bayern“ positiv und aktiv zu begleiten.

Der jüngst wiedergewählte Untergriesbacher Bürgermeister Hermann Duschl hätte es verständlicherweise noch lieber gesehen, wenn der Speichersees für die örtliche Bevölkerung auch noch für Freizeitwecke zur Verfügung gestanden hätte. Aufgrund der schnellen Wasserpegel-Wechsel ist dies ausgeschlossen. Aber Duschl erlebt in der Bürgerschaft viel Verständnis und Akzeptanz für das Projekt. CH

Fit für die Energiewende?

Erdgas-Schwaben-Forum auf der Wirtschafts- Informations- und Regionalausstellung WIR 2012 in Dillingen

Mit einer Sonderveranstaltung von erdgas schwaben und des Landkreises Dillingen wurde bei der erfolgreichen Dillinger Landkreis-Ausstellung „WIR 2012“ das Schwerpunkt-Thema „Sicherung der Energieversorgung“ angereichert. Der „Business-Talk“ wurde organisiert von Marketingleiter Dr. Christian Blumm (erdgas schwaben) in Kooperation mit a.tv, dem Regionalfernsehen für Augsburg und Schwaben. Damit verbunden war die zeitnahe Ausstrahlung der Aufzeichnung. Gestartet wurde mit der „Forum-Reihe“ bei der „WIR 2012“ ein neues Sendeformat, mit der Präsentation von herausragenden regionalen Persönlichkeiten, die sich zu hochaktuellen Themen äußern.

Unter der Leitung von Moderator Jan Klukkert diskutierten Dillingens Landrat Leo Schrell, Karl Klein, Geschäftsführer Gropper GmbH und Klaus Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben die Frage, ob Schwaben fit ist für die Energiewende.

Die Energiewende beinhaltet nach Auffassung von Landrat Leo Schrell sowohl eine Chance für die Industrie als auch ganz allgemein für die Menschen insbesondere in den ländlichen Regionen. „Wir sind noch nicht ganz fit für die Energiewende. Das wird noch einige Jahre dauern. Wir sind aber auf einem sehr guten Weg dorthin“, konstatierte Schrell. Bis 2022 müssten die regenerativen Energien weiter ausgebaut werden, zudem gelte es, Speichermöglichkeiten zu finden (Stichwort Lastenausgleich) sowie mancherorts die Verteilernetze zu ergänzen.

„Technische Veränderungen in

den Netzen werden in Zukunft unumgänglich sein“, machte der Landkreischef deutlich. Bei der Windenergie benötige man andere Netze in der Mittelspannung, bei Photovoltaik andere Netze in der Niederspannung. Allerorten würden die inzwischen entsprechenden Baumaßnahmen vorgenommen „und wenn ich mir die Bilanzen der Energieversorgungsunternehmen ansehe, so werden hier hohe Beträge aufgewendet, um den jeweiligen Anforderungen gerecht zu werden“.

Chance für die Landwirte

Wie Schrell weiter ausführte, verfügt der Landkreis Dillingen mittlerweile über 47 Biogasanlagen. Damit einher gingen Diskussionen über eine mögliche Vermaisung der Landschaft. Bemühe man jedoch die Statistik, so sei festzustellen, „dass 2010 nicht mehr Mais angebaut wurde als im

Jahr 1982“. „Der optische Eindruck täuscht“, betonte Schrell und fuhr fort: „Dies ist eine große Chance für die Landwirte. Und sie haben diese Chance ergriffen. Ein zukunftsfähiger, ländlich geprägter Landkreis braucht auch eine zukunftsfähige Landwirtschaft.“

Grundsätzlich erkennen die Bürger Schrell zufolge durchaus die Möglichkeiten, die sich durch die Energiewende ergeben. So biete der ländliche Raum die Chance, Wertschöpfung zu generieren. Freilich seien auch andere Stimmen zu vernehmen, wobei es sich hier wohl um ein eher „emotionales Problem“ handle. Diese Stimmen befürchteten, dass ihre vermeintlich heile Welt durch Windräder, Photovoltaikanlagen und Mais zerstört wird. „Aus meiner Sicht ist das nicht so“, urteilte der Landrat. Eine Windenergieanlage beispielsweise stelle eine sehr moderne Form der Energiegewinnung dar. Und wenn es dann darum gehe, den aus dem Wind gewonnenen Strom zu methanisieren, sei ein Speicherproblem bereits gelöst.

Transparenz

Schrell: „Dieser Prozess des Umdenkens wird nicht von heute auf morgen vorstatten gehen. Man muss hier viel Transparenz einbringen und Überzeugungsarbeit leisten. Bürgerbeteiligung – auch bei Investitionen zur Förderung regenerativer Energien – heißt das Zauberwort.“

Ein eigenes Blockheizkraftwerk errichtet derzeit die Molkerei Gropper mit Sitz in Bissingen, wie Geschäftsführer Karl Klein ausführte. Ab Herbst 2012 wird das Kraftwerk in Betrieb genommen und neben der Erhöhung der Betriebssicherheit auch einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten: Das Heizkraftwerk optimiert die Energieausnutzung der Molkerei und reduziert gleichzeitig den CO₂-Ausstoß.

Wichtige Kommunikation

Als sehr energieintensives Unternehmen mit einem hohen Bedarf an thermischer und elektrischer Energie benötige man eine zuverlässige Energieversorgung, erklärte Klein. „Da durch unsere Lage am Rande des Landkreises Dillingen die Versorgungslage nicht immer so sicher ist, wie wir uns das wünschen“, habe man sich zum Bau eines BHKW entschlossen. Man gehe davon aus, dass sich die Investition in etwa drei Jahren amortisiert, betonte der Geschäftsführer und plädierte darüber hinaus für eine bessere Kommunikation zwischen Energieer-

zeuger und Energieverbraucher.

Die Kraft des Windes und der Sonne auch nachts und bei Flaute zu nutzen, sprich den Erfolg der sprunghaften regenerativen Energien umzuwandeln in eine zuverlässige und dauerhafte Energieversorgung – diese Aufgabe lässt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, nicht ruhen. Die Technik der Energieerzeugung aus Wind und Sonne sei heute soweit, dass tatsächlich genug Strom für die Industrialisierung Deutschland produziert werden kann. Aber nicht immer. Die Speicherung dieser schwankenden Energiemengen müsse gelöst werden, sonst verfüge Deutschland über jede Menge regenerativen Strom, den keiner braucht, sagte Dietmayer.

„Power-to-Gas“

Seit zwei Jahren betreibt die erdgas schwaben gmbh eine Pilotanlage in Stuttgart, in der ein revolutionäres Konzept heranzieht: „Power-to-Gas“ heißt das Stichwort. In diesem Projekt wird mittels Elektrolyse Erdgas hergestellt. Dazu werden der CO₂-Überschuss aus der Bio-Erdgas-Produktion und der überschüssige Strom aus Windkraftanlagen verwendet. Damit gibt es endlich eine Möglichkeit, erneuerbare Energien in Form von Erdgas zu speichern.

Wie Dietmayer erläuterte, „haben wir vor, die Laboranlage in noch größerem Maßstab in Bayern zu testen“. Das Wirtschaftsministerium unterstütze dieses Ansinnen. Jedoch sei dies mit hohen Hürden verbunden, räumte der Geschäftsführer ein. Damit diese bislang noch nicht vorhandene Anlage in den gesetzlichen Rahmen passt, müssten 22 Gesetze geändert werden. Es sei davon auszugehen, „dass eine derartige Anlage frühestens 2015/16 stehen kann“.

Zukunft liegt im Strommix

Laut Dietmayer, dessen Unternehmen Vorreiter bei Bioerdgas, Biowärme und Biostrom ist, beobachte erdgas schwaben im gesamten Versorgungsgebiet, dass Industrieunternehmen das Thema Kraft-Wärme-Kopplung oder gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme mit höchsten Wirkungsgraden für sich nutzen. Hier bewege sich etliches. Und auch Gewerbebetriebe zeigten zunehmend Interesse. Die Bundesregierung habe seit 1. April die Förderung von BHKW wieder aufgenommen. Erdgas schwaben, die BHKW ohnehin schon länger fördert, sei von der Notwendigkeit dieser Technik überzeugt.

Dietmayers Fazit: „Wir brauchen alle Formen der regenerativen Energien. Die Zukunft liegt im Strommix. Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass die Energiewende weder ein Selbstläufer noch ein Spaziergang wird.“ DK/jdt



„Business-Talk“ - von links: Landrat Leo Schrell, Karl Klein (Molkerei Gropper), Moderator Jan Klukkert, Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von Erdgas Schwaben GmbH. Bild: -jdt

Zusammenarbeit wird erneuert

Markt Babenhausen verlängert Wegenutzungsvertrag Erdgas um zehn Jahre

Otto Göppel, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Babenhausen, Markus Kittl, Sprecher der Geschäftsführung schwaben netz, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, haben den neuen Wegenutzungsvertrag Erdgas unterzeichnet. „Wir freuen uns, dass uns der Markt Babenhausen erneut sein Vertrauen ausgesprochen hat“, sagte Markus Kittl.

Bürgermeister Otto Göppel bestätigt die Entscheidung des Marktgemeinderates: „schwaben netz hat sich in der Vergangenheit stets als verlässlicher Partner erwiesen.“ Dabei sprach er einerseits die verschiedenen gemeinsam umgesetzten Projekte, andererseits aber auch die partnerschaftliche Planung an. schwaben netz ist die Netzgesellschaft im Unternehmensverbund von erdgas schwaben. erdgas schwaben beauftragt schwaben netz mit dem Bau und dem Unterhalt des Erdgasnetzes in Schwaben.

Kalkulierbarer Betrag

„Der Konzessionsvertrag ist für beide Partner gleichermaßen wichtig“, erklärte Uwe Sommer. „Er erlaubt uns die Nutzung von öffentlichen Flächen – also Plätzen, Straßen und Wegen – zur Verlegung und zum Betrieb des Erdgasnetzes. Im Gegenzug erhält der Markt Babenhausen eine vom Gesetzgeber festgelegte Konzessionsabgabe und sorgt so für einen kalkulierbaren Betrag im kommunalen Haushalt.“

1980 schloss erdgas schwaben Babenhausen an das Erdgasnetz an. Babenhausen wird über die Hochdruckleitung Deubach-Raums versorgt. Im Jahr 1981 wurde im Industriegebiet und im Schulzentrum jeweils eine Erdgasdruckregelanlage errichtet. Im gleichen Jahr begann die Erschließung von Babenhausen. Da die Marktgemeinde durch mehrere kleine Gewässer getrennt wird, war hier eine sogenannte „Unterdükerung“, also die Unterbauung der Günst,

des Mühlkanals und des Waldbadbachs an der Ulmer Straße mit der Erdgasleitung erforderlich. Die damit verbundenen, teilweise sehr aufwändigen Baumaßnahmen dauerten bis ins Jahr 1983. „Seither wurde das Erdgasnetz laufend ausgebaut und optimiert“, führte Markus Kittl aus. „Wir erreichen mit einer Länge von rund 30 km Erdgasnetz über 530 Haushalte.“

Verringerung des CO₂-Fußabdrucks

Im Markt Babenhausen erhielten im Jahr 2010 Kunden rund 25.000 MWh des umweltschonenden Energieträgers Erdgas. Zieht man den Vergleich zur gleichen Menge Heizöl, konnten allein im Jahr 2010 insgesamt 1.500 Tonnen CO₂ eingespart werden. Seit Beginn im Jahr 1980 sogar rund 24.000 Tonnen. So leistet der Markt selbst seinen Beitrag zum Umweltschutz und verringert seinen CO₂-Fußabdruck: „Viele unserer kommunalen Gebäude wurden auf Erdgas umgestellt.“ So etwa die Feuerwehr, der Bauhof, die Kindergärten, die Turnhalle, die Grund-, Mittel- und Realschule, das Jugendzentrum, das Rathaus, das Sportheim und das Kino im Theater.

Müssten Bäume das CO₂ binden, brauchen die Babenhausener 120.000 mittelgroße Bäume pro Jahr. Für eine Tonne CO₂ muss eine Buche 80 Jahre wachsen; man muss also 80 Bäume pflanzen, um jährlich eine Tonne durch Bäume zu kompensieren. □

Grundschulkind Königsbrunn:

„Gut so, wie wir sind!“

erdgas schwaben setzt Jubiläumstour mit Eukitea Theater fort

Mit einer Tour des Kinder- und Jugendtheaters Eukitea durch 65 schwäbische Schulen und Kindergärten feierte erdgas schwaben sein Jubiläum „100 Jahre Gasversorgung – 100 Jahre Innovation in Schwaben“. Weil die Resonanz 2011 überwältigend war, soll es 2012 mit 50 Aufführungen weitergehen. Auftakt war in der Grundschule Nord in Königsbrunn – mit dem brandneuen Eukitea-Stück „...Gut so!“ für Grundschulkindern.

„Gut so, wie du bist! Gut so, wie ich bin!“ Die Botschaft des Theaterstücks zur Mobbing-Prävention in der Grundschule Nord in Königsbrunn kam an: Rund 170 Kinder der 2. bis 4. Jahrgangsstufe folgten der Aufführung mucksmäuschenstill und mit großen Augen. Mit minimalem Aufwand und in Sekundenschnelle verwandelten sich die Schauspieler Kathrin Müller und Giorgio Buraggi in sechs verschiedene Charaktere – und machten dabei Gefühle sichtbar: zum Beispiel wie es ist, wenn man gehänselt wird. Am Schluss sangen alle Kinder begeistert mit: „Gut so, wie wir sind!“ Das gefiel auch dem 1. Bürgermeister Ludwig Fröhlich, der sich mit den Kindern über die Abwechslung freute und schmunzelte: „Das ist besser als Mathe-Unterricht und besser, als im Rathaus zu sitzen.“

reichten begeisterte Zuschriften, Fotos und Bilder, die die Kinder für uns gemalt hatten“, berichtet Cornelia Benesch, Leiterin Kommunikation erdgas schwaben. Auch die neuen 50 Termine für dieses Jahr sind zum Großteil bereits vergeben.

erdgas schwaben fördert seit einem Jahrzehnt die Kinder und Jugendlichen in Schwaben. „Es ist ja nicht so, dass es einfach ist, Kind zu sein. Eukitea kann sich mit der Macht der Fantasie der Sorgen unserer Kinder annehmen und so das Versprechen auf ein gutes Ende einlösen“, sagt Cornelia Benesch. „Für eine bessere Zukunft steht auch erdgas schwaben“, erklärt Helmut Kaumeier von erdgas schwaben. „Darum ist die Zusammenarbeit mit Eukitea so ein Erfolg.“ □

Glücksfall

Für Rektorin Gabriele Baumann war die gesponserte Aufführung ein Glücksfall: „Mobbing ist derzeit ein Schwerpunkt bei uns in der Lehrer- sowie in der Elternfortbildung.“ Mit den Kindern werde das Thema nach dem Theaterstück in der Klasse nachbereitet. Ralf Höppner, Vorsitzender des Elternbeirats, hatte vom erdgas schwaben-Kooperationsprojekt gelesen und sich mit dem Eukitea-Theater in Verbindung gesetzt. Weil das Projekt im Jahr 2012 aufgrund des riesigen Zuspruchs fortgesetzt wird, kam die Grundschule jetzt zum Zug.

2011 waren innerhalb von zwei Wochen über 200 Bewerbungen von Schulen und Kindergärten für die erdgas schwaben-Tour eingegangen. Die ursprünglich geplanten 50 Aufführungen stockte erdgas schwaben deshalb auf 65 auf. „Uns er-

Besuchen Sie uns auf der afa, Messe Augsburg, 14. – 22. April, Stand A 41 in Halle 3!

Natürlich heizen wir mit Erdgas!

Mit Erdgas heizen Sie wirtschaftlich, sparsam und umweltschonend – natürlich eben!

Unsere Energieberater-Profis informieren Sie gerne
Telefon 0821 9002-373
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Thüga-Gruppe:

35 Stadtwerke forcieren den Ausbau erneuerbarer Energien

Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG hat zusammen mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz und dem Projektentwickler juwi sowie geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und der Presse ihre beiden neuen Windparks offiziell eröffnet. Die Windparks liegen in den Gemeinden Neuerkirch mit acht Enercon E-82 E2 Windkraftanlagen und Unzenberg mit fünf Vestas V90 (Gridstreamer) Anlagen.

Im Rahmen der Eröffnungsreden unterstrichen die Redner die Bedeutung der Energiewende und die Rolle der erneuerbaren Energien sowie die der Stadtwerke. Roger Lewentz: „Rheinland-Pfalz steht zur Energiewende und wir wollen unseren Beitrag dafür leisten. Wir unterstützen aktiv den Prozess der Dezentralisierung der Energieversorgung. Der Ausbau der Windenergie spielt dabei eine wichtige Rolle. Und wir freuen uns über die tatkräftige Unterstützung der kommunalen Gesellschafter der Thüga Erneuerbare Energien.“ Bis 2030 sollen nach Willen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz 100 Prozent des Stroms aus regenerativen Energien gewonnen werden.

Am Geschehen vor Ort teilhaben

„Die Windparks Neuerkirch und Unzenberg haben uns wirtschaftlich und technologisch überzeugt. Für unsere Entscheidung

ist aber wesentlich, dass die Bevölkerung vor Ort die Projekte mitträgt“, so Michael Riechel, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft. Und Dr. Kay Dahlke, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien fügt hinzu: „Unser operativer Sitz ist in Hamburg. Aber für uns ist es wichtig, am Geschehen vor Ort teilzuhaben. Wir haben die Bauphasen in Neuerkirch und Unzenberg daher durch unsere Projektleiter intensiv begleitet.“

Kommunale Gesellschafter

An der Thüga Erneuerbare Energien sind 35 kommunale Gesellschafter beteiligt, darunter auch sieben Unternehmen aus Rheinland-Pfalz. Über die Gesellschaft soll bis 2020 bundesweit circa eine Milliarde Euro in erneuerbare Energien investiert werden. Ein weiterer Windpark mit 14 Vestas An-

gen wurde bereits in Brandenburg erworben.

Kapital und Know-how bündeln

Die Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) aus Koblenz ist einer der Gesellschafter der Thüga Erneuerbare Energien. „Sinn unserer Gesellschaft ist es, dass wir Kapital und Know-how bündeln und uns auch überregional an Projekten zur regenerativen Energieerzeugung beteiligen. Alles, was wir vor Ort nicht alleine realisieren können - entweder aufgrund der Gegebenheiten oder der Größe des Projekts - machen wir gemeinsam. So können Regionalversorger wie die EVM die Energiewende lokal und überregional aktiv voran bringen“, erklärt Josef Rönz, Geschäftsführer des Koblenzer Unternehmens und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Thüga Erneuerbaren Energien.

Vernetzung in der Region

Bei dem Projektentwickler handelt es sich um die juwi-Gruppe, die ihren Hauptsitz im rheinhesischen Wörstadt in Reichweite der beiden Windparks hat. „Zusammen mit den Gemeinden im Hunsrück haben wir nach Flächen für Windkraftanlagen auf Gemeindeland gesucht und Erfolg gehabt. Die Vernetzung in der Region spielt sowohl bei der Planung als auch für die reibungslose Umsetzung eine wichtige Rolle“, so Fred Jung, Vorstand der juwi-Gruppe.

Manfred Faust, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Simmern/Hunsrück: „Bei der Suche nach neuen Potentialflächen waren die Gemeinden involviert. Der neue Flächennutzungsplan ist mit großer Mehrheit verabschiedet worden.“ Insgesamt können auf den ausgewiesenen Flächen bis zu 110 Windkraftanlagen errichtet werden.

Harald Rosenbaum, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg: „Die Windparks sind unser Beitrag zur Energiewende. 2014 wird in der Region voraussichtlich drei Mal mehr Strom produziert als verbraucht, dadurch wird die Region zum Stromexporteur.“

Hohe Einsparung

Erste Anlagen der beiden Windparks sind bereits Ende des letzten Jahres ans Netz gegangen, alle übrigen sind Anfang 2012 gefolgt. Zusammen erzeugen die beiden Windparks eine Energiemenge, mit der 17.800 Haushalte mit einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3.500 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr versorgt werden könnten. Die geplante jährliche Stromproduktion liegt bei circa 62,4 Millionen kWh. Jährlich können durch den Windpark rund 50.000 Tonnen CO₂-Emissionen im Vergleich zur Stromproduktion mit Steinkohlekraftwerken eingespart werden.

Umspannwerk

Die Thüga Erneuerbare Energien hat sich neben den beiden Windparks auch mit 35 Prozent an dem Umspannwerk beteiligt, juwi hält die übrigen Anteile. Das Umspannwerk wandelt den erzeugten Strom von der Mittelspannungsebene in die 110 Kilovolt Hochspannungsebene um und speist ihn dann in das Netz ein.



Windparkeinweihung (v. l.): Manfred Faust (Bürgermeister der Verbandsgemeinde Simmern/Hunsrück), Harald Rosenbaum (Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg), Josef Rönz (Geschäftsführer Energieversorgung Mittelrhein GmbH), Bertram Fleck (Landrat Rhein-Hunsrück Kreis), Roger Lewentz (Innenminister Rheinland-Pfalz), Michael Riechel (Geschäftsführer Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und Mitglied des Vorstands der Thüga AG), Fred Jung (Juwi-Gruppe), Dr. Kay Dahlke (Geschäftsführer Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG).

Beispielhafte regionale Wertschöpfung:

Nahwärmeversorgung „Lauingen-West“ gestartet

Lauingen (jdt). Als ein bedeutendes Projekt mit besonderer Signalwirkung bezeichnete der Dillinger Landrat Leo Schrell den Bau der Nahwärmeversorgung Lauingen-West. Beim großen und vielschichtigen Spatenstich betonte Schrell, auf der Grundlage eines zukunftsweisenden und ökologisch durchdachten Konzeptes würden nach der Realisierung des Millionen-Vorhabens sämtliche Einrichtungen des großen Schulzentrums in Lauingen mit einer energieeffizienten, modernen Biomasse-Hackschnitzelheizanlage mit Wärme versorgt. Dazu gehören, wie Schrell verdeutlichte, die bestehenden und die neu errichteten Gebäude der Berufsschule, die Realschule, die Turn- und Schwimmhalle sowie das bestehende Schülerheim und der künftige Erweiterungsbau.

Mit Interesse wurde beim Festakt nach dem Spatenstich zur Kenntnis genommen, dass die Brennstoffversorgung mit Hackschnitzeln ausschließlich durch die Forstbetriebsgemeinschaft Dillingen und die Dillinger Biomasse GmbH erfolgt. Damit trage das Projekt nachhaltig zur regionalen Wertschöpfung bei.

Der Dillinger Landrat äußerte seine Genugtuung über das Zustandekommen des Energielieferungsvertrages zwischen dem Landkreis und der Südwärme AG. Gleichzeitig setze der Landkreis ein weiteres bedeutsames Zeichen dafür, dass der Umstieg von fossiler auf regenerative Energie aus ökologischen, ökonomischen und politischen Gründen dringend notwendig sei, wozu es keine sinnvolle Alternative gebe.

Hingewiesen wurde darauf, dass das innovative Betriebskonzept der Anlage basiere auf der Zusammenarbeit mit einem Energiedienstleister (Contractor). So übernimmt die Fa. Julius Gaiser GmbH & Co. aus Ulm mit ihrem Partner, der Südwärme Gesellschaft für Energielieferung AG aus Unterschleißheim neben der

Erstellung des Bauwerkes auch die komplette Installation der Wärmeerzeugungsanlage einschließlich Nahwärmenetz sowie den eigenverantwortlichen Anlagenbetrieb der modernen Biomasse-Hackschnitzelheizanlage mit einer Gesamtleistung von 950 kW. Über die Anlage können 85 Prozent des jährlichen Nutzwärmebedarfes von vier Millionen Kilowattstunden abgedeckt werden.

Zwei-Millionen-Projekt

Die Gesamtmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von rund 2 Millionen Euro soll in einer Bauzeit von rund fünf Monaten umgesetzt und die Holzkeselanlage im Herbst 2012 in Betrieb genommen werden.

Bürgermeister Wolfgang Schenk, Lauingen, dankte dem Kreisrat für die bedeutsame Entweigung, für die künftige Energieversorgung des Schulzentrums Lauingen ein schlüssiges Konzept zu entwickeln. Vorstand Dipl.-Ing. Rudi Maier (Südwärme) sprach von einem „Leuchtturm-Projekt“ des Landkreises für ganz Schwaben.

Solarbegeisterte gesucht:

Woche der Sonne ruft zum Mitmachen auf

Während der Woche der Sonne vom 4. bis 13. Mai 2012 informieren Experten, Praktiker und Solarbegeisterte bei tausenden Veranstaltungen in ganz Deutschland umfassend über Solarstrom und Solarwärme. Interessierte Betriebe, Vereine, Schulen, Kommunen oder Privatpersonen können noch bis Anfang Mai eigene Veranstaltungen rund um die Solarenergie planen und diese unter www.woche-dersonne.de/veranstalter werden in den bundesweiten Veranstaltungskalender eintragen.

Der Kreativität bei der Veranstaltungsplanung sind keine Grenzen gesetzt. Ob Besichtigung eines Sonnenkraftwerks, Tag der offenen Tür mit Würstchen vom Solar-Grill, Erlebnisausflügen zu Solaranlagen in der Umgebung oder Testfahrt mit einem Solar-mobil: Alle lokalen Teilnehmer

können sich kostenlos online registrieren und sich in die bundesweite Veranstaltungssuche eintragen. Auf Wunsch erhalten sie ein Gratis-Aktionspaket mit Infomaterialien, Give-aways und Tipps für die Veranstaltungsplanung. Im vergangenen Jahr besuchten bundesweit mehr als 400.000 Menschen die Veranstaltungen während der Woche der Sonne.

Die Aktionswoche steht diesmal ganz im Zeichen des Mottos „Deine Energiewende“. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Thema solare Selbstversorgung. „Mit Solartechnik können Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Energiewende teilhaben und selbst Strom und Heizwärme erzeugen“, sagt Jörg Mayer, Geschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar), der die Woche der Sonne zum sechsten Mal initiiert.



Bad Aiblings Bürgermeister Felix Schwaller (l) mit B&O-Geschäftsführer Dr. Ernst Böhm. Bild: CH

Erneuerbare Energie in ihrer schönsten Form

Eröffnung der Heizkone auf dem B&O Parkgelände in Bad Aibling – Heizhaus versorgt künftig gesamtes Areal mit regenerativer Wärme

Mit der Heizkone wurde auf dem B&O Parkgelände in Bad Aibling eine zukunftsfähige Lösung für die Wärmeversorgung gezeigt: der regenerative Brennstoff Holz als eine wirtschaftliche Heizalternative für Industrie und Wohngebiete.

Mit einer Außenabmessung von 8x8 Metern und einer komplett geschlossenen Holzoberfläche aus dicht aneinandergereihten Lärchenschindeln setzte Matteo Thun das Thema Biomasse auch optisch um. Inspirierend war für den Architekten und Designer die St.-Veit-Kapelle im Hochpustertaler Prags.

Äußerlich attraktiv eignet sich das Heizhaus als schöne und zugleich effiziente Lösung zur Wärmeversorgung aus Biomasse für Kommunen und die Wohnungswirtschaft.

Schutz für Wald und Umwelt

Brennmaterial ist Waldrestholz aus der Region in Form von technisch getrockneten Holzhack-schnitzeln, sogenannten flokets®. Mit der überschüssigen Abwärme regionaler Biogasanlagen wird der Wassergehalt der Holzhack-schnitzel auf weniger als 15 Prozent reduziert. Dies führt zu einer Steigerung des Heizwerts um mindestens ein Viertel gegenüber nicht getrocknetem Holz. Bei

sachgemäßer Lagerung können gleichzeitig Sporenbildung, Bakterienwachstum und Fäulnis verhindert werden, Emissionen, Ruß und Asche werden wesentlich reduziert: ein Schutz für Wald und Umwelt.

TripleZero-Prinzip

Der ganzheitliche Ansatz folgt dem sogenannten TripleZero-Prinzip:

- Zero Kohlenstoffdioxid (CO₂) für eine klimaneutrale Verbrennung des Naturmaterials
- Zero Kilometer (km) durch die Nutzung der heimischen Restholzvorkommen und kurze Transportwege
- Zero Abfall (waste) für eine rückstandslose Verbrennung der Biomasse mit minimalen Emissionen dank modernster Filtertechnologie.

Auf dem Parkgelände versorgt der 500 kW-starke Heizkessel das Parkgelände über ein reguliertes Nahwärmenetz mit wohliger Wärme und verbindet höchste technische Ansprüche mit einem formvollendeten Erscheinungsbild. □

Auszeichnung für Energie Südbayern

Unter „Deutschlands kundenorientiertesten Dienstleistern 2012“

Die Energie Südbayern gehört zu Deutschlands kundenorientiertesten Dienstleistern 2012. Dies haben das Institut für Führung und Personalmanagement (IFPM) der Universität St. Gallen, die ServiceRating GmbH und die Wirtschaftszeitung Handelsblatt im Rahmen eines Wettbewerbs jetzt ermittelt. Im bundesweiten Ranking befindet sich Energie Südbayern branchenübergreifend unter den Top 50 der ausgezeichneten Unternehmen. Im Branchenvergleich der Energieversorger liegt ESB hier sogar unter den Top 5.

„Wir sind stolz darauf, als regionaler Energieversorger zu den 50 Besten unter den kundenfreundlichen Dienstleistern in Deutschland zu gehören. Innerhalb weniger Wochen ist dieses Gütesiegel die zweite aussagekräftige Anerkennung für die Qualität unserer Service-Leistungen und unser Engagement beim Kunden!“, kommentiert Jürgen Hitz, Leiter Handel und Vertrieb der Energie Südbayern GmbH. Erst kürzlich hatte der TÜV Süd dem Unternehmen in Sachen Kundenzufriedenheit ein überdurchschnittliches Ergebnis attestiert; umso erfreulicher ist es nach Ansicht von Jürgen Hitz, dass die Energie Südbayern sich jetzt im bundesweiten Vergleich abermals so gut positioniert. Die Auszeichnung wurde im Rahmen eines Festakts in Köln verliehen.

Qualität der Kundenorientierung auch durch ES-B-Kunden bestätigt

Im Rahmen des Wettbewerbs, der zum siebten Mal in Folge vom Stapel lief, wurde die Energie Südbayern – neben mehr als 100 weiteren Teilnehmern – in sieben Disziplinen der Service- und Kundenorientierung „auf Herz und Nieren“ geprüft. Zur Anwendung kam dabei das sogenannte 7-K-Modell, eine wissenschaftliche Bewertungsmethode der Universität St. Gallen / Schweiz. Neben einer Selbstauskunft des Unternehmens flossen auch die Ergebnisse einer Zufriedenheitsbefragung unter rund 100 Kunden sowie ein sogenanntes Unternehmens-Audit in die Entscheidung mit ein.

Die Jury hob die zahlreichen Kontaktmöglichkeiten, welche die Energie Südbayern ihren Kunden zur Verfügung stellt, lobend hervor. Dazu zählen beispielsweise die Dialog-Angebote im Internet, eine kostenlose Hotline sowie die Verfügbarkeit eines persönlichen Ansprechpartners im KundenCenter. „Vor allem die Unternehmen, die sehr gut die Bedürfnisse ihrer Kunden verstehen und ihre Mitarbeiter im Kundenkontakt professionell schulen, haben sich im Wettbewerb als besonders erfolgreich herausgestellt“, resümiert Thorsten Peter, Geschäftsführer der ServiceRating GmbH den diesjährigen Wettbewerb.

Weitere Info zum Wettbewerb unter: www.bestedienstleister.de

Kernkraftwerk Gundremmingen:

Seit 50 Jahren „wirtschaftlicher Impulsgeber“

Überschattet von den Diskussionen um den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie waren zwei Veranstaltungen des Kernkraftwerks Gundremmingen: das Jahrespressgespräch mit den Journalisten im Info-Zentrum und am gleichen Tag in der Werkskantine des KGG das inzwischen 27. „Kraftwerksgespräch“ mit zahlreichen Gästen aus dem öffentlichen Leben.

Der Technische Geschäftsführer des Kraftwerkes, Dr. Helmut Bläsing, machte darauf aufmerksam, dass 2012 „ein ganz besonderes Jahr“ für das Kernkraftwerk Gundremmingen sei. Im Sommer jährt sich die Gründung der Betriebsgesellschaft zum 50. Male. Bis zum Ende des Jahres 2011 habe

der auch international stark beachtete Standort mit 545 Milliarden Kilowattstunden eine Strommenge produziert, die etwa dem Jahresbedarf ganz Deutschlands entspricht.

Kritik an Anfeindungen

Dr. Bläsing bekräftigte: „Auf

Fachmesse IFH/Intherm in Nürnberg:

Geballte Information

Themen, die die Branche bewegen, stehen im Mittelpunkt der IFH/Intherm in Nürnberg vom 18.4. bis 21.4.2012. Die Fachmesse für Sanitär, Heizung, Klima und Erneuerbare Energien liefert Informationen und zeigt Produkte von rund 700 Ausstellern. Damit hat sie sich zur Leitmesse der Branche im süd-deutschen Raum entwickelt.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind auf der IFH/Intherm die Top-Themen für Planer und Entscheider aus der Wohnungswirtschaft. Erstmals werden speziell für diese Zielgruppe geführte Messerundgänge über die IFH/Intherm angeboten. Ebenfalls neu sind die Sonder-schauen „Hocheffiziente Gebäudesanierung“, „Innovations-Zentrum Pellets“ und „Barrierefreies Bad und WC – Komfort für Generationen“. Besonders wichtig ist auch der Austausch mit dem SHK-Fachhandwerker, der durch seine Umsetzung der Arbeiten beim Kunden eine zentrale Rolle einnimmt.

Neue Systeme

Bei den geführten Messerundgängen über die IFH/Intherm werden alle Bereiche der SHK-Branche abgebildet. Dabei stehen die für Planer und Entscheider aus der Wohnungswirtschaft relevanten Themen im Vordergrund. Fachkundige Berater führen kleine Gruppen zu rund zehn ausgewählten Ausstellern und bringen die Teilnehmer mit den richtigen Ansprechpartnern zusammen.

Erdwärmeprojekt in Königsdorf:

Seismische Messungen erfolgreich beendet

Vor kurzem sind die seismischen Messungen für das Erdwärmeprojekt in Königsdorf abgeschlossen worden. Einen Monat lang hatte das Unternehmen Tiefengeothermie Königsdorf den Untergrund um Königsdorf und Geretsried von der Firma Geofizyka Torun messen lassen, um zu prüfen, welche Stelle sich am besten für den Bau einer Geothermieanlage eignet.

„Wir freuen uns, dass die Messungen planmäßig verlaufen sind und die Anwohner durchweg verständnisvoll waren“, sagt Michael Riedl, Geschäftsführer der Tiefengeothermie Königsdorf. „Hierfür möchte ich mich sehr herzlich bei der Bevölkerung bedanken.“ Der wenigen Probleme habe er sich persönlich angenommen und den Kontakt zu den Betroffenen gesucht. Die Flurschäden blieben dank des trockenen Wetters im überschaubaren Rahmen.

Dreidimensionales Bild

Nachdem nun die Kabel wieder eingeholt sind und die sogenannten Vibrofahrzeuge ihren Dienst getan haben, werden die erhobenen Daten ausgewertet, um am Ende ein möglichst genaues, dreidimensionales Bild des Untergrunds zu bekommen. Diese Phase wird etwa zwei Monate dauern und als Grundlage für

Produktmanager erläutern neue Systeme sowie ganzheitliche Lösungen und beantworten Fragen.

Die Rundgänge behandeln zentrale Branchenfragen: Energieeffizienz, Sanierungslösungen, Erneuerbare Energien, Ressourcenschonung, die neue Trinkwasser-verordnung, EnEV 2012, Neuheiten und Trends bei „grünen Lösungen“, Schnittstellenprobleme zur Gebäudetechnik, Neuheiten der Sanitärtechnik mit dem Schwerpunkt Barrierefreiheit im Badezimmer. Ausgangspunkt für die Rundgänge ist die neue Sonderschau „Hocheffiziente Gebäudesanierung“ in Halle 7.

Sonderschau

In dieser Sonderschau werden Funktionsweisen unterschiedlicher Heizungsanlagen sowie Sanierungsmaßnahmen und Einsparpotentiale erläutert. So wird anschaulich erklärt, wie der Primärenergiebedarf eines Hauses gesenkt werden kann – zur Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen der EnEV 2012 bis hin zum Energie Plus Haus. Planer und Entscheider aus der Wohnungswirtschaft können sich hier

diese Gemeinschaftsleistung können alle aktiven und ehemaligen Mitarbeiter stolz sein“. Die Freude über das bevorstehende 50. Jubiläum werde allerdings getrübt über die Nachwirkungen der folgenschweren Mehrfach-Katastrophe am 11. März 2011 in Japan, mit Erd- und Seebeben und schweren Schäden an dortigen Kernkraftwerken.

Übereilte Reaktion

Deutliche Kritik übte Bläsing an den politischen Fernwirkungen der sehr bedauerlichen Katastrophen im Fernen Osten: „Die Reaktion der deutschen Politik und der aus unserer Sicht übereilte gefasste Entschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie sind für unsere Belegschaft nicht nachvollziehbar. Solche Ereignisse erfordern doch eigentlich ein Innehalten und eine gründliche Analyse, bevor Konsequenzen gezogen werden. Hier war die Reihenfolge leider umgekehrt.“

Der Technische Geschäftsführer betonte den hohen Sicherheitsstandard deutscher Kernkraftwerke. Zu bedauern seien Anfeindungen von Kernkraft-Mitarbeitern „zum Teil bis ins private Umfeld“.

Modernisierung geht weiter

Nach den gegenwärtigen Planungen werde Block B 2017 vom Netz gehen und der Block C bis zum Jahr 2021 Strom liefern, teilte Dr. Bläsing mit. Das in den vergangenen Jahren be-

optimal informieren, um die neuen Möglichkeiten bei ihren Kunden entsprechend umzusetzen.

Täglich um 11.30 Uhr findet in der Sonderschau ein wechselnder Fachvortragsblock statt. Gestartet wird mit einer kurzen Einführung in die Gebäudesanierung. Darauf folgt ein Vortrag eines renommierten Architekten zu einem speziellen Thema und im Anschluss werden bereits realisierte Referenzobjekte vorgestellt und Erfahrungen ausgetauscht.

Prof. Eckard Gerber beispielsweise verdeutlicht in seinem Vortrag „Energetische Optimierung als Motor innovativer Architektur“, dass zukunftsweisende Architektur und Energieeffizienz keine Gegensätze sind. Und Dr. Burkhard Schulze-Darup von Schulze-Darup & Partner Architekten referiert über „Energetische Gebäudesanierung mit Faktor 10 – Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität“. Über die Fachvorträge hinaus bietet die Sonderschau „Hocheffiziente Gebäudesanierung“ die Möglichkeit zur individuellen Beratung.

Innovations-Zentrum Pellets

Ebenfalls neu ist das Innovations-Zentrum Pellets. Hier zeigen der Deutsche Energieholz- und Pellet-Verband e.V. und seine Mitglieder Lösungen zum Heizen, Lagern und Transport von Pellets. Pelletproduzenten, Kessel- und Ofenhersteller, Handel und Komponentenhersteller – 15 Firmen werden auf der Sonderschau in Halle 7 Wissenswertes rund um die erneuerbare Energiequelle präsentieren und die Besucher individuell beraten. Um die Leistungsfähigkeit der kleinen Holzpresslinge richtig zu beurteilen, gibt es die „Pelletwaage“. Hier können die Besucher abwägen, welche Menge Pellets für eine zehnmünütige heiße Dusche benötigt werden. **DK**

gonnene Modernisierungsprogramm werde in den bevorstehenden Revisionen der Blöcke B und C fortgesetzt. Hier investiert man im laufenden Jahr insgesamt rund 50 Millionen Euro. Der Rückbau von Block A gehe weiter voran.

Hochqualifizierte Kräfte

Der Kaufmännische Geschäftsführer Christoph Quick hob den besonderen Rang des Gundremminger Werkes als wirtschaftlicher Impulsgeber hervor. Zum Jahreswechsel seien es über 1250 Arbeitsplätze gewesen, darunter mehr als 400 Kräfte von Partnerfirmen. Hinzu kämen weitere Arbeitsplätze bei Lieferanten und Auftragnehmern. Ein Viertel der Belegschaft stellten Akademiker, ein Drittel entfalle auf den Bereich Meister und Techniker, gut 40 Prozent auf Facharbeiter. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie auf die Personalplanung habe bislang keine gravierenden Veränderungen ergeben: „Wir werden hier noch ein Jahrzehnt lang Strom erzeugen“. Hingewiesen wurde von Quick darauf, dass RWE die „Energiewende“ vorantreibe.

Kraftwerksgespräch

Lebhafte Diskussionen gab es beim abendlichen Kraftwerksgespräch mit rund 140 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirche und Gesundheitswesen. In den Mittelpunkt rückte der Vortrag von Professor Dr. Alfred Voß von der Universität Stuttgart zum Thema „Energiewende – der Weg zu einer klimaverträglichen und nachhaltigen Energieversorgung?“. Aufmerksamkeit fand Landtagsabgeordneter Alfred Sauter (CSU), als er davon berichtete, er habe für die Aufrechterhaltung der Laufzeitverlängerungen der Kernkraftwerke gekämpft, sich aber nicht durchsetzen können. **-jdt**



Technischer Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsing (r.) und der Kaufmännische Geschäftsführer Christoph Quick. Bild:-jdt

Bayerngas verkauft 71 Mrd. kWh

Rekordabsatz in 2011 trotz rückläufigen
Verbrauchs in Deutschland

Die Bayerngas GmbH hat im vergangenen Geschäftsjahr 71 Milliarden Kilowattstunden verkauft (2010: 69 Mrd. kWh). Damit liegt der Gasabsatz des Unternehmens auf einem neuen Rekordniveau. Dieses Absatzergebnis wurde trotz des 10-prozentigen Rückgangs des deutschen Gasverbrauchs auf rund 770 Mrd. kWh erzielt.

Der Absatzerfolg ist das Resultat eines gewachsenen Vertrauens in die Leistungen der Bayerngas, die von aktuellen Informationsdiensten, daran gekoppelten Marktzugängen und Optimierungsdiensten, bis zu Ausbildungsangeboten an Stadtwerke- und Industriebeschaffern reicht.

Das Energiewendejahr 2011 war auch für Bayerngas von mit Kunden gemeinsam entwickelten Konzepten zu Effizienzsteigerungen gekennzeichnet.

Bayerngas realisierte Zuwächse im überregionalen Stadtwerke- und Industriekundenbereich. Die vorhandenen Geschäftsbeziehungen wurden ausgebaut und neue Partner wurden in größerem Umfang hinzugewonnen. Der Erfolgsfaktor ist die intensive tägliche Zusammenarbeit. Diese ist in einer Marktumgebung großer Preisvolatilitäten, bei dem der richtige Einkaufszeitpunkt entscheidend ist, elementar. **□**

LEW
Lechwerke



SICHER. VERSORGT. LEW.

„Wir sind Tag und Nacht im Einsatz, damit bei Ihnen der Strom sicher ankommt. Wir beheben Störungen, koordinieren Ausbau und Wartung der Netze, kontrollieren regelmäßig die Umspannwerke und kümmern uns um das Straßenbeleuchtungsnetz.“

Werner Weiß, Elektromeister beim LEW Netzservice

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst:

Kommunale Schmerzgrenze

Nach mehr als 40-stündigen Verhandlungen haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf einen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst geeinigt. Demnach sollen die Gehälter der rund zwei Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen innerhalb von zwei Jahren um insgesamt 6,3 Prozent steigen.

Die erste Anhebung von 3,5 Prozent soll rückwirkend zum 1. März erfolgen. Um jeweils weitere 1,4 Prozent steigen die Löhne dann noch einmal im Januar und August 2013. Ein von den Gewerkschaften geforderter Mindestbetrag, der insbesondere für die kommunalen Arbeitgeber schädliche Auswirkungen gehabt hätte, wurde nicht vereinbart.

Zudem erhalten künftig alle Beschäftigten 29 Urlaubstage, über 55-Jährige 30 Tage und Auszubildende 27 Tage. Für den Abschluss ist eine Laufzeit von 24 Monaten vorgesehen.

Pluspunkte

Durch die Steigerung zu Beginn ergibt sich ein Basiseffekt, also eine Art Zinseszins, der die Wirkung der Einigung auf 6,41 Prozent erhöht. Auf das laufende Jahr gerechnet beträgt die Steigerung somit gut drei Prozent. Das entspricht ungefähr der Hälfte der ursprünglichen Gewerkschaftsforderung nach 6,5 Prozent und etwa dem Doppelten des ersten Arbeitgeberangebots von 3,3 Prozent auf zwei Jahre.

„Die Pluspunkte des Abschlusses sind für die Arbeitgeber die relativ lange Laufzeit, die Stückelung der Tarifierhöhungen und dass es uns gelungen ist, die Forderung nach einem Mindestbetrag abzuwehren“, machte VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle deutlich. „Bei der linearen Steigerung gehen die kommunalen Arbeitgeber an ihre Schmerzgrenze. In der Gesamtbetrachtung ist der Abschluss aber vertretbar, auch weil wir den Bürgerinnen und Bürgern mit diesem Abschluss

die Belastungen eines Flächenstreiks ersparen.“

Die Kosten der linearen Erhöhung liegen für die kommunalen Arbeitgeber im Jahr 2012 bei rund 2,2 Milliarden Euro, im Jahr 2013 bei rund 4,3 Milliarden Euro. Die Gewerkschaften hatten Gehaltssteigerungen von 6,5 Prozent und mindestens 200 Euro gefordert, was eine Kostenbelastung in Höhe von sechs Milliarden Euro allein für zwölf Monate bedeutet hätte.

Stellungnahme des VKA

„Es ist ein gutes Zeichen für das Funktionieren der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst, dass wir die Tarifrunde ohne Schlichtungsverfahren und ohne Streik zum Abschluss bringen konnten“, erklärte VKA-Hauptgeschäftsführer Manfred Hoffmann. „Wichtig für die kommunalen Arbeitgeber ist zudem, dass wir eine Neuregelung des Urlaubsanspruches vereinbaren konnten.“ Das Bundesarbeitsgericht hatte die bisherige Staffelung in der vergangenen Woche verworfen. Es stand die flächendeckende Anpassung des Anspruchs auf 30 Tage für alle Beschäftigten im Raum. Mit der Neuregelung haben die Tarifvertragsparteien nun Rechtssicherheit geschaffen.

Der Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Bundesinnenminister Friedrich, betonte, die Einigung für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen bedeute eine dauerhafte Entgelterhöhung in den nächsten beiden Jahren. Die Belastung für den Bundeshaushalt werde rund 550 Mio. Euro betragen. „Damit sind

die Arbeitgeber bis an die Schmerzgrenze gegangen.“

Der Minister zeigte sich insgesamt zufrieden: „Mit dem Abschluss liegen wir im Rahmen aktueller Tarifergebnisse. Wichtiger ist jedoch: Unsere Sozialpartnerschaft funktioniert. Das haben Gewerkschaften und Arbeitgeber unter Beweis gestellt. Nicht nur beim Entgelt, sondern auch bei schwierigen Fragen wie dem Thema Urlaub haben wir gemeinsam eine Lösung gefunden. Und zwar ohne Schlichtung und weitere Streiks. Das ist ein Erfolg für alle Beteiligten. Und die Entgelterhöhung ist natürlich eine Anerkennung für die Leistungen der Beschäftigten. Ich werde im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen dem Kabinett vorschlagen, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten, Soldaten und Versorgungsempfänger zu übertragen.“

Erleichterung beim DStGB

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund wiederum zeigte sich erleichtert, dass es doch noch zu einem Kompromiss im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes gekommen ist. „Die Erhöhung um 6,3 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten geht allerdings an die Schmerzgrenze, in einzelnen Städten und Gemeinden wird sie überschritten“, sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg in Berlin. Der Abschluss kostete die kommunalen Arbeitgeber rund 2,1 Mrd. Euro im Jahr 2012 und nochmals rund 2 Mrd. Euro in 2013. Die Städte und Gemeinden haben rund zwei Millionen Tarifangestellte, der Bund etwa nur 140.000. Im vergangenen Jahr betragen die Personalkosten der Kommunen ca. 50,7 Mrd. Euro. 26 Prozent ihrer Gesamtausgaben entfielen damit auf den Personalbereich, während beim Bund die Personalkostenquote bei nur 9 Prozent liegt.

Deswegen ist dieser Abschluss für die Kommunen aus Sicht des DStGB eine besondere Belastung. „Bei allem Verständnis, dass auch die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst am Aufschwung profitieren wollen, darf nicht aus dem Blick geraten, dass die milliardenschweren Mehrkosten letztlich über höhere Gebühren, Beiträge und Steuern und zusätzlichen Druck zum weiteren Personalabbau gegenfinanziert

werden müssen“, machte Landsberg deutlich. In vielen Städten und Gemeinden sei die Haushaltslage so dramatisch, dass die Zusatzkosten nur über weitere Schulden finanziert werden können. Andererseits sei es gut für Deutschland, die Bürger und die Wirtschaft, dass ein langwieriger Arbeitskampf vermieden werden konnte.

Folgschwerer Abschluss

„Der Abschluss für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen trifft die Kommunen hart und stellt vor allem diejenigen Landkreise und Gemeinden vor eine große Herausforderung, die ohnehin schon stark verschuldet sind“, kommentierte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags Prof. Dr. Hans-Günter Henneke die Einigung. In Zeiten immenser Haushaltsdefizite, einem Kassenkreditbestand der Kommunen in Höhe von 45 Mrd. Euro und der Schuldenbremse bei Bund und Ländern sei dieser Abschluss aus gesamtkommunaler Sicht folgschwer.

Der Weg in einen fortgesetzten Personalabbau dürfte angesichts der erheblichen Einschnitte in den vergangenen Jahren bereits vielfach verschlossen sein. Insgesamt würden sich die kommunalen Ausgaben für das Tarifpersonal von derzeit 76 Mrd. Euro auf über 82 Mrd. Euro innerhalb von nur zwei Jahren erhöhen.

Position des Bayerischen Städtetags

Der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, meinte: „Die Einigung in den Tarifverhandlungen hat für die Städte und Gemeinden einen hohen Preis. Für die Kommunen ist dies ein Kompromiss, der gerade noch tragfähig ist. Die Tarifierhöhung von insgesamt 6,3 Prozent bedeutet für die angespannten kommunalen Haushalte eine außerordentliche Belastung. Allerdings müssen die Leistungen von kommunalen Beschäftigten auch entsprechende Entlohnung finden, die nicht zuletzt Preissteigerungen berücksichtigt. Eine Entspannung bedeutet die zügige Einigung für die Bürgerinnen und Bürger, denen Belastungen durch weitere Streiks – gerade bei Kindertagesstätten, Kindergärten oder im öffentlichen Nahverkehr erspart bleiben.“ Positiv bewertete Buckenhofer die Laufzeit des Tarifvertrags von 24 Monaten: „Das bringt den Kommunen Planungssicherheit für die Aufstellung der Haushalte.“ **DK**

Aufbau des Energiecampus Nürnberg:

Wichtiger Meilenstein

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, Finanzminister Dr. Markus Söder und Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch begrüßen, dass die Mietverträge für den künftigen Sitz des Energiecampus Nürnberg (EnCN) nun geschlossen sind. Finanzminister Söder hat die Immobilienfreistaat Bayern beauftragt, den Zuschlag für die Anmietung zu erteilen. „Damit bekommt der Energiecampus nun seine Heimat. Wichtige Teile der Energieforschung und der Entwicklung neuer Energietechnologien im Freistaat werden damit an einem Standort gebündelt“, so die drei Minister. Der Energiecampus wird ab Anfang 2013 auf dem früheren AEG-Gelände an der Fürther Straße einziehen.

„Der EnCN ist inhaltlich und organisatorisch hervorragend aufgestellt. Jetzt rückt er auch räumlich zusammen“ betont Zeil. Die Energieversorgung der Zukunft sei eine der entscheidenden Schlüsselfragen. Wissenschaftsminister Heubisch ergänzt: „Wir brauchen den EnCN als einen der zentralen Knotenpunkte der Energieforschung in Bayern. Das Besondere: Am EnCN werden nicht nur technologische Fragestellungen entlang der gesamten Energie-Kette erforscht, verschiedene Teilprojekte befassen sich auch mit der erforderlichen Reorganisation der Märkte und gesellschaftlichen Fragen der Energiewende.“ „Der Energiecampus wird neue Akzente für die Energieversorgung der Zukunft setzen. Die Öko- und Energiemetropole Nürnberg wird mit diesem Leuchtturmprojekt nachhaltig gestärkt“, sagte Söder. Eine zentrale Frage der künftigen Energieversorgung sei etwa, wie man Strom aus Erneuerbaren Energien speichern könne. Für diese bedeutende Forschungsarbeit habe die Immobilienfreistaat Bayern, die dem Finanzministerium nachgeordnet ist, einen passenden Standort gefunden. Damit wurde die Grundlage für den Erfolg des Energiecampus gelegt, so Söder. „Der Standort in Nürnberg schafft ideale Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler und Forscher.“ **□**

Landkreis und Landratsamt Neu-Ulm:

Vielfältige Dienstleistungen

Landrat Erich Josef Geßner legt Jahresbericht 2011 vor

Einen detaillierten Einblick in die Themen, mit denen sich der Landkreis Neu-Ulm - seine Gremien, seine Verwaltung und seine Einrichtungen - im vergangenen Jahr befasst hat, gibt der druckfrische Jahresbericht 2011. Das Compendium wartet mit einer Fülle von Aufgaben und Dienstleistungen auf, die der Landkreis Tag für Tag für seine Bürgerinnen und Bürger erbringt.

Wie Landrat Erich Josef Geßner in seinem Vorwort darlegt, „hat der Landkreis im Berichtsjahr das in seinen Möglichkeiten Stehende unternommen, um einer hoffnungsvollen Zukunft den Weg zu bereiten“. Das wichtigste Mittel dazu sei die Bildungspolitik. Im Haushaltsjahr 2011 gab der Landkreis rund 29 Millionen Euro für seine Schulen und Schüler aus. Zudem wurden im Rahmen der Initiative „Bildungsregion Landkreis Neu-Ulm“ die ersten Projekte realisiert: etwa das Übergangsmanagement zwischen Kindergarten und Grundschule, der Bewerbungsprofi(l)-Ordner an Mittelschulen oder das „Haus der kleinen Forscher“ in Kindertagesstätten.

Freiwilligenagentur „Hand in Hand“

Auch das erste eigene Projekt der im April gegründeten Freiwilligenagentur des Landkreises „Hand in Hand“ befasst sich mit einem Bildungsthema: Auf ehrenamtlicher Basis werden Vorlese- und Lesepaten für Kindergärten und Schulen geworben und vermittelt.

Die Bildungsregion ist das Hauptkapitel im Kreisentwicklungsprogramm, dessen Erarbeitungsphase in den Bürger-Arbeitskreisen im Oktober 2011 abgeschlossen wurde. Der Planentwurf wird im Frühjahr 2012 dem Kreistag zur Beratung und zur Verabschiedung vorgelegt.

Mit dem Klimaschutz findet sich im Kreisentwicklungsprogramm ein weiteres Megathema, das auch für den Landkreis Neu-Ulm von enormer Bedeutung ist. Zusätzlicher Handlungsdruck beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ist laut Geßner durch die Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat entstanden, als Konsequenz aus der Nuklearhavarie in Fukushima bis spätestens 2022 aus der Atomkraft auszustiegen.

Energieeinsparung

Der Landkreis hat bereits einige in dieser Hinsicht unternommen. Bei den kreiseigenen Gebäuden wurde im Jahr 2005 mit einem Contracting-Projekt zur Energieeinsparung begonnen. Der Gebäudesektor bietet beträchtliche Energieeinsparpotenziale, denn er macht rund 40 Prozent am gesamten Energieverbrauch aus. Deshalb investiert der Landkreis auch viele Millionen Euro in die energetische Sanierung von bestehenden Gebäuden und realisiert derzeit den Erweiterungsbau und die Renovierung des Hauptgebäudes der Fachober- und Berufsschule (FOS/BOS) im Passivhausstandard.

Zudem wurden bis Ende 2011 auf den Dächern der kreiseigenen Schulen insgesamt zwölf Photovoltaikanlagen installiert; es folgen weitere drei PV-Anlagen für die Kliniken in Neu-Ulm, Weißenhorn und Illertissen. Darüber hinaus ist 2008 für das Schulzentrum Pfullen ein Biomasseheizwerk gebaut worden, das seither die Schulgebäude mit CO₂-neutraler Wärme versorgt. Seinen Strom bezieht der Landkreis außerdem seit 2010 zu 50 Prozent aus regenerativen Quellen.

Innerhalb des Regionalverbandes Donau-Iller befasste sich

der Landkreis 2011 intensiv damit, Vorrangflächen für Windkraftanlagen zu identifizieren und auszuweisen. Anfang November 2011 hat die Kreispolitik ein integriertes Klimaschutzkonzept bei einem Fachbüro in Auftrag gegeben. Es erstreckt sich auf die Aufgabengebiete des Kreises und darüber hinaus auf den Verkehr, Gewerbe und Handel sowie die Privathaushalte. Letztere könnten schon jetzt komplett mit im Landkreis klimafreundlich erzeugtem Strom versorgt werden. Großes Potenzial zur Erzeugung von Ökostrom und Fernwärme hat das Müllkraftwerk in Weißenhorn. Die als Nebenprodukt der Müllverbrennung anfallende Energie gilt es, in Zukunft noch mehr und effizienter als bisher zu nutzen.

Daseinsvorsorge

Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird auch der Gesundheitssektor für die Daseinsvorsorge immer wichtiger. 2005 wurden die drei Krankenhäuser im Landkreis unter dem rechtlichen und organisatorischen Dach der Kreisspitalstiftung Weißenhorn zusammengefasst. Die Klinikstrukturreform umfasste zudem die Spezialisierung auf Schwerpunktdisziplinen und massive Investitionen in die Häuser in Neu-Ulm, Weißenhorn und Illertissen.

Richtiger Kurs

„Dass wir mit diesem eingeschlagenen Kurs auf dem richtigen Weg sind, zeigt sich daran, dass die Donauklinik, die Städtetalklinik und die Illertalklinik das Wirtschaftsjahr 2010 erstmals allesamt mit Jahresüberschüssen abgeschlossen. Die Kliniken der Kreisspitalstiftung Weißenhorn gehören damit zu den wenigen kommunalen Kliniken in Bayern und Deutschland, die ohne Verlustausgleich aus Steuermitteln auskommen“, betont Landkreisleiter Geßner und ergänzt: „Das ist die beste Voraussetzung für weitere Zukunftsinvestitionen.“

Neue Palliativstation

So wurde im Frühjahr 2011 die neue Palliativstation an der Städtetalklinik Weißenhorn in Betrieb genommen. Im August 2011 begann der Ersatzneubau des Bettenhauses Südwest der Donauklinik Neu-Ulm, der die 1987 begonnene Gesamtrenovierung des Krankenhauses abschließen wird. An der Illertalklinik wurde im Oktober 2011 ein Wunsch der Illertisser Bevölkerung erfüllt und die chirurgische Ambulanz wieder eröffnet.

Ein Höhepunkt des Jahres aus Landkreissicht war auch die offizielle Einweihung der iTCM-Klinik in Illertissen, die bereits Mitte 2010 zum Teil im Altbau der Illertalklinik eröffnet worden war. Das Krankenhaus für integrative Traditionelle Chinesische Medizin (iTCM) ist eine wertvolle Ergänzung des medizinischen Angebots zwischen Unterelchingen und Kellmünz. Mehr noch: Die Anziehungskraft der deutschlandweit einzigartigen Einrichtung reicht weit über die Grenzen des Landkreises hinaus. **KI**

Metropolitan Solutions auf der Hannover Messe:

Innovationen für urbane Infrastrukturen

Mehr als die Hälfte der stetig wachsenden Weltbevölkerung lebt bereits in Städten. Innovative Lösungen, um lebensnotwendige Ressourcen wie Trinkwasser, Energie oder Rohstoffe zu sichern, sind gefragt. Metropolitan Solutions bildet genau diese Themen auf der Hannover Messe vom 23. bis 27. April 2012 ab.

Das Forumsprogramm bündelt Expertenwissen und ist unmittelbar in den Ausstellungsbereich integriert. Keynotes, Fachvorträge und Panel-Diskussionen ergeben ein hochkarätiges, nach Themen und Technologie Schwerpunkten strukturiertes Forumsprogramm.

Moderne Gebäude, die Energie produzieren, Green Building-Technologien sowie innovative Quartierkonzepte durch Vernetzung und die Energieverteilung und Speicherung in Städten stehen hier im Mittelpunkt. Weitere zentrale Themen sind Wasser/Abwasser und Stadthygiene, denn schon heute ist Trinkwasser in vielen Regionen knapp, und es sind dringend innovative Wasserinfrastrukturen gefordert.

Leuchtturmprojekte

Ein weiteres Highlight ist die „Exkursion durch die Stadt der Zukunft“. Leuchtturmprojekte dokumentieren Ideen, die auf andere Städte übertragen werden können. So etwa ein Leuchtturmprojekt, das die Entwicklung und Umsetzung eines städtischen Transformationsprozesses zu einer umfassenden „energieeffizienten Stadt“ darlegt oder ein anderes, das Logistikkonzepte für intelligentes Abfallmanagement in Metropolen zeigt.

Neu ist der Punkt „Urban Mining - die Stadt als Rohstoffquelle“, mit dem Fokus auf Wiederverwertung von Rohstoffen. Ebenfalls neu ist das Thema Social Media im Zusammenhang mit modernen Städten. Wie Bürger künftig mit Verwaltungen kommunizieren können und Anbieter ihre Kunden in der Stadt der Zukunft erreichen – darum geht es unter dem Titel „TectoYou - Social Media in Gemeinden und Städten“.

Deutscher Kommunaltag

Vernetzung und IT-Infrastrukturen sind das Thema beim Deutschen Kommunaltag am 26. April, organisiert vom Niedersächsischen Städtetag und dem Verband kommunaler Unternehmen VKU. Neben „Urbaner Mobilität als Standortfaktor“ werden Smart Metering und die neue kommunale Energielandschaft im Expertenkreis diskutiert. Unter dem Stichwort Mobilität & Logistik National geht es um die drei Themenbereiche „Smart Car“, „Smart Grid“ sowie „Smart Traffic“. Ergänzt werden die technischen Vorträge von Beiträgen zu innovativer Kommunalfinanzierung. Zudem eröffnet der Initiativkreis Metropolregionen das Europäische Forum „Neue Mobilitätskonzepte“. **Do.**

Fachmesseverbund Zukunft Kommune in Stuttgart:

Wie Städte punkten können

Wertvolle Anregungen zu kommunalen Kernfragen erhalten Bürgermeister, Amtsleiter und weitere kommunale Entscheidungsträger am 24. und 25. April 2012 auf der Zukunft Kommune in Stuttgart, dem größten kommunalen Messe-Event für den Süden der Bundesrepublik.

Städte und Gemeinden müssen sich bewegen, um weiterhin attraktiv für Bürger, Wirtschaft und Tourismus zu bleiben. Innenstädte und Grünräume wollen gepflegt werden. Bürger wünschen sich ein größeres Informations- und Kontaktangebot ihrer Verwaltungen im Internet und direktere Beteiligung an Entscheidungen.

Zwei Tage Austausch unter Kollegen und Experten für kommunale Belange, über 140 Aussteller, mehr als 40 hochkarätige Vorträge und Podiumsdiskussionen sowie drei Fachkonferenzen zu aktuellen Themen bietet die Zukunft Kommune ihren Fachbesuchern im Verbund mit der public12 und der Public IT.

Forum zur Fachkräftesicherung

Mit einem Fachforum zum Thema „Fachkräftesicherung – Kernaufgabe der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung“ beteiligt sich das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Baden-Württemberg am hochkarätigen Vortragsprogramm. Experten aus der regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg vermitteln Ideen und Impulse, wie Kommunen Unternehmen bei der Rekrutierung von Fachkräften unterstützen können.

Konversionsflächenplanung

Konversionsflächenplanung ist eine für viele Kommunen attraktive, aber auch teure Form der Flächengewinnung. Wie komplex die Konversion innerstädtischer Industrie- oder Gewerbebrachen sowie militärischer Konversionsflächen ist und welche Herausforderungen auf Politik und Stadtverwaltungen warten, erörtern Stadtvertreter im Fachforum Konversionsflächenplanung Baden-Württemberg.

Der brennende Frage „Hat der Friedhof Zukunft?“ widmet sich das ganztägige Friedhofsforum am zweiten Messetag. Die Beerdigungskultur ist im Wandel begriffen, Kommunen und Friedhofsverwaltungen müssen auf die Nachfrage nach mehr Bestattungsvielfalt reagieren. Drei Fachvorträge beleuchten die aktuellen Veränderungen in der Bestattungskultur. Den Anfang

macht Dr. Gebhard Fürst, Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, mit einem Impulsreferat. Ein Messerundgang und eine abschließende Podiumsdiskussion zum Thema „Chaos auf deutschen Friedhöfen“ runden die Veranstaltung ab.

Grünanlagen

Die Qualität städtischer Freiräume, Grünflächen und Parks hat großen Einfluss auf die Attraktivität einer Stadt und das Lebensgefühl ihrer Bewohner. Deswegen werden die Pflege von Grünanlagen und die zukunftsgerichtete Einbindung von Rest- und Konversionsflächen immer wichtiger. Doch welche innovativen Ansätze gibt es für diese Aufgaben und wer dient Kommunen als Ansprechpartner? Die vierte Ausgabe der public12 versammelt kommunale Entscheider und Anbieter aus den Bereichen Public Design, Städtebau, Stadtbegrünung sowie Stadt- und Regionalplanung.

Entente Florale

Wie Wettbewerbe mehr Grün und mehr Lebensqualität in Städten und Gemeinden bringen können, berichten zwei Teilnehmerstädte des Wettbewerbs Entente Florale. Der bundesweite Wettbewerb „Gemeinsam aufblühen“ animiert nach Angaben der Organisatoren des Projektes, das durch das Bundesamt für Naturschutz gefördert wird, Verwaltung, Bürger, Initiativen und Vereine gleichermaßen, sich für ein schönes und vielfältiges Lebensumfeld einzusetzen. Dadurch würden neue Ansätze möglich, unbekannte Wege beschritten und ein neues Wir-Gefühl geschaffen.

Public IT

Um ihre Interaktion mit Bürgern und Unternehmen, aber auch ihre internen Prozesse zu optimieren, benötigen Kommunen eine leistungsfähige und sichere Informations- und Kommunikationstechnik. Auf der Public IT präsentieren Hersteller und Dienstleister für Dokumenten-Management-Systeme, IT-Sicherheit, Geo-Informationssysteme und weitere Software- und Hardwareanbieter für den Public Sector ihre aktuellen Lösungen. Neben den Präsentationen der Aussteller stehen der Erfah-

rungs- und Wissensaustausch zwischen Anbietern und Anwendern sowie Best-Practice-Beispiele aus Kommunen im Mittelpunkt der Messe.

Social Media

Wie Städte und Gemeinden über Social Media mit ihren Bürgern in Dialog treten können, beleuchtet eine Fachkonferenz der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg im Rahmen der Fachmesse. Im ersten Teil der Konferenz erfahren die Besucher von Vertretern der Stadt Reutlingen, wie es gelingt, in der Diskussion mit Bürgern in sozialen Netzwerken auch kontroverse Themen sachlich zu moderieren.

Auf der Facebook-Seite der Stadtverwaltung tauschen sich rund 5.600 Fans mit der Stadtverwaltung aus – etwa über den Bau einer umstrittenen Stadthalle oder über ein neues Parkierungskonzept. Im zweiten Teil der Konferenz berichtet unter anderem Ulms Erster Bürgermeister und Geschäftsführer des Donaubüros Gunter Czisch, mit welchen Interaktionsmöglichkeiten sein Por-

tal www.donaubuero.de Bürger zum Mitmachen anregt und den Austausch fördert – auf kommunaler Ebene sowie international.

Im Vortrag „Offene Daten – Potenziale und Barrieren bei der Umsetzung“ greift Fraunhofer Fokus ein weiteres aktuelles Thema auf. Erfahrungen bei der Bereitstellung von kommunalen Daten hat Fraunhofer Fokus unter anderem in Berlin gesammelt. Hier startete 2011 das erste Open-Data-Portal einer Stadt in Deutschland. Unternehmen, Organisationen und Bürger können über daten.berlin.de auf städtische Datenbestände wie zum Beispiel Verkehrsinformationen, Wetterdaten oder Wirtschaftsdaten zugreifen und somit Prozesse und Abläufe mitgestalten.

Neue Kartenkonzepte

Mithilfe von Geoinformationssystemen (GIS) können Kommunen Liegenschaftsverwaltung, Stadtinformationssysteme und viele weitere Anwendungen betreiben, die auf raumbezogene Daten zurückgreifen. Dr.-Ing Peter Zeile vom Fachgebiet Computergestützte Planungs- und Entwurfsmethoden in Raumplanung und Architektur (CPE) der TU Kaiserslautern stellt im Praxisforum neue Kartenkonzepte vor. **DK**



Bürgerservice-Portal – erfolgreicher Start nun auch in Unterschleißheim: AKDB-Vorstand Alexander Schroth, Bürgermeister Rolf Zeitler, Leiterin Bürgerbüro Anita Obermaier und Geschäftsbereichsleiter Sicherheit und Ordnung Wolfgang Streidl (von links). Bild: AKDB

Einfachere Verwaltung vor den Toren Münchens:

Bürgerservice-Portal in Unterschleißheim

Als erste kreisangehörige Stadt führt nun die Stadt Unterschleißheim im Landkreis München das Bürgerservice-Portal der AKDB ein. Damit erledigen Bürger immer mehr Behördengänge über das Internet, einfach und bequem von zu Hause aus. Zunächst sind Verwaltungsvorgänge im Einwohnermeldewesen zur Online-Bearbeitung angeboten, z. B. Anträge auf Meldebestätigungen, Aufenthaltsbescheinigungen, Umzug innerhalb der Stadt usw. Erreichbar ist das Bürgerservice-Portal ab sofort unter der Adresse www.buergerserviceportal.de/unterschleissheim.

Den symbolischen ersten Knopfdruck tätigten der Erste Bürgermeister Rolf Zeitler und AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth im Unterschleißheimer Rathaus. Bürgermeister Zeitler dankte der AKDB für die kompetente Unterstützung beim Einführungsprozess und sagte: „Die neue Portallösung kürzt Wege ab. Wir sind uns sicher, dass sich die neuen Dienste schon bald durchsetzen und damit auch der neue Personalausweis immer besser angenommen wird.“

Konzentration auf Kernkompetenzen

AKDB-Vorstand Alexander Schroth meinte: „Vom Bürgerservice-Portal profitieren Bürger und Verwaltungen. Die kommunalen Bürgerbüros werden entlastet und können sich noch mehr auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.“ Zudem könne das Bürgerservice-Portal

in Zukunft noch besser genutzt werden. Der Gesetzgeber schreibe heute noch die Schriftform oder gar das persönliche Erscheinen im Amt bei einigen Vorgängen vor, die man mit der eID-Funktion des neuen Personalausweises und einer entsprechenden Identifikation einfach und sicher erledigen könnte, so Schroth.

Lückenlose Kommunikation

Fast 5.000 Unterschleißheimer Bürger sind bislang im Besitz des nPA, 47 Prozent davon haben die Option der elektronischen Identifikation freischalten lassen. Mit Chipkartenlesegerät und individueller PIN können sie sich nun im Bürgerservice-Portal rechtssicher legitimieren. Das ermöglicht eine lückenlose und transparente Online-Kommunikation zwischen den Unterschleißheimern und ihrer Stadtverwaltung. **□**

Ausstellung „Klima & Co.“ im westlichen Landkreis Augsburg

Nach Bemühungen des Arbeitskreises 7 „Umwelt & Energie“ der Regionalentwicklung Augsburg Land West – REAL West e.V. ist die Ausstellung „Klima & Co.“ noch bis zum 15. Mai im westlichen Landkreis Augsburg zu sehen.

„Klima & Co.“ ist eine interaktive Ausstellung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt über die Zusammenhänge zwischen Klimaänderung und Treibhauseffekt, CO₂ und Energieverbrauch. Sie zeigt die Vor- und Nachteile unserer Energiequellen, wie man effizient Energie nutzt, zeigt Stand-by-Verluste auf und vieles mehr. Vorwiegend für Schüler, aber auch für Erwachsene, bietet die Ausstellung ein breitgefächertes Angebot im Bereich des Energie- und Umweltmanagements.

Fragen und Zusammenhänge

In der Ausstellung werden Fragen beantwortet wie: Wie viel Energie verbraucht ein Mensch in Deutschland oder in China? Verpufft beim Autofahren ein Großteil der Energie, ohne einen ans Ziel zu bringen? Gibt es CO₂-freie Energieträger? Die Ausstellung beinhaltet ein Energiefahrad und ein Computerquiz. Für Jung und Alt werden die Zusammenhänge von Klimawandel, Treibhauseffekt, Kohlendioxid und Energieverbrauch aufgezeigt. Die Ausstellung „Klima & Co.“ wurde vom Bayerischen Landesamt für Umwelt im Rahmen der Initiative „Klimafreundliches Bayern“ entwickelt. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag, 8.30 bis 12.30 Uhr – nachmittags nach Vereinbarung.

Weitere Informationen unter: www.realwest.de **□**

Über 100 Bürger aus der Region finanzieren Windpark Berching

Der Bau des größten Windparks in Bayern auf einer Hochfläche bei der Stadt Berching schreitet mit großen Schritten voran. Vorbereitende Bodenverbesserungsmaßnahmen und der Wegebau sind bereits größtenteils abgeschlossen und der Fundamentbau der ersten Windkraftanlagen hat begonnen.

Am 23. April 2012 ist der offizielle Spatenstich für den Windpark Berching geplant. Schon im Juni 2012 kann die erste Anlage den Betrieb aufnehmen. Insgesamt sechs moderne Binnenlandkraftwerke der 3-Megawatt-Klasse des Typs Repower 3.2M114 werden im Jahr 2012 errichtet.

Größter Windpark in Bayern

Die Windpower GmbH verfolgt auch bei diesem Projekt konsequent den Ansatz der Bürgerbeteiligung. Bisher haben sich über 100 Bürger aus der Region für eine Investition in Erneuerbare Energien vor ihrer Haustüre entschieden. Damit ist das Eigenkapital des größten Windparks in Bayern

schon fast vollständig gezeichnet.

Breite Streuung

Nach nur 5 Wochen sind bereits rund 80 Prozent der benötigten 8 Mio. Euro platziert. Mit einer Beteiligung an der Windkraft Oberpälzer Jura GmbH & Co. KG erhalten alle interessierten Bürger vor Ort die Möglichkeit, in den Windpark Berching und weitere regionale Windkraftprojekte im Landkreis Neumarkt und den Nachbarlandkreisen zu investieren. Durch die Beteiligung an mehreren Windkraftanlagen haben die Bürger die Chance, ihre Investition breit zu streuen.

Nähere Informationen: www.bayern-wind.de **□**

Yankee Stadion, New York?



Baseball-Arena, Regensburg!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Würzburg bahnt neue Lichtwege

Straßenbeleuchtung: Annähernd 16.000 Lichtpunkte machen die Stadt jede Nacht hell

Würzburg. In Tunneln oder auf Brücken gibt es oft viel mehr Leuchten, als notwendig wären. „Darum reduzieren wir hier auch“, sagt Bernd Hammer von der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV). Rund 16.000 Leuchten gibt es derzeit im Stadtgebiet. Eine Zahl, die seit Jahren stagniert. Deutlich optimiert wurde allerdings der Stromkonsum der Lichtpunkte. Lag der Energieverbrauch im Jahr 2006 noch bei 8,8 Millionen Kilowattstunden jährlich, sank er bis letztes Jahr auf 6,12 Millionen ab.

Es ist eine in ökologischer Hinsicht stolze Zahl, die Hammer nach neuesten statistischen Auswertungen publik machen kann: „In fünf Jahren konnten wir den Jahresstromverbrauch um 2,7 Millionen Kilowattstunden reduzieren.“ Und die Optimierung soll weitergehen: Bis 2017 hofft der Ingenieur, alle derzeit noch vorhandenen 6.100 Quecksilberleuchtmittel gegen LED-Leuchten austauschen zu können. Dann würde der Stromverbrauch nur noch bei höchstens fünf Millionen Kilowattstunden liegen. Würzburgs Straßenbeleuchtung, so das Ziel, soll klimafreundlicher und schöner werden. Natürlich ohne die Sicherheit zu gefährden. Wes-

halb auch die Masten regelmäßig unter die Lupe genommen werden.

Wenige Beanstandungen

Um deren Standfestigkeit zu überprüfen, „rütteln“ Mitarbeiter einer Spezialfirma jährlich an rund 1.000 von ihnen. Sämtliche „Uraltlampen“ sind inzwischen überprüft – wobei es in Würzburg kaum noch Masten gibt, die den Krieg überlebt haben. Die meisten Stahlmasten wurden zwischen 1945 und 1960 installiert. In den 1970er und 1980er Jahren, als neue Industriegebiete erschlossen wurden, kam es dadurch zur Neubeleuchtung einiger Areale. Die

für die Stadt tätigen „Rüttler“ sind bei ihren Kontrollen inzwischen bei den Ende der 1980er Jahre installierten Leuchten angekommen – und haben nur noch wenig zu beanstanden. Hammer: „2011 mussten wir fünf Masten herausnehmen.“

Neue LED-Technik

Für die kommenden Jahre ist geplant, die neue LED-Technik einzuführen, da sich diese durch hohe Lebensdauer, Effizienz und Wirtschaftlichkeit auszeichnet. In Pilotprojekten, zum Beispiel im Stadtgebiet Lengfeld, wird der Einsatz dieser neuen Leuchten derzeit überprüft. „Wir stellen fest, dass sich dadurch bis zu 60 Prozent Energie einsparen lässt“, berichtet Hammer. Das ist die gute Nachricht. Die schlechtere betrifft die Kostenseite: Eine LED-Leuchte schlägt mit mindestens 60 Euro zu Buche. Normale Lampen gibt es für weniger als neun Euro. Allerdings müssen LED-Leuchten nur alle zwölf Jahre gewechselt werden. Während herkömmliche Lampen nach vier Jahren verbraucht sind.

Gezählte Tage

Die meisten Kommunalbetriebe, die Lichtpunkte bewirtschaften, befassen sich derzeit mit dem Thema „LED“ – denn die Tage der Quecksilberdampflampen sind gezählt. Einer EU-Regelung zufolge dürfen diese vom April 2015 an nicht mehr in Verkehr gebracht werden. Die spannende Frage, die sich nun für Planer stellt, lautet: Welche LED-Leuchten wähle ich? Schwierig ist laut Bernd Hammer,

Neue kommunale Allianz:

Spessart-Kraft gegründet

Neun Bürgermeister aus den Landkreisen Miltenberg und Aschaffenburg haben in Leidersbach in Anwesenheit von Landwirtschaftsminister Helmut Brunner die Kommunale Allianz „Spessart-Kraft“ unterzeichnet. Zu dem Zusammenschluss gehören Dammbach, Eschau, Heimbuchenthal, Leidersbach, Mespelbrunn, Mönchberg, Röhlbach, Rothenbuch und Weibersbrunn. Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“ wollen die Gemeinden zusammenarbeiten, um so Interessen und Projekte besser planen und umsetzen zu können.

Erstes Ziel der Spessartdörfer ist die Erarbeitung eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts (Ilek). Dieses soll aufzeigen, welche Aufgaben die Gemeinden gemeinsam in Angriff nehmen könnten.

Im Spessart entsteht bereits das dritte Projekt dieser Art. Bereits 2006 schlossen sich in der Ile Kahlgund-Spessart zehn Gemeinden zusammen; im Juli 2011 übergab Minister Brunner in Stadtprozelten den Bewilligungsbescheid für die Förderung des Ilek im Südspessart.

Damit ist nun rund ein Drittel der Kommunen im Spessart in einer Allianz zusammengeschlossen. Das Besondere an dem jüngsten Modell: Es überschreitet Kreisgrenzen. Wie Brunner bei der Urkundenunterzeichnung hervorhob, „ist ein solcher Zusammenschluss auf freiwilliger Basis der Schlüssel zum Erfolg“. Es gehe nicht zuletzt darum, Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, damit sich die bayerischen Regionen möglichst gleichmäßig entwickeln können.

Als Schwerpunkte ihrer Arbeit definieren die Gemeinden in der „Spessart-Kraft“-Allianz den Erhalt lebendiger Ortskerne sowie das Thema regenerative Energien. „Das Thema Windenergie be-

dass sich die Kommune nach der Wahl eines bestimmten LED-Beleuchtungssystems an den betreffenden Hersteller bindet. Das war bisher anders. Straßenlampen der verschiedensten Produzenten passten zusammen. Damit beschert die LED-Technik den Straßenleuchtern ein ganz neues Problem.

Alt hingegen ist die Problematik, dass immer wieder Autos und Lastwagen auf Lichtmasten draufbrummen. Hammer: „Das ist in Würzburg Tagesgeschäft.“ Vor allem im Dezember 2011 kam es zu zahlreichen Zusammenstößen mit Lichtmasten: „Insgesamt passiert dies zwischen 100 und 150 Mal im Jahr.“ Noch heikler ist die Problematik des Vandalismus. Obwohl die neuen, „schlagzähnen“ Polycarbonat-Wannen für die Leuchtkörper als nahezu unzerstörbar gelten, werden sie mit teils brutaler Gewalt beschädigt, so der WVV-Abteilungsleiter. Manchmal würden mehrere Lampen entlang einer bestimmten Straße beschädigt: „Es kommt sogar vor, dass auf unsere Leuchten geschossen wird.“

Beleuchtungskonzept

Eine Mitte 2010 ins Leben gerufene Arbeitsgruppe, der Hammer angehört, will dem Würzburger Stadtrat bis Jahresende eine Entscheidungsgrundlage für ein neues Beleuchtungskonzept liefern. Dabei geht es nicht nur um den Aspekt „Energiesparen“. Es soll auch ein einheitlicheres Beleuchtungsbild entstehen. Hammer: „Derzeit existieren in Würzburg etwa 380 Leuchtentypen.“ Sinnvoll wären nach Einschätzung des Fachmanns höchstens um die 45. Dabei käme man technisch mit fünf unterschiedlichen Typen aus. Und gestalterisch mit etwa 40 - je nachdem, ob es sich um die Altstadt oder ein Randgebiet handelt, um eine große Straße mit Fernverkehr oder um ein ruhiges Wohngebiet. **Pat Christ**

Wirtschaftsraum mit europäischer Dimension

„Wir sind Europa!“ – ein Leuchtturmprojekt für die gemeinsame Zukunft

Regensburg. (osr) Dreieinhalb Jahre lang haben die Oberpfalz und die Region Pilsen am EU-Projekt „Wir sind Europa!“ gearbeitet. Nunmehr zogen die Partner eine beeindruckende Bilanz: Die für das Projekt gesteckten Ziele wurden erreicht, in manchen Bereichen sogar übertroffen. Gemeinsam mit der Bezirkswirtschaftskammer des Pilsener Kreises sowie Partnern in Wirtschaft und Politik stellte die IHK dabei wichtige wirtschafts- und standortpolitische Weichen.

IHK-Präsident Peter Esser stellte fest, dass die Regionen Oberpfalz und Pilsen heute ein Netzwerk von Partnerschaften und Kooperationen in Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Politik verbinde, „wie es in keinem Bereich der deutsch-tschechischen Grenze in ähnlicher Ausprägung und Qualität zu finden ist“. Basis dafür sei eine offene, auf gegenseitigem Vertrauen basierende Zusammenarbeit unter den Partnern.

Erfreut zeigte sich der IHK-Präsident, dass es für junge Menschen zur Normalität geworden sei, über Grenzen hinweg zu lernen, zu arbeiten und zu leben. Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt sei eines der wichtigsten und nachhaltigsten Ergebnisse in diesem Projekt. 80 Unternehmen aus dem IHK-Bezirk haben Niederlassungen in Westböhmen, 800 Unternehmen unterhalten aktive Geschäftsbeziehungen zu den Nachbarn. Aktuell pendeln 3.000 Tschechen täglich in die Oberpfalz und 1.000 Oberpfälzer nach Tschechien.

Beide Seiten profitieren

Von einem „Leuchtturmprojekt“ für die gemeinsame Zukunft sprach Europaministerin Emilia Müller. Es sei ein gemeinsamer bayerisch-böhmischer Wirtschaftsraum entstanden - und von der Entwicklung profitierten beide Seiten in hohem Maße. Die Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien hätten sich auf allen Gebieten äußerst dynamisch entwickelt. „Es gibt kaum ein zweites Land, mit dem die politischen Kontakte Bayerns vergleichbar dicht sind.“

Auch wenn das EU-geförderte Projekt zum Jahresende ausgefallen sei, so Müller, gehe die Arbeit in der Sache intensiv weiter. Was bisher erreicht wurde, sei Vorbild für eine weitere ganz konkrete Zukunftsperspektive. Einen weiteren Schub dürfe die Europaregion Donau-Moldau mit über fünf Millionen Einwohnern bringen. Der Grenzraum könne auf diese Weise eine unverwechselbare europäische Marke entwickeln.

Ivo Grüner, stellv. Hauptmann der Region Pilsen, sieht das Projekt als Symbol dafür, dass Nachbarn gemeinsam in die Zukunft blicken. Gerade für Kinder und Jugendliche beiderseits sei es sehr wichtig. Die größte Barriere sei immer noch die Sprache bedauerte Grüner, der aber gute Ansätze in Kindergärten, Schulen und Universitäten sieht, diese Barriere ein Stück wegzuschieben. Schließlich hob Grüner hervor: „Es gab nicht nur formelle Treffen, wir haben auch Freunde gefunden.“

Ein wichtiges Thema für die grenzüberschreitende Region sei der Fachkräftemangel, sagte Regierungspräsidentin Brigitta Brunner. Sicher gebe es kein Patentrezept, aber jeder könne mit kleinen Bausteinen, Ideen und Projekten einen Beitrag dazu leisten, den Bedarf an hochqualifizierten Mitarbeitern zu decken. Einer dieser Bausteine sei es, die Wirtschaftsregion mit ihren Vorzügen bekannter zu machen. Es müsse noch intensiver geworben werden, damit junge Leute, die in der Heimat ihr Studium und ihre Ausbildung absolviert haben, sich hier einen Arbeitsplatz suchen, zum anderen, um Fachkräfte aus ganz Deutsch-

land und darüber hinaus dauerhaft in die Oberpfalz zu locken.

Die Regierungspräsidentin stellte dazu eine deutsch-tschechische Standortinitiative für Fachkräftesicherung in der Region Pilsen-Oberpfalz vor. Eine Broschüre „Wir sind Europa!“ und das Internetportal www.wir-sind-europa.com soll das Interesse junger Menschen für eine Karriere in der Oberpfalz und der Region Pilsen wecken. Von der jüngsten gemeinsamen Geschichte über Karrieremöglichkeiten bis zu Bildungseinrichtungen und Netzwerken finden Interessenten Spannendes und Wissenswertes rund um den Raum, der nach langer Trennung mehr und mehr zu einer gemeinsamen Region zusammenwächst. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Miltenberg:

Klimaschutzkonzept im Fokus

Die Energiewende und das damit verbundene Integrierte Energie- und Klimakonzept Bayerischer Untermain haben den Natur- und Umweltausschuss des Landkreises Miltenberg beschäftigt.

Landrat Roland Schwing bezeichnete den Umbruch im System der Energieversorgung als „große Aufgabe mit einer Vielzahl von Herausforderungen.“ Nun müssten die Weichen gestellt und die Richtung vorgegeben werden, wie das Themenfeld Energieversorgung anzugehen sei. Dabei, so Schwing, sei eine gemeinsame Vorgehensweise in der Region Bayerischer Untermain ratsam, auch wenn damit ein erheblicher Abstimmungsbedarf und der Zwang zu Kompromissen verbunden seien.

Beim Umbau der Energieversorgung werde dem ländlichen Raum eine besondere Rolle zukommen, sagte Schwing voraus, denn gerade hier werde die Fläche dazu bereitgestellt. Es müsse gelingen, die Gemeinden und die Bürger vom Umbau der Energieversorgung zu überzeugen sowie Akzeptanz für erneuerbare Energien und die Errichtung neuer Energieleitungen zu schaffen.

Impulse und Anreize

Der Landrat machte darauf aufmerksam, dass der Landkreis nur einer von vielen Mitspielern bei der Energiewende sei und etwa auf gesetzliche Regelungen keinen Einfluss habe. Allerdings könne man Impulse geben, Anreize schaffen und bei seinen eigenen Liegenschaften Vorbild sein, sagte Schwing. Für den Erfolg der Energiewende sei es unabdingbar, Vor- und Nachteile gerecht und ausgeglichen zu verteilen. Schwing forderte hierbei ein eindeutiges Bekenntnis zu Sicherheit, Nachhaltigkeit und gleichen Preisen der Energieversorgung im ländlichen Raum.

Langfristiger Prozess

Ausdrücklich bekannte sich Schwing zum Wirtschaftsstandort Landkreis Miltenberg mit seinem hohen Industrialisierungsgrad. Dies, so Schwing, bedeute aber, dass der Landkreis auch künftig einen hohen Energiebedarf haben werde. Unternehmen könnten nur dann überleben, wenn sie eine zuverlässige Energieversorgung zu akzeptablen Preisen haben. Im

Hinblick auf den Natur- und Umweltschutz stellte der Landrat fest, dass die Energiewende ein langfristiger und lange andauernder Prozess sei. „Nachhaltigkeit geht vor Schnelligkeit“, formulierte Schwing seine Überzeugung und forderte dazu auf, sich realistische und machbare Ziele zu setzen.

Leitlinien

Michael Wedler (Baum Consult) trug anschließend in geraffter Form die wichtigsten Einzelheiten des Klimaschutzkonzepts vor, ehe der Natur- und Umweltausschuss über die Leitsätze und Leitlinien zum Klimaschutzkonzept diskutierte. Zahlreiche Anträge der Fraktionen waren hierzu eingegangen. Den größten Teil dieser Anträge verwies das Gremium vorbehaltlich der Zustimmung durch den Kreistag einstimmig an den noch zu gründenden Beirat der künftigen Energieagentur.

Regionale Energieagentur

Einstimmig fielen die Empfehlungen an den Kreistag aus, dieser möge den im Konzept enthaltenen Leitsätzen und Leitlinien zustimmen und Ja zum Aufbau eines geeigneten Klimaschutzcontrollings im Landkreis Miltenberg sagen. Unstrittig war auch der Empfehlungsbeschluss an den Kreistag, dass die Zentec die Aufgaben einer Energieagentur für die Region wahrnehmen sollte. Um die Antragsfrist zu wahren, sollte die Landkreisverwaltung zudem vorsorglich einen Förderantrag zur Einstellung eines Klimaschutzmanagers stellen. Zuvor hatte Zentec-Geschäftsführer Dr. Gerald Heimann die Voraussetzungen für die staatliche Förderung von Energieagenturen erläutert.

Darüber hinaus, so ein weiterer Empfehlungsbeschluss an den Kreistag, soll der Natur- und Umweltausschuss regelmäßig informiert werden, wenn Beschlüsse des regionalen Planungsausschusses die Änderung des Regionalplans im Hinblick auf die Windkraft in Landschaftsschutzgebieten betreffen. Dies, ergänzte Landrat Roland Schwing, werde aber schon immer so praktiziert. □

FHVR und HDU verleihen Urkunden:

Bayerns erster Studiengang „Public Management“

Jüngst nahmen die ersten Teilnehmer des innovativen Studiengangs „Master Public Management“ (MPM) der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) und der Hochschule Deggendorf (HDU) in Hof ihre Masterurkunden entgegen. Die zehn berufserfahrenen Fach- und Führungskräfte haben sich zwei Jahre lang berufsbegleitend auf die strategischen Herausforderungen in ihrer jeweiligen Gemeinde, Stadt, dem Landkreis oder der Bezirksregierung vorbereitet. Prominenter Ehrengast und Festredner war der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg Dr. Ulrich Maly.

In zahlreichen Studienarbeiten und der abschließenden Masterarbeit haben sich die Studierenden mit operativen und vor allem langfristig wirkenden Themen aus ihrem Berufsalltag beschäftigt. Sie entwarfen z.B. Lösungen für effizientere Verwaltungsabläufe, erarbeiteten Modelle für finanzielle Bürgerbeteiligung bei kommunalen Energieprojekten oder entwickelten ein strategisches Controlling-Konzept für eine 7.000-Seelen-Kommune.

Finanzielle Unterstützung

FHVR-Fachbereichsleiter Harald Wilhelm begrüßte zahlreiche Ehrengäste, allen voran den Festredner Dr. Ulrich Maly. Eine besondere Wertschätzung erfuhr die Feierstunde auch durch die Anwesenheit von zwei weiteren kommunalen Dienstherren. Sowohl der 1. Bgm. der Stadt Hassfurt Rudi Eck als auch der 1. Bgm. der Gemeinde Adelsdorf Karsten Fischal hatten ihre Mitarbeiter Wolfgang Hömer (Kämmerer Stadt Hassfurt) bzw. Wolfgang Mösslein (Geschäftsleiter Gemeinde Adelsdorf) organisatorisch und finanziell beim Studium unterstützt.

Die besten Studienergebnisse erzielte Armin Thoma, der als Hochschullehrer an der FHVR arbeitet. Auch für seine Masterarbeit über den Mehrwert von Behördennetzwerken im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit erhielt er die Note 1,0. Genauso erfolgreich war Yvonne Marx-Edenhofer mit ihrer Abschlussarbeit. Als Leiterin der Stadtkasse bei der Stadt Deggendorf hatte sie sich in der Masterthesis mit Veränderungsprozessen in öffentlichen Verwaltungen beschäftigt.

Heimatverbundenheit

Einen besonderen Höhepunkt bildete die inspirierende Festrede von Dr. Ulrich Maly. Er gab den Absolventen mit auf den Weg, die Tätigkeit in ihren Verwaltungen nicht nur auf die Befriedigung der zahlreichen Bedürfnisse von Bewohnern, Geschäftstreibenden etc. zu reduzieren. Denn für ihn als Oberbürgermeister bedeute Stadtentwicklung mehr als die reine Standort- und Infrastrukturpolitik. Damit brachte er einen aus seiner Sicht markanten Unterschied zur Privatwirtschaft auf den Punkt: „Mit unseren Verwaltungen administrieren wir keine Kunden, sondern Bürger.“ Daraus resultiere ein anderes Grundverständnis zu den Leistungen eines Ortes: „Wir produzieren in erster Linie Heimatverbundenheit, Lokalpatriotismus und Lebensqualität.“ Selbstverständlich seien dabei auch die im Studium erworbenen Kompetenzen für das effiziente Management öffentlicher Verwaltungen notwendig, „schließlich haben wir es mit dem empfindlichsten Körperteil der Menschen zu tun – seinem Geldbeutel“, so Maly.

In Anlehnung an den renommierten Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar, der einseitigen ökonomischen Glaubenssätzen eine Absage erteilt und stattdessen ganzheitliches Denken befürwortet, ermutigte Maly die Absolventen zu interdisziplinärem

Handeln, ohne das niemand in der Zukunft erfolgreich sei. Mit seiner Begeisterung für die „tollste Branche der Welt“ brach der Festredner eine Lanze für die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung. Er machte den Master Public Management-Absolventen bewusst, dass sie mit ihrer Tätigkeit auch für eine „gute, gerechte und diskriminierungsfreie Verwaltung“ stehen. Damit leisteten sie tagtäglich einen wichtigen Beitrag zum Vertrauen der Menschen in die Demokratie und den Staat.

FHVR-Präsident Hermann Vogelgang würdigte das intensive Wochenend-Studium parallel zu Job und Familie als „grandiose Leistung“. In seinem Grußwort ermunterte er die Absolventen, in



Der Urkundenverleihung folgte das traditionelle Werfen der Master-Hüte als Symbol für das Ende des erfolgreichen Studiums. □

Landkreis Miesbach:

Bayerns Region des Jahres 2011

Mit einem Festakt im Medizinpark Valley hat Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil als Schirmherr des Wettbewerbs „Regionalmanagement – Bayerns Region des Jahres“ den Hauptgewinn des vergangenen Jahres eingelöst. Sieger des Jahres 2011 ist das Regionalmanagement der SMG Standortmarketing-Gesellschaft Landkreis Miesbach mbH.

Der Landkreis Miesbach erfreut sich einer anhaltend positiven Entwicklung seiner Wirtschaft. Doch der sich derzeit noch positiv gestaltende Arbeitsmarkt kann sich in den nächsten Jahren zu einem Problem entwickeln. Wie Minister Zeil ausführte, könnten bereits heute freie Stellen in der Region nicht mit qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werde der Fachkräftemangel in Zukunft zu einer der größten Herausforderungen der heimischen Wirtschaft.

Eigeninitiative

Kreative Köpfe und Eigeninitiative gebe es überall in Bayern. Gerade der ländliche Raum habe sich beim Regionalmanagement-Wettbewerb wieder einmal als Ideenschmiede präsentiert, führte Zeil weiter aus: „Sie in Miesbach haben diese Auszeichnung zu Recht bekommen. Sie haben Maßnahmen zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung auf den Weg gebracht. Sie haben die Direktvermarktung und Identifikation der

ihren jeweiligen Arbeitsstellen weiterhin progressiv tätig zu sein. Alle Dienstherren beglückwünschte er, solche motivierten Mitarbeiter in ihrem Team zu haben. Harald Wilhelm, selbst Dozent im MPM, bescheinigte den Studienteilnehmern „Managementkenntnisse und Steuerungskompetenzen auf höchstem Niveau“.

Im Innenhof der FHVR folgte der Urkundenverleihung das traditionelle Werfen der Master-Hüte als Symbol für das Ende des erfolgreichen Zusatzstudiums.

Beim anschließenden Sekttempfang fand ein reger Austausch zwischen den Absolventen, dem MPM 2011-Schirmherr Roland Spiller (Leiter des Amts für Ländliche Entwicklung Niederbayern), den Studiengangsleitern und weiteren Gästen statt.

Das Studium „Master Public Management“ startet im Oktober 2012 zum dritten Mal. Für interessierte Mitarbeiter und Dienstherren gibt es einen Informationsabend am 2. Mai 2012 in Deggendorf. Anmeldungen an julia.dullinger@hdu-deggendorf.de. □

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Was muss man da lesen? Kanada schafft den Penny ab? Naja, vielleicht ist eine solche kleine Münze in der Zeit des elektronischen Bezahlers tatsächlich ein Anachronismus.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kramte in seiner Schreibtischschublade, ob er von seinem letzten Kanada-Aufenthalt wohl noch Ein-Cent Münzen oder Pennys aufgehoben hatte.



tige Investoren nicht finanzieren wollen oder können.

Das Paradebeispiel für effektives Crowdfunding war der Wahlkampf von Barack Obama 2008, in dem er 300 Millionen US-Dollar an Spenden eingesammelt hat, davon aber 95 Prozent über das Internet in Beträgen von unter 200 Dollar. Seither stellen Autoren ein Buchprojekt im Internet vor, das verwirklicht wird, wenn genügend Leute quasi „vorbestellen“, Tourneen von Rockbands werden durch Kleinspenden finanziert, Musikdownloads gegen kleine Münze gestattet, es werden lokale soziale Initiativen weltweit beworben und Kapital für Mikrokredite eingesammelt.

Streng betriebswirtschaftlich gesehen haben die Kanadier natürlich Recht mit ihrer Entscheidung. Die Herstellung eines solchen Cent-Stückes kostet 1,5 Cent, der Finanzminister macht bei jeder geprägten Münze also Miese, die sich auf 11,5 Millionen Dollar im Jahr summieren. Also weg damit. Ähnlich argumentieren ja auch die Niederländer und Finnen, die keine Ein- und Zwei-Eurocent Münzen in den Zahlungsverkehr bringen und alle Beträge in den Geschäften auf fünf

genügend Leute quasi „vorbestellen“, Tourneen von Rockbands werden durch Kleinspenden finanziert, Musikdownloads gegen kleine Münze gestattet, es werden lokale soziale Initiativen weltweit beworben und Kapital für Mikrokredite eingesammelt.

Neuster Clou: Einige Handelsketten werden ihre Registrierkassen mit einem „Aufrunden“-Button ausstatten, so dass man bei jedem Einkauf über sagen wir 13,63 Euro durch aufrunden auf 13,70 Euro den Cent-Wechselbetrag, statt ihn in kleinem kupfernen Geld in die Geldbörse zu tun, auf das Konto einer karitativen Organisation überweist. Für den einzelnen die berühmten Peanuts, in der Summe aber tausender Transaktionen stündlich aber ein mehr als ansehnlicher zu erwartender Betrag, wenn jeder mitmacht.

Wen das jetzt an die Plexiglasdose einer mildtätigen Vereinigung auf der Theke des Bäckers oder Metzgers mit der Aufschrift „Gib mir Dein Wechselgeld“ erinnert, der liegt natürlich gar nicht so falsch, unterschätzt aber, dass es selbst den großzügigsten Naturen schwerer fällt, sich von kupfernen und goldfarbenen Scheidemünzen zu trennen, als souverän „passt scho“ zu sagen, wenn gefragt wird „aufrunden?“.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist von der Crowdfunding-Idee ganz angetan und will sich jetzt überlegen, wie er sie zum Wohle unseres Städtchens einsetzen kann. Vorhaben gibt es genug, die wir nur mit Hilfe des Gemeinsinns und der Großzügigkeit der Bürgerschaft schultern können. Denn zum Thema Geld hat schon Johann Nestroy auf dem heutigen Kalenderblatt das Letztgültige angemerkt: „Die Phönizier haben das Geld erfunden – weshalb nur so wenig?“.

Crowd Funding zum Wohle aller

Cent auf- oder abrunden lassen; auch unsere Cent-Münzen sind teurer als sie Wert sind.

Also, ich bin da unentschlossen, was ich denken soll. Mir haben meine Eltern noch erfolgreich den Wahlspruch „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert“ vermittelt, so dass ich mich auch heute noch bücke, wenn mir eine Kupfermünze aus der Geldbörse fällt oder ich eine auf der Straße finde. Selbst wenn man sich dafür längst nichts mehr kaufen kann und er wie das „Fünferl“, das „Zehnerl“ oder das noch kosenamenlose 20-Cent-Stück nur den Geldbeutel ausbeult.

Denn schließlich gibt es da noch einen anderen Spruch aus meiner Kindheit, nämlich „Kleinvieh macht auch Mist“. Da diese Weisheit eher zum Bausparvertrag als zum Investmentzertifikat passt, ist auch sie, wie so viele Tugenden für finanzielles Gebaren, in letzter Zeit etwas in Vergessenheit geraten. Es bedurfte eines pfiffigen englischen Begriffes und des Internets, um dieses Prinzip rund um den Erdball zu einem Erfolgsmodell werden zu lassen: Crowdfunding. Vereinfacht heißt das, eine große Zahl von Leuten finanziert mit relativ geringen Beträgen etwas, was wenige kapitalkräft-

the
Sabriul

„Bayern ist auch deshalb beschäftigungspolitisch so erfolgreich, weil die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Arbeitsagentur so reibungslos funktioniert“, so Zeil.

„Die beste Politik für den ländlichen Raum ist eine Politik, die auf günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmen vor Ort setzt“, machte der Minister deutlich. Dazu gehörten aber nicht nur die zahlreichen Initiativen im Bereich Fachkräfte, sondern auch Förderprogramme wie die Regionalförderung, das Mittelstandskreditprogramm oder die Innovationsgutscheine. Damit würden Investitionen und Innovationen gerade für Betriebe im ländlichen Raum erleichtert.

Regionalmanagement

Auch das Regionalmanagement als Instrument der Landesentwicklung stärke den ländlichen Raum. Nicht ohne Grund seien in Bayern bis heute 44 Regionalmanagement-Initiativen mit rund 14 Millionen Euro gefördert worden. Der Ansatz des Regionalmanagements habe sich bewährt: „Es fördert die eigenständige Entwicklung von Teileräumen und deren Kreativitätspotenzial. Das ist ein direkter Beitrag zur Steigerung der Attraktivität einer Region. Und es freut mich sehr, dass sich immer mehr Regionalmanagements dem Thema Fachkräfte annehmen“, erklärte Zeil abschließend.

Wie Miesbachs Landrat Dr. Jakob Kreidl ausführte, habe sich die SMG zum Ziel gesetzt, die heimische Wirtschaft zu fördern. Seine Begeisterung über die Auszeichnung war groß: „es ist ein Tag der Freude.“ DK



Die Vereinigten Arabischen Emirate informierten sich über Umweltschutz in Garching

Im März 2012 besuchte eine Delegation aus Ajman, dem kleinsten der sieben Emirate der Vereinigten Arabischen Emirate, die Stadt Garching. Ziel der fünfköpfigen hochkarätig besetzten Delegation war es, sich über die in Garching zum Einsatz kommenden kommunalen Umweltschutztechnologien, Umweltkonzepte und Planungsinstrumente zu informieren. Die Verbindung zwischen Garching und Ajman wurde von Dr. Aly Hassanein Aly, einem Garchinger Physiker und Geschäftsmann vermittelt, der sehr gute geschäftliche und wissenschaftliche Verbindungen auf der Arabischen Halbinsel hat. Er hat in Ajman die Stadt Garching als Vorzeigekommune für Umwelt- und Klimaschutz vorgestellt. Leiter der Delegation war Yahya Ibrahim Al Rayaaysa, der als Amtschef des Emirats Ajman auch als rechte Hand des Scheichs und Landesfürsten Humaid bin Rashid Al Nuaimi fungiert. Insgesamt zeigte sich die arabische Delegation sehr beeindruckt von den Ver- und Entsorgungseinrichtungen der jungen Universitätsstadt im Norden von München sowie von der in Garching praktizierten Technik und Logistik, insbesondere im Abfall- und Abwasserbereich.

Die Mitglieder der Delegation bedankten sich zudem sehr für die ihnen entgegengebrachte Herzlichkeit und Gastfreundschaft. Man sieht diesen Besuch als Basis für weitere Kooperationen zwischen beiden Kommunen. Die Besucher aus Ajman wurden begleitet von zwei Vertretern des Generalkonsulats der VAE. Bei einem Empfang durch Bürgermeisterin Hannelore Gabor würdigten die Diplomaten die Empfehlung von Dr. Aly, sich Garching als Vorzeigekommune genauer anzusehen. Man könne viele gute Beispiele mit nach Hause nehmen, die sich auch dort umsetzen ließen. □

Paunzhausen:

„Ausgezeichneter“ Dorfladen

„Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ lautete das Seminar der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL), das speziell für aktive Geschäftsführer und leitende Angestellte der Dorfläden in Paunzhausen, Landkreis Freising, durchgeführt wurde. Der Dorfladen Paunzhausen wurde von der SDL und den Tagungsteilnehmern mit dem Prädikat „hervorragend“ ausgezeichnet. Man spürt Esprit und Lebensfreude, Engagement, viel „Herzblut“ aller im Laden aktiver Personen, lobte SDL-Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

Der Höhepunkt des Seminars war der Store-Check im Dorfladen Paunzhausen, d. h. der Dorfläden wurde von den anderen Teilnehmern genau unter die Lupe genommen. Beurteilt wurden verschiedenste Kategorien wie Obst- und Gemüsetheke, Auslage, Sauberkeit, Freundlichkeit und Fachkompetenz des Personals, usw. „In Paunzhausen spürt man Kreativität und Engagement“, sagte begeistert eine Teilnehmerin. Gelobt wurden die kompetente und freundliche Bedienung an der Verkaufstheke sowie die schöne Obst- und Gemüsetheke. Besonderer Anziehungspunkt im Laden ist das kleine Café geworden, das die Kunden für einen kleinen Plausch gerne nutzen.

Der Dorfladen ist, laut 1. Bürgermeister Hans Daniel, zum Aushängeschild von Paunzhausen geworden. Die Gemeinde begleitete und unterstützte den Entstehungsprozess von Beginn an. Die Bürger schätzen den Service des Dorfladenteams, erzählt er stolz.

Neue Ideen sammeln

Wie kann mein Dorfladen langfristig attraktiv bleiben? Wie muss er organisiert werden, um seine Existenz zu festigen und dadurch

die Versorgung der Bürger zu gewährleisten. Über Fragen der Direktvermarktung, Hygienevorschriften, Vor- und Nachteile diverser Betreiberformen sowie über die Produktpalette und Handlungsspannen wurde ausgiebig diskutiert. Jeder Laden stellte sein eigenes Profil und besondere Marketingaktivitäten vor. Sowohl „Neulinge“, deren Eröffnung noch bevorsteht, als auch erfahrene Dorflädenleiter profitieren von „Kreativitäts- und Erfahrungspool“ der anderen Teilnehmer.

Bessere Vermarktung

Des Weiteren wurde über z.B. die bessere Vermarktung regionaler Produkte und die Verbesserung der Marktabschöpfung pro Einwohner diskutiert. Hierzu gab es viele nützliche Informationen und Tipps. Teilweise mit Sorge werden die Auswirkungen der Schließung der Schlemmermärkte auf die Dorfläden gesehen.

Trend zu regionalen Produkten

„Die Vermarktung regionaler Produkte wird immer wichtiger“, meint Seminarleiter Wolfgang Gröll. Dienten früher die Dorfläden besonders der Nahversor-

gung, so sind die neueren Dorfläden vor allem auch auf Regionalisierung polarisiert. Denn diese Angebote stellen einzigartige Verkaufsargumente gegenüber den großen Supermärkten dar. Der Paunzhausener Dorfladen bezieht sowohl Fleisch und Wurst, als auch das gute Bier vom Kloster Scheuern. Davon konnten sich die Teilnehmer im Rahmen einer kleinen Brauereiführung im Kloster überzeugen.

Strukturwandel

In immer mehr Dörfern werden dank privater Initiativen wieder Dorfläden gegründet. „Diese Initiativen schließen die Lücken, die der Strukturwandel in den dörflichen Alltag gerissen hat. Egal ob für Jung oder Alt, Dorfläden dienen nicht nur als Einkaufsstätten, sondern sind ein sozialer Mittelpunkt des Dorfes, oft der einzige“, so Gerlinde Augustin. Dies bestätigte auch eine Kundin im

Paunzhausener Dorfladen, die zwar mit Rollator, aber dennoch eigenständig ihren täglichen Einkauf im Dorfladen erledigt. Die Seniorin betonte, wie wichtig die Ansprache und Kommunikation im Laden ist, besonders für ältere Mitbürger.

Bestehende Läden als Modelle der Zukunft

Bestehende Dorfläden brauchen Motivation und Unterstützung, sie sind Modelle der Zukunft, so SDL-Geschäftsführerin Augustin. Die Unterstützung der Gemeinde gekoppelt mit bürgerschaftlichem Engagement schafft Arbeitsplätze und erhält die Versorgungsstrukturen in ländlichen Gemeinden. Ein vorbildliches Beispiel für neue Kooperationsformen findet man in der Gemeinde Paunzhausen.

Weitere Info zu Dorfläden finden Sie auf der Internet-Plattform www.sdl-inform.de.



Die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) hat in der Gemeinde Paunzhausen ein zweitägiges Seminar zum hochaktuellen Thema „Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ veranstaltet. Dabei wurde der Dorfladen Paunzhausen ausgezeichnet. Dorfläden sind Modelle der Zukunft und brauchen Unterstützung. Unser Bild zeigt die Teilnehmergruppe des Seminars gemeinsam mit Geschäftsführerin Gerlinde Augustin beim Dorfladen-Check in Paunzhausen.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zur energetischen Gebäudesanierung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

„Train the Trainer“ am Landratsamt

Miesbachs Landrat Dr. Jakob Kreidl überreichte in Wildbad Kreuth 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Landratsämtern Dachau, Miesbach, Mühldorf und Traunstein die Zertifikate zum erfolgreichen Abschluss an der Qualifizierungsmaßnahme zum internen Trainer.

Ziel war es, die Teilnehmer zu befähigen, die nachhaltige Personalentwicklung an ihren Landratsämtern zu forcieren. Unter der Federführung von Manfred Rößle, Leiter des Instituts für Kommunalentwicklung, wurde ein mehrteiliges Fortbildungskonzept entwickelt, das in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Landratsamt Miesbach durchgeführt wurde.

Verhandlungsführung. Zum Abschluss präsentierten die Teilnehmer eigene praxisbezogene Projekte, die künftig an ihren Ämtern umgesetzt werden sollen. Diese reichen von einer Information von Bürgermeistern zur Bedeutung eines vorbeugenden Brandschutzes bis zu einem mehrwöchigen Fortbildungskonzept „ALight“, für Verwaltungsmitarbeiter ohne Verwaltungsausbildung.

Grundlagen der Kommunikation

Inhalte waren die Grundlagen der Kommunikation, die Methodik und Didaktik des Lernens Erwachsener, die Moderation und Präsentation bei internen Trainings sowie Gesprächs- und

Vertiefung

Einstimmig sprachen sich alle Teilnehmer für eine Fortsetzung und Vertiefung der Qualifizierung aus und dankten Artur Kolbe, dem Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung und ihren Landratsämtern für die Teilnahme.



Regierungspräsidenten zu Gast im Landkreis Donau-Ries

Zwei Mal im Jahr treffen sich die bayerischen Regierungspräsidenten zu einer Dienstbesprechung. Im März fand die Tagung im Landkreis Donau-Ries statt, bei der u. a. Themen wie die Energiewende und die Unterbringung von Asylbewerbern behandelt wurden. Landrat Stefan Rößle freute sich, die Präsidenten im Landratsamt Donau-Ries begrüßen zu dürfen und wünschte ihnen viele schöne Eindrücke vom Landkreis. Im Rahmen der Tagung besuchten die Gäste u. a. den Geopark-Ries und die Firma Eurocopter.

Unser Bild zeigt Landrat Stefan Rößle (rechts) zusammen mit den Regierungspräsidenten (von links): Karl Michael Scheufele (Schwaben), Dr. Thomas Bauer (Mittelfranken), Brigitta Brunner (Oberpfalz), Wilhelm Wenning (Oberfranken), Ministerialdirektor Günter Schuster, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Dr. Paul Beinhofer (Unterfranken), Heinz Grunwald (Niederbayern) und Christoph Hillenbrand (Oberbayern).

Vorschau auf GZ 9
 In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 26. April 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser · Abwasser
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen
- Bestattungswesen · Friedhof

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK Bestens ausgeStadtet.
 BECK GmbH & Co. KG
 71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER Bestens ausgeStadtet.
 Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
 71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
 Zum Moos 1a
 87772 Pfaffenhausen
 Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
 ☎ 05326 / 502-0
 Wartehallen
 39685 Langelsheim · www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANGIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
www.fahnen-koch.de
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
[eMail info@fahnen-koch.de](mailto:info@fahnen-koch.de)

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzsysteme
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
 Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de
 ORIGINAL BENZ SPORT
 Tel. 02195 / 49 05 - 0 | Fax 02195 / 49 05 - 77 | info@benz-sport.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
 Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy
 Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah + handlungsorientiert
 Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
 Tel. 089/89066890 · www.klima-kommune.de
Petex.Keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

LRS
 LÜFTUNGSREINIGUNGS-SERVICE
 Franz Sedlmeier
 Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
 Wolfratshäuser Straße 9a
 82049 Pullach im Isartal
 Telefon: (089) 74 44 24 98
 Fax: (089) 74 44 24 99
 E-Mail: info@l-r-service.de
 Internet: www.l-r-service.de

ENERGETISCHE SANIERUNG ENTSCHEIDEND FÜR ENERGIEZUKUNFT

Bayern ist auf dem Weg in die Energiezukunft. Das Energiekonzept, das die Staatsregierung im Mai letzten Jahres beschlossen hat, gibt die Richtung vor. Im Fokus stehen u.a. erneuerbare Energien. Ihr Anteil soll von 28 Prozent im Jahr 2010 auf rund 50 Prozent im Jahr 2021 steigen. Die Energiezukunft wird aber nicht nur auf dem Feld der regenerativen Energien entschieden. Moderne Stromnetze und Energieeffizienz sind weitere entscheidende Handlungsfelder. Große Potenziale bietet vor allem die energetische Sanierung von Altbauten.

Obwohl das seit Langem bekannt ist, kommt die Sanierung älterer Gebäude in Deutschland und Bayern im Gegensatz zu regenerativer Energienutzung nur mit angezogener Bremse voran. Bislang wurde – so die Deutsche Energieagentur (dena) – von den möglichen energetischen Einsparpotenzialen bei Sanierungen durchschnittlich nur rund ein Drittel genutzt. Ein Grund könnte sein, dass die Sanierung im Zuge der Energiewende als Handlungsfeld in der Öffentlichkeit weit weni-

ger gegenwärtig ist, als moderne Erzeugungstechnologien. Braucht Sanierung also mehr Publicity? Überzeugungskraft bietet die Sanierung eigentlich genug. Sie trägt zum ökologischen Fortschritt bei, sie spart langfristig Kosten und steigert Werte.

Dennoch zeigt die Realität, dass die Schwelle zur Sanierungsentscheidung hoch und für viele eine Hürde ist. Kurzfristige Investitionskosten und die Scheu vor aufwändi-

gen und risikobehafteten Sanierungsprozessen lassen viele Hausbesitzer zögern. Sanierung vor Ort und der damit verbundene Klimaschutz wandern vorerst auf die lange



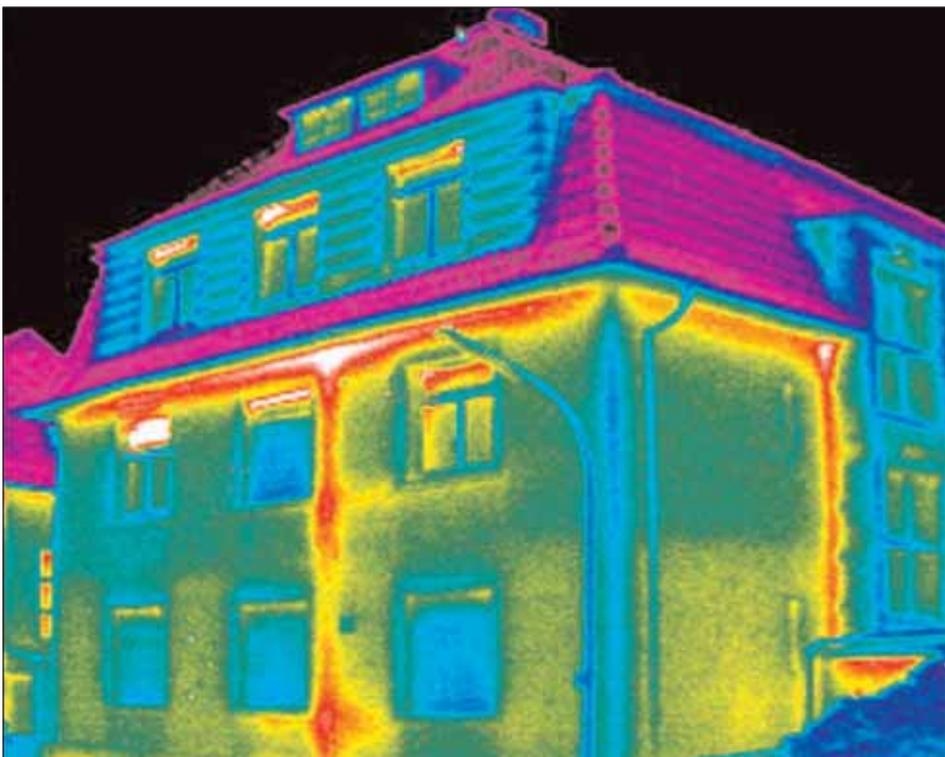
Bank. Wie kann man Abhilfe schaffen? Wie lauten die wichtigen Botschaften?

SANIERUNG RECHNET SICH

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW hilft über Kredite und Zuschüsse, die oft hohen Investitionen zu realisieren und rentabel zu machen. Bis 2014 stehen hierzu jährlich 1,5 Mrd Euro aus dem „Energie- und Klimafonds“ zur Verfügung. Im öffentlichen Bereich wird die energetische Sanierung von Schulen, Turnhallen, Kindertagesstätten und Gebäuden von gemeinnützigen Vereinen gefördert, z. B. über das KfW-Programm „Energieeffizient sanieren – Kommune“. Auch hier gilt, wie im Wohnbereich bei Komplettsanierungen: je energetisch besser die Ergebnisse, desto höher sind die Förderbeträge.

Im Wohngebäudebereich stehen ebenfalls verbilligte Kredite oder Investitionszuschüsse zur Verfügung. Ein weiterer Anreiz wird durch die steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Sanierungsmaßnahmen erwartet.

Dies hat auch bereits die bayrische Staatsregierung in ihrem Energiekonzept erwähnt. Sie spricht sich auch dafür aus, das CO₂-





Einsparungen von 28 Prozent erwartet man nach der Schulsanierung in Gaißach (vgl. Bericht Seite 8).

Gebäudesanierungsprogramm der KfW deutlich besser auszustatten.

Neben der finanziellen Förderung wirken sich die nachhaltigen Energie- und Kostenspareffekte positiv aus. Nahezu die Hälfte des Energiebedarfs eines Gebäudes kann mit energetischer Sanierung eingespart werden. Mit der energetischen Gebäudesanierung könnten die Deutschen bis zum Jahr 2020 insgesamt mindestens 50 Milliarden Euro Heizkosten sparen. So zahlen sich auch größere Investitionen, beispielsweise in eine moderne Heizungsanlage, neue Fenster oder umfassende Dämmmaßnahmen schon in wenigen Jahren aus. Zudem gewinnen sanierte Immobilien an Wert.

SANIERUNG ALS ÖKOLOGISCHES MUSS

Rund 40 Prozent der Endenergie werden bundesweit für Raumwärme und Warmwasseraufbereitung in den Gebäuden verwendet. Damit verbunden sind 113 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen. Bestehende Gebäude

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: E.ON Bayern AG, KfW

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

E.ON Bayern Messetermine 2012

28. 06.	Power für Bayerns Kommunen GZ-Energie-Fachtagung, Garching
11. 08. - 19. 08.	Ostbayernschau, Straubing
29. 09. - 07. 10.	OFRA, Hof
20. 10. - 21. 10.	Umweltmesse, Würzburg
27. 10. - 04. 11.	EnBAU/Consumenta/EigenHeim, Nürnberg

brauchen dabei etwa dreimal so viel Energie wie Neubauten. Wer die Energiewende will, kommt an der Altbausanierung nicht vorbei. Bis zu 80 Prozent der Energie, die zum Heizen und zur Warmwasserbereitung verbraucht wird, lassen sich durch Maßnahmen wie die Wärmedämmung von Dach, Wänden und Kellerdecke, den Einbau wärmeisolierender Fenster oder durch die Umstellung auf energieeffiziente Heizsysteme einsparen.

SANIERUNG ALS VORBILDMAßNAHME UND AUSHÄNGESCHILD

Sanierung braucht Vorbilder. Die Sogwirkung erfolgreicher Maßnahmen ist nicht zu unterschätzen. Das gilt in besonderer Weise für öffentliche Konzepte.

Landkreise, Städte, Märkte und Gemeinden können durch Vor-Ort-Aktionen ein Zeichen für die Energiewende setzen. Mit derartigen Projekten ist eine hohe Motivation für andere verbunden. Gerade die Altbausanie-

rung ist für Hausbesitzer ein guter Hebel, um sich aktiv in die Energiewende einzubringen.

SANIERUNG EINFACH UND RISIKOFREI

Auf dem Sanierungsmarkt gibt es ein breites Spektrum an Anbietern und Dienstleistern. Eine entscheidende Rolle spielt das bayerische Handwerk als Akteur und Leistungsträger. Auch die Energiewirtschaft hat die energetische Sanierung als unternehmerisches Handlungsfeld besetzt. So bietet die E.ON Bayern AG seit mehreren Jahren ein Sanierungs-Komplettangebot, von der ersten Analyse über Baumaßnahmen bis zur Bauabnahme. Das komplette Vorhaben wird von E.ON Bayern abgewickelt und durch einen persönlichen Ansprechpartner koordiniert und begleitet. Auf diese Weise entfallen hoher Koordinierungsaufwand und Projektrisiken. E.ON Bayern ist Initiator und Impulsgeber. Für die Ausführung der einzelnen Arbeiten werden qualifizierte Handwerksbetriebe aus der Region ausgewählt.

Alles aus einer Hand mit Handwerkern aus der Region

GZ-Interview mit Alfred Fischer, Leiter Energiedienstleistungen bei E.ON Bayern

Welches Ziel verfolgen Sie mit der „E.ON EnergieSpar-Sanierung“?

Vieles dreht sich um das Thema Energieeffizienz. Hier hat E.ON Bayern großes Know-how anzubieten, weil sich der Wunsch nach Energiedienstleistungen mit unserem Portfolio deckt. Und wir leisten mit der energetischen Gebäudesanierung als starker Partner unseren Beitrag zur Energiewende. Wir sehen uns dabei als „Kümmerer“, der ein Sanierungsangebot aus einer Hand mit Handwerksbetrieben aus der Region anbietet ...

... und nebenbei auch Kunden gewinnt?

Ja, wir glauben an den Erfolg des neuen Geschäftsfeldes Energetische Gebäudesanierung. Der ökologische Nutzen liegt auf der Hand: Energieeffizienz wird gesteigert, Energiekosten sinken, CO₂-Emissionen verringern sich. Natürlich hoffen wir, dass wir viele Sanierungsprojekte durchführen können und so Kunden für unser neues Geschäftsfeld gewinnen.

Hoffen Sie letztlich auch auf einen Image-Gewinn – vom teuren Energieversorger, der nur absahnt, zum Partner, der sparen hilft?

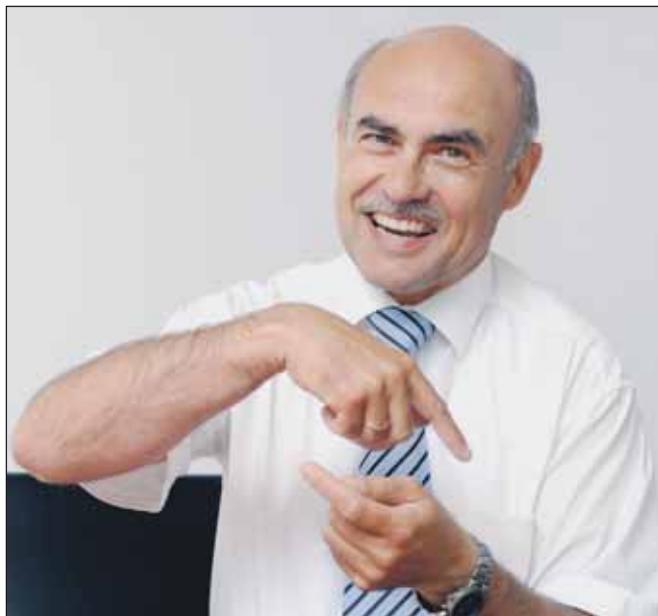
Der Sanierungswillige bewertet unsere Dienstleistung als „Kümmerer“ an unseren Leistungen bei der Sanierung und – nicht zu unterschätzen – an seiner konkreten finanziellen Einsparung. Allein in Bayern können wir über 120.000 Interessenten verbuchen, die sich über unser Angebot im Internet informiert haben. Dass das neue Geschäftsfeld auch unserem Image hilft, trifft wohl zu.

Was zählt alles zur EnergieSpar-Sanierung?

Wir bieten als ersten Schritt auf unserer Homepage einen kostenlosen Kurzcheck an,

der Hinweise auf das Einsparpotenzial bei entsprechenden Maßnahmen gibt.

Genauer untersucht werden Gebäude und Anlagentechnik im Rahmen unserer Zustandsanalyse. Unsere Spezialisten begutachten das Objekt, berechnen den Istzustand und zeigen die Einsparung der vereinbarten Sanierungsvarianten auf. Dies beinhaltet



Alfred Fischer

natürlich auch eine Schätzung der Investitionskosten und der Fördermittel, die für die Maßnahmen genutzt werden können. Bei der Zustandsanalyse ist die ganzheitliche Betrachtung – von Feuchteschäden über Dämmungen bis zu Heizsystemen und dem Einsatz regenerativer Energien – von Bedeutung.

Besteht Interesse an weiteren Maßnahmen, erstellen wir ein detailliertes Konzept und ein Angebot für die Realisierung der Sanierung als Rundum-sorglos-Paket. Sobald wir den Sanierungsauftrag erhalten kümmern wir uns um alle weiteren Maßnahmen, erstellen einen Bauzeitenplan, beauftragen das regionale Handwerk mit der Umsetzung und übernehmen die Bauüberwachung, so dass ein Ansprechpartner für alles zur Verfügung steht.

Seit wann bieten Sie diese Dienstleistung an?

Im August 2009 sind wir mit unserem Angebot an die Öffentlichkeit gegangen. Die ersten konkreten Projekte wurden 2010 an uns herangetragen.

Wie sind Ihre ersten Erfahrungen? Wie reagieren die Hausbesitzer darauf?

Die Erfahrungen sind durchweg positiv. In rund 120 Zustandsanalysen und 25 realisierten Sanierungen konnten wir unser Leistungsspektrum unter Beweis stellen. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen sehr zufrieden.

In der Heizungsindustrie spricht man schon von einer „Schockstarre“, in der sich potentielle Heizungsmodernisierer befinden. Hoffen Sie, den

Modernisierungstau so zu lösen?

Mit unseren Marketingmaßnahmen wie z. B. Rundfunkspots tragen wir zweifelsohne dazu bei, den Sanierungstau aufzulösen. Entscheidend sind aber politische Signale, technische Vorgaben und natürlich die Fördermittel, die bereitgestellt werden. Hier muss eine klare Richtung erkennbar sein, um keine Verunsicherungen bei Sanierungswilligen entstehen zu lassen.

Dämmung, neue Fenster, neue Heizung – Sind die Hausbesitzer nicht finanziell überfordert bei einer effizienten Sanierung?

Zunächst besteht meist eine fachliche Überforderung – was soll ich einbauen, wel-



Experten informieren die Vertreter der Kommunen über die aktuellen Fördermöglichkeiten bei der energetischen Gebäudesanierung. Bild: KfW

che Technik ist am geeignetsten, in welcher Reihenfolge soll ich vorgehen. Natürlich muss sich die Maßnahme auch rechnen. Oft ist aber aufgrund von Feuchteschäden eine Sanierung unumgänglich. Durch die Maßnahmen erfolgt also auch ein Werterhalt, zum Teil wird sogar eine Wertsteigerung erreicht. Im Zuge der Sanierung können gleichzeitig kostengünstig weitere Umbauten erfolgen wie zum Beispiel die Errichtung neuer Balkone oder ein Dachausbau. Oder nehmen wir ein altes reparaturbedürftiges Objekt, das günstig gekauft und vor dem Einzug saniert wird. Es gibt also vielfältige Sichtweisen.

Verfolgen Sie eine strategische Reihenfolge bei den Energiesparmaßnahmen - wie z. B. erst Dämmung, dann Heizung?

Am wichtigsten ist es, unnötigen Energieverbrauch zu verhindern, also Gebäudeverluste zu vermeiden. Daher ist die Einhaltung der Energieeinsparverordnung von großer Bedeutung. Dämmung hat also in der Regel Vorrang vor dem reinen Austausch des Wärmeerzeugers.

Welche Rolle kommt der Heiztechnik allgemein bei Ihrer Energiespar-Sanierung zu?

Die Heiztechnik hat natürlich einen hohen Stellenwert. Laut Kaminkehrerstatistik sind über 20 Prozent der Öl- und Gaskessel älter als 20 Jahre. Im Zuge von Sanierungsmaß-

nahmen ist daher oft auch der Austausch der Heizanlage notwendig.

Sie vertreiben Strom und Gas. Welchen Energieträger bevorzugen Sie bei Ihrem Projekt?

Der Strom- und Gasvertrieb erfolgt nicht durch die E.ON Bayern AG, sondern durch die E.ON Bayern Vertrieb GmbH. Wir dürfen diesen Vertrieb nach dem Willen des Gesetzgebers auch nicht durchführen. Daher sind wir energieträgerneutral. Die fachliche Lösung und der Kundenwunsch entscheiden über den eingesetzten Energieträger.

Welche Heizungslösungen schlagen Sie in der Regel Hausbesitzern vor?

Wir bevorzugen kein spezielles Heizsystem, sondern orientieren uns an den örtlichen Gegebenheiten. Dabei geht das Spektrum von der Gasheizung bis zur Pelletsheizung oder der Solarunterstützung. Letztlich entscheidet aber der Kunde.

Wieweit kommen bei der eingesetzten Heiztechnik schon moderne Technologien wie Gaswärmepumpen oder Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung zum Einsatz?

Wir bieten alle gängigen erprobten Systeme an. Gaswärmepumpen sind bei Einfamilienhäusern derzeit noch nicht marktreif. Nachdem wir in der Gewährleistung stehen,

wollen wir nur solche Systeme einsetzen, mit denen der Kunde zufrieden ist. Natürlich bieten wir auch Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung an, wenn dies gewünscht wird.

Erbringen Sie die Leistungen alle aus dem eigenen Haus? Wer übernimmt bei der Energiespar-Sanierung die Bauausführung? Wie weit arbeiten Sie hierbei mit dem lokalen Heizungsfachhandwerk zusammen?

Die eigentliche Ausführung übernehmen regionale Firmen – zum Beispiel im Bereich der Wärmedämmung, des Zimmererhandwerks oder bei Heizungsfirmen. E.ON Bayern übernimmt den Part der Bauüberwachung.

Ist das Angebot auf Ihr Verbreitungsgebiet Bayern beschränkt?

Das Angebot ist regional begrenzt. Unsere Mitarbeiter sind von Würzburg bis Hausham

Kontakt

Für Fragen zur E.ON
Energiespar-Sanierung steht Ihnen Ihr
kommunaler Kundenbetreuer gerne
zur Verfügung.

Weitere Informationen

erhalten Sie auch unter
www.eon-bayern.com/sanierung
eMail: [energiesparsanierung@
eon-bayern.com](mailto:energiesparsanierung@eon-bayern.com)
T 0180 2 15 12 15

tätig. Dadurch können wir sicher stellen, dass die regionale Betreuung gewährleistet ist.

Wieweit plant man innerhalb des E.ON-Konzerns, dies auch in anderen Regionen anzubieten?

In den Regionen, in denen entsprechendes Marktpotential für die Energetische Gebäudesanierung vorhanden ist, wollen wir uns engagieren. Aufgrund der Komplexität sind hierzu jedoch im Vorfeld noch Untersuchungen erforderlich. Unsere Schwesterunternehmen E.ON Mitte und E.ON Westfalen-Weser bieten ihren Kommunen das komplette Leistungsspektrum an, Teilbereiche werden bereits im Rahmen von „Kommune Plus“ den Kommunen der E.ON Avacon angeboten. ■

Die neuesten Förderprogramme

Mit einer Reihe von zum Teil neu aufgelegten Förderprogrammen unterstützen die KfW-Bankengruppe und die BayernLabo Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke unter anderem auch bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude.

AKTUELLE KFW-ANGEBOTE FÜR KOMMUNEN

Kommunen, die die Energieeffizienz in ihren Stadtquartieren verbessern wollen, erhalten über die **KfW Kommunalfinanzierung** jetzt Zuschüsse für die Erstellung integrierter Sanierungskonzepte aus dem im November 2011 gestarteten Zuschussprogramm **„Energetische Stadtsanierung - Zuschuss“**. Hierbei handelt es sich um das erste Modul der neuen KfW-Programmfamilie **„Energetische Stadtsanierung“**.

Das Programm beinhaltet neben Zuschüssen für Sanierungskonzepte auch solche für einen Sanierungsmanager, der die Umsetzung der Sanierungskonzepte begleitet und koordiniert. Als Quartier gelten dabei mehrere in der Fläche zusammenhängende Gebäude innerhalb eines Stadtteils. Der Zuschuss kann von den Kommunen z. B. auch an Stadtwerke oder Wohnungsgesellschaften weitergereicht werden. **Näheres unter www.kfw.de/es-432**.

Das neueste Förderprodukt ist das Kreditprogramm **„Energetische Stadtsanierung - Energieeffiziente Quartiersversorgung (Kommunen)“**. Durch das aus Bundesmitteln zinsverbilligte Darlehensmodul werden Maßnahmen zur energieeffizienten Wärmeversorgung im Quartier sowie zur energieeffizienten Wasserver- und Abwasserentsorgung bereits ab einem Zinssatz von 0,50 Prozent pro Jahr (Stand: 14.02.2012) gefördert. Die zinsverbilligten Darlehen stehen für eine Kreditlaufzeit von bis zu 30 Jahren zur Verfügung (**www.kfw.de/201**).

Mit dem zinsverbilligten Förderprogramm **„Energieeffizient Sanieren - Kommunen“** fördert die KfW wiederum die energetische Sanierung von allen Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur zu Zinssätzen ab 0,45 Prozent effektiv pro Jahr (Stand: 10.02.2012).

Die KfW finanziert damit bis zu 100 Prozent der förderfähigen Kosten für energetische Sanierungsmaßnahmen an kommunalen Nichtwohngebäuden. Der Förderkatalog umfasst sowohl Einzelmaßnahmen als auch umfangreichere Sanierungsvorhaben. Grundsätzlich gilt bei Komplettsanierungen: Je höher der energetische Standard nach der Sanierung ausfällt, desto umfangreicher ist auch die finanzielle Förderung (**www.kfw.de/ESK-218**).

Der **„KfW-Investitionskredit Kommunen“** ermöglicht eine langfristig verlässliche und breite Finanzierung kommunaler Infrastrukturprojekte zu Zinssätzen ab 1,92 Prozent effektiv pro Jahr (Stand: 10.02.2012). Die förderfähigen Investitionen umfassen nahezu alle Projekte zum Ausbau der kommunalen und sozialen Infrastruktur wie etwa die Modernisierung kommunaler Gebäude oder der technischen Infrastruktur, aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder die Baulanderschließung (**www.kfw.de/IKK-208**).

DER FREISTAAT SATTELT DRAUF: 0,0 PROZENT ZINS

Die **BayernLabo** wiederum bietet mit dem **„Energiekredit Kommunal Bayern“** die Möglichkeit, Gebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur zinsgünstig energetisch zu sanieren. In diesem Förderprogramm beträgt der Zinssatz derzeit 0,00 Prozent pro Jahr (Stand: 16.02.2012) und ist für zehn Jahre festgeschrieben, unabhängig davon, ob die Kommune eine Laufzeit von 20 oder 30 Jahren wählt. Die Zinssätze des KfW-Programms 218 werden weiter vergünstigt. Der aktuelle Zinssatz kann der Internetseite **www.bayernlabo.de** jeweils tagesaktuell entnommen werden.

Von dieser Förderung profitieren bayerische kommunale Gebietskörperschaften, recht-

lich unselbständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften, kommunale Zweckverbände, rechtlich unselbständige Eigenbetriebe von kommunalen Zweckverbänden sowie Schulverbände nach BaySchFG.

WEITERLEITUNG AN DRITTE

Ab sofort kann die BayernLabo auch die Weiterleitung von Kreditmitteln an dritte Gebäudeeigentümer durch die Kommunen im Rahmen der sonstigen Förderbedingungen finanzieren. Damit werden nun auch den kommunalnahen Gebäudeeigentümern die attraktiven Konditionen des **„Energiekredit Kommunal Bayern“** zugänglich gemacht.

Förderungsfähige Projekte sind die energetische Sanierung von Gebäuden (Nichtwohngebäuden) der kommunalen und sozialen Infrastruktur mit allen notwendigen Nebenarbeiten. Die Fertigstellung der Gebäude muss vor dem 1. Januar 1995 liegen.

BIS ZU 100 PROZENT DER FÖRDERFÄHIGEN INVESTITIONSKOSTEN WERDEN FINANZIERT

- bei energetischen Sanierungen zum KfW-Effizienzhaus 85 (EnEV 2009) maximal 600 Euro pro m² Nettogrundfläche,
- bei energetischen Sanierungen zum KfW-Effizienzhaus 100 (EnEV 2009) maximal 350 Euro pro m² Nettogrundfläche,
- bei Einzelmaßnahmen zur energetischen Sanierung, die von einem Sachverständigen empfohlen werden und die technische Mindestanforderungen erfüllen maximal 50 Euro pro m² Nettogrundfläche.

HÖCHSTBETRÄGE UND FÖRDERFÄHIGKEIT

Der Höchstbetrag für die Förderung mehrerer Einzelmaßnahmen beträgt je Gebäude maximal 300 Euro pro m² Nettogrundfläche.

Ein Sachverständiger oder alternativ das zuständige Hochbauamt muss die Einhaltung der technischen Anforderungen bestätigen.

Eine Kombination mit anderen Finanzierungshilfen ist bis maximal zur Summe der Aufwendungen möglich.

Mittel aus dem „**Energiekredit Kommunal Bayern**“ dürfen in Kombination mit Krediten aus dem KfW-Programm „**Energieeffizient sanieren - Kommune**“ bzw. von Landesförderinstituten, die ebenfalls aus dem KfW-Programm „**Energieeffizient sanieren - Kommunen**“ refinanziert werden, zusammen nicht die oben genannten Finanzierungshöchstbeträge übersteigen.

Die maximale Kreditlaufzeit beträgt 30 Jahre bei höchstens fünf tilgungsfreien Anlaufjahren. Bei einer Darlehenslaufzeit bis 20 Jahre werden höchstens drei tilgungsfreie Anlaufjahre gewährt.

Förderfähige Kosten sind direkte Sanierungskosten wie Wärmedämmung der gesamten thermischen Hülle, zum Beispiel der Außenwände, des Daches oder der obersten Geschossdecke, der Kellerdecke zum kalten Keller, der Heizungsanlage, zudem die Erneuerung der Fenster und Eingangstüren, Sonnenschutzeinrichtungen sowie Lüftungsanlagen und Beleuchtung. Darüber hinaus sind Beratungs- und Planungsleistungen förderfähig.

Ergänzend kann das kommunale Förderprogramm „**Investkredit Kommunal Bayern**“ zum Einsatz kommen. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, die Zinssätze des „**KfW-Investitionskredit Kommunen**“ um weitere 10 Basispunkte pro Jahr zu vergünstigen. Eine Aufstellung der aktuellen Zins-

sätze und Darlehenskonditionen steht im Internet unter www.bayernlabo.de.

Förderfähig sind u. a.:

- Allgemeine Verwaltung (z. B. Rathäuser, Bau- und Betriebshöfe)
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung (z. B. Feuerwehrlhäuser, Brandschutz, präventiver Katastrophenschutz)
- Stadt- und Dorfentwicklung
- Kommunale und soziale Infrastruktur (z. B. Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser, Senioren- und Pflegeheime, Sporthallen)
- Informationstechnologie
- Erschließung (ohne Gewerbe- und Industrieflächen)
- Wohnwirtschaftliche Investitionen. ■

E.ON Bayern saniert Zweifamilienhaus

Im Gebäudesektor liegen große Energie-Einsparpotenziale brach - nicht nur bei kommunalen Gebäuden und der Wohnungswirtschaft. Das Angebot von E.ON Bayern richtet sich daher auch an private Hausbesitzer.

In 2010 wurde beispielsweise ein Zweifamilienhaus im Westen Münchens aus dem Jahr 1929 energetisch untersucht. In den zurückliegenden Jahren wurden bei dem Gebäude bereits Teilsanierungen durchgeführt; die Untersuchung zeigte jedoch, dass der jährliche Endenergieverbrauch mit über 300 kWh/m² nach wie vor deutlich über den geforderten Werten lag.

An älteren Gebäuden entwickeln sich im Lauf der Jahre oftmals eine Vielzahl von unterschiedlichen Bauschäden. Undichte Balkone, sanierungsbedürftige Fenster und Türen, abblättrender Putz und ungenügende Dämmwerte des Mauerwerks erfordern ohnehin Instandsetzungsmaßnahmen. Häufig bietet sich in solchen Fällen eine Komplettanierung an, da auf diese Weise Kosten nur einmal anfallen, die sonst mehrfach zu Buche schlagen würden (wie zum Beispiel für ein Gerüst).

Im konkreten Fall wurden drei Sanierungs-

varianten untersucht. Diese beinhalteten die Außendämmung über ein Wärmedämmverbundsystem mit 16 cm mineralischem Dämmstoff, die Erneuerung von Fenstern und Haustüre, die Dämmung der obersten Geschoss- sowie der Kellerdecke und den Austausch des Heizsystems inklusive Kaminanierung.

Durch die Umsetzung der vorgeschlagene-

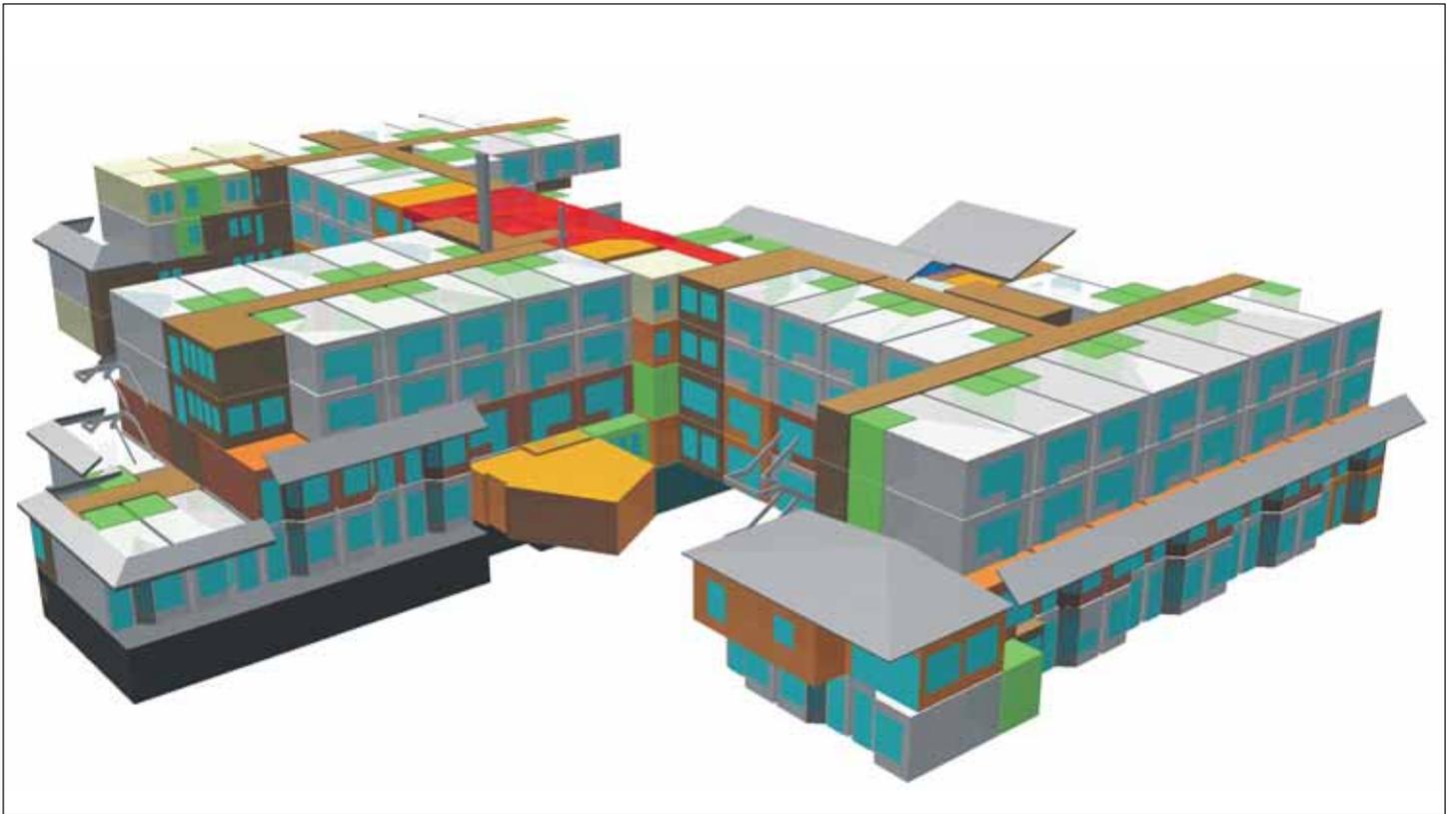


nen Maßnahmen wird die Energieeinsparverordnung 2009 erfüllt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der Fördermittel. Die berechnete Energieeinsparung beträgt rund 68 Prozent. Der CO₂-Ausstoß reduziert sich jährlich um fast 9 Tonnen.

E.ON Bayern hat dem Kunden im Rahmen der E.ON EnergieSpar-Sanierung ein Komplettangebot zur Sanierung unterbreitet und wurde mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragt. Im März 2011 begannen die Bauarbeiten; Ende des vergangenen Jahres waren sie abgeschlossen. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie E.ON Bayern im Zuge eines integrierten Ansatzes von der Analyse des Gebäudes und der Anlagentechnik bis hin zu der darauf aufbauenden Umsetzung als umfassender Dienstleister zur Verfügung steht. ■



Das gleiche Gebäude vor und nach der energetischen Sanierung, die nicht nur einen optischen Gewinn erbrachte, sondern auch eine gravierende Energie- und Kostenersparnis.



Zustandsanalyse Seniorenwohnheim Goldbach

Das ‚Seniorenwohnen Goldbach‘ befindet sich in der Gemeinde Markt Goldbach nahe Aschaffenburg und wurde 2006 mit dem Altenpflegepreis des Bayerischen Roten Kreuzes ausgezeichnet. Es handelt sich um ein modernes, sehr gepflegtes Gebäude. Die Analyse von E.ON Bayern hat gezeigt, dass auch hier energetische Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Um das Gebäude energetisch zu beurteilen, wurde E.ON Bayern mit der Zustandsanalyse beauftragt. Die Bewertung und Berechnung erfolgte auf Basis der DIN 18599. Das Ergebnis: der jährliche spezifische Endenergieverbrauch liegt bei rund 296 kWh/m². Nach der Erfassung und Bewertung des Ist-Zustandes wurden vier Sanierungsvorschläge erarbeitet und dem Auftraggeber unterbreitet.

Nachdem die Heizungsanlage erst 2005 erneuert wurde, besteht hier kein akuter Handlungsbedarf. Die Maßnahmen konzentrieren sich daher auf die Wärmedämmung und den Einsatz regenerativer Energien.

Der Variantenvergleich zeigt, dass das Anbringen eines Wärmedämmverbundsystems auf den Außenwänden mit 8 Prozent nur geringe Einsparungen bietet. Der Austausch aller Fenster und Balkontüren reduziert den Energieverbrauch um weitere 9 Prozent, ist aber mit hohen Kosten verbunden.

Zur Einhaltung der Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV) wird die Dämmung der obersten Geschossdecke empfohlen.

Je nach geplante Nutzungskonzept für das Dachgeschoss ergeben sich hierfür verschiedene Optionen. Ohne Nutzung des

Dachbereichs wäre die oberste Geschossdecke im West- und Ostdachgeschoss mit einem begehbaren Belag zu dämmen. Im Mittelteil des Dachgeschosses wäre eine Zwischensparrendämmung vorzusehen und die Unterspannbahn zu ersetzen. Die maroden Dachliegefenster wären zu erneuern und eine Eindeckung mit Ziegeln vorzunehmen. Die Kosten für diese Sanierungsvariante betragen in etwa 260.000 Euro.

Bei einer späteren Nutzung des Dachgeschosses – beispielsweise für Besprechungsräume – wäre eine Zwischensparrendämmung im Mittelteil sowie ein Austausch der Dachliegefenster gegen Gauben vorzusehen.

Ergänzend wurde der Einbau einer Solarthermieanlage zur Unterstützung der Warmwasserbereitung geprüft. Mit 200 m² Sonnenkollektoren könnten rund 40 Prozent des Warmwasserbedarfs gedeckt werden. ■

E.ON Bayern untersucht Bürogebäude

Im Herbst 2011 hat E.ON Bayern ein Bürogebäude des Trurnit & Partner Verlags in Ottobrunn energetisch untersucht. Die umfangreiche Analyse brachte wertvolle Erkenntnisse im Hinblick auf das vorhandene Einsparpotenzial und die weitere Vorgehensweise. Handlungsfelder wurden vor allem bei der Beheizung der Büroräume und der Kühlung des Serverraumes identifiziert.

Das untersuchte Bürogebäude verfügt über eine beheizte Fläche von 900 m² und stammt aus dem Jahr 1980. Genauso alt war auch die vorhandene Heizungsanlage. Im ersten Schritt erfolgte hier der Ersatz der alten Heizungsanlage.

In einer Kosten-/Nutzenanalyse wurden zunächst verschiedene Varianten gegeneinander abgewogen. Ein interessanter Aspekt war hierbei die Tatsache, dass die Abwärme des Serverraumes bisher ungenutzt in die Garage geleitet wurde. So lag es nahe, diese Abwärme für die Beheizung zu nutzen. Die Entscheidung fiel daher auf eine indirekte Wärmerückgewinnung aus der Abluft des Serverraumes durch eine Luft/Wasser-Wärmepumpe.

Das ganzjährig zur Verfügung stehende hohe Temperaturniveau in der Tiefgarage schafft ideale Voraussetzungen für den Einsatz der Wärmepumpe und garantiert eine hohe Effizienz der Anlage. Die Planung geht davon aus, dass etwa das 4,7-fache der eingesetzten Energie an Wärme erzeugt wird.

Mit der neuen Wärmepumpe kann ganzjährig die Wärmeenergie für die Warmwasserbereitung sowie für die Grundlastdeckung der Raumheizung bereitgestellt werden. Zur Spitzenabdeckung kommt eine moderne Gasbrennwertheizung zum Einsatz.

Durch diese Maßnahmen wird eine Endenergieeinsparung von mehr als 60 Prozent erwartet. Die CO₂-Einsparung liegt bei etwa



26 Tonnen pro Jahr. Während der Bauphase wurden die Arbeiten von E.ON Bayern überwacht und begleitet. Die Montage des Wärmepumpensystems erfolgte im Februar 2012. Damit während der Umbauphase von einer Woche niemand frieren musste, lieferte eine mobile Heizzentrale zwischenzeitlich die erforderliche Wärme.

Wie die anfängliche Analyse gezeigt hat, könnten durch eine Dämmung von Teilen der Fassade und einen Austausch der Fenster noch weitere Einsparungen erzielt werden. Da diese aber im Verhältnis zum Ersatz der Heizungsanlage weniger signifikante Erfolge versprachen, wurden diese Maßnahmen zurückgestellt. ■

E.ON Bayern saniert Heizungs- und Lüftungsanlage

Im Zuge der Umbaumaßnahmen der Schule der Gemeinde Gaißach ist ein weiterer Meilenstein erfolgreich abgeschlossen worden. Rund 70 Prozent des Heizenergiebedarfs werden nun aus der Energie der Luft gedeckt.

Nach der Dämmung der obersten Geschosdecke und dem Austausch der Fenster sowie der Dämmung der Heizkörpernischen wurde im Sommer 2011 die Heizungsanlage durch eine neue Luft/Wasser-Wärmepumpenheizung ersetzt. Sie versorgt nun die Turnhalle samt Nebenräumen.

Modernste Computertechnik, unterstützt durch eine mit dem Internet verbundene Wetterstation sorgt dafür, dass eine bedarfsgerechte Beheizung der Räume je nach

Nutzung gewährleistet werden kann. Auch wenn die Anlage kompliziert aussieht, die Bedienung über einen Touchscreen ist völlig unproblematisch. Durch einfaches Berühren der Oberfläche können die Heizzeiten je Raum separat gewählt werden.

Ein Luftqualitätsfühler sorgt dafür, dass die Luft in der Turnhalle nur ausgetauscht wird, wenn dies notwendig ist. „Wir rechnen mit einer Einsparung von 28 Prozent“, so Bürgermeister Nikolaus Trischberger.

Mit Planung, Umsetzung und Bauleitung wurde E.ON Bayern im Rahmen der E.ON EnergieSpar-Sanierung beauftragt. Die Bauarbeiten haben im Juli 2011 begonnen und wurden in den Sommerferien umgesetzt. Pünktlich zum kalendarischen Herbstanfang ging die neue Heizungsanlage in Betrieb. Die Umsetzung der Arbeiten erfolgte durch regionale Firmen. „Dies sichert Arbeitsplätze vor Ort aber auch die Identifikation mit dem Projekt“, so Bürgermeister Trischberger.

Diese Baumaßnahmen sind ein weiteres Beispiel für das Leistungsspektrum, das E.ON Bayern im Rahmen der E.ON EnergieSpar-Sanierung anbietet. Mit dem Rundum-sorglos-Paket bietet E.ON Bayern für Kommunen, die Wohnungswirtschaft aber auch für Einfamilienhausbesitzer eine neue Dienstleistung an, die von der Zustandsanalyse bis hin zur Angebotseinholung und Baubegleitung alle erforderlichen Maßnahmen enthält. ■